

Bioland

Bioland

Fassung vom

25. November 2019

Richtlinien

Inhalt

Inhaltsverzeichnis	3	7 Verarbeitung	39
1 Vorwort	5	7.1 Ziele der Verarbeitungsrichtlinien	39
2 Grundsätzliche Bestimmungen	6	7.2 Geltungsbereich der Verarbeitungsrichtlinien	39
2.1 Gentechnik	6	7.3 Zutaten und Verarbeitungshilfsstoffe	39
2.2 Standort	6	7.4 Verarbeitung	40
2.3 Luft-, Boden- und Wasserschutz	6	7.5 Verpackungsmaterialien	41
2.4 Überbetriebliche Nutzung von Maschinen und Geräten	6	7.6 Kennzeichnung von verarbeiteten BIOLAND-Produkten	41
2.5 Förderung der Biodiversität	6	7.7 Lagerung und Transport	41
2.6 Erneuerbare Energien	7	7.8 Transparenz und Produktidentifikation	42
2.7 Soziale Verantwortung	8	7.9 Durchführung und Kontrolle	42
3 Pflanzenbau	9	7.10 Schadstoffüberprüfung	43
3.1 Bodenfruchtbarkeit	9	7.11 Informations- und Meldepflicht	43
3.2 Fruchtfolge	9	8 Vermarktung	44
3.3 Bodenbearbeitung	9	8.1 Grundsätze	44
3.4 Düngung und Humuswirtschaft	9	8.2 Produktionserhebung	44
3.5 Saatgut, Jungpflanzen und Pflanzgut	10	8.3 Kennzeichnung und Verpackung	44
3.6 Pflanzenschutz	10	8.4 Zukauf für Direktvermarkter	44
3.7 Beikrautregulierung	11	8.5 Verkauf an gewerbliche Abnehmer	44
3.8 Reinigung und Desinfektion	11	8.6 Verwendung der Marke BIOLAND	44
3.9 Wildsammlung	11	8.7 Gewerbliche Hofläden und Marktstände	44
3.10 Pflanzenzüchtung	11	9 Vertrags- und Kontrollwesen	45
4 Tierhaltung	14	9.1 Zuständige Gremien	45
4.1 Bedeutung und Ziele der Tierhaltung im organisch-biologischen Betrieb	14	9.2 Umstellung	45
4.2 Haltungsanforderungen	14	9.3 Kontrolle	46
4.3 Umgang mit Tieren	22	9.4 Inkrafttreten und Übergangsregelungen	47
4.4 Tierbesatz und Futterzukauf	23	10 Anhang	48
4.5 Fütterung	24	10.1 Zugelassene Bodenverbesserungs- und Düngemittel sowie Substratbestandteile	48
4.6 Tiergesundheit	25	10.2 Zugelassene Pflanzenbehandlungsmittel und -verfahren	48
4.7 Tierzucht	26	10.3 Berechnung des Viehbesatzes	49
4.8 Tierzukauf	27	10.4 Übergangsregelungen für den zulassungspflichtigen Futtermittelzukauf aus nicht-ökologischer Herkunft	50
4.9 Tierkennzeichnung	27	10.5 Arzneimittel, deren Anwendung in der Tierhaltung verboten bzw. beschränkt ist	51
4.10 Imkerei	28	10.6 Flächenanforderungen für die Nutztierhaltung	52
4.11 Teichwirtschaft	30	10.7 Reinigungs- und Desinfektionsmittel für Ställe, Einrichtungen und Geräte	55
5 Gartenbau und Dauerkulturen	33	10.8 Liste der zugelassenen Wirkstoffe in Reinigungs- und Desinfektionsmitteln im Pflanzenbau	55
5.1 Gemüsebau	33	10.9 Liste der Verarbeitungsrichtlinien (Branchenrichtlinien)	55
5.2 Kräuteraanbau	33		
5.3 Sprossen und Keimlinge	34		
5.4 Pilzherzeugung	34		
5.5 Obstbau	35		
5.6 Weinbau	35		
5.7 Hopfenbau	36		
5.8 Zierpflanzen, Stauden und Gehölze	36		
6 Lagerung	38		

Herausgeber:

Bioland e. V.

Verband für organisch-biologischen Landbau

Kaiserstraße 18, 55116 Mainz

T. 06131 23979-0

F. 06131 23979-27

info@bioland.de

www.bioland.de

1 Vorwort

„Keine naturwidrige Handlung bleibt ohne Folgen.
Kein natürliches Prinzip kann man unbestraft verletzen,
keine natürliche Ordnung beseitigen ohne Gefahr für sich selbst.
Die Einordnung des Menschen in die Ordnungen der Schöpfung
ist eine unabdingbare Voraussetzung für sein Leben.“

Dr. H. P. Rusch

Dr. Hans Müller und Dr. Hans Peter Rusch begründeten mit ihren Arbeiten über die Pflege des Bodens und die Erhaltung seiner langfristigen Fruchtbarkeit die organisch-biologische Landbaumethode. Diese beruht auf einer genauen Beachtung biologischer Wirkungszusammenhänge zwischen Boden – Pflanze – Tier und Mensch, mit dem Ziel einer optimalen Pflege biologischer Regelsysteme im landwirtschaftlichen Bereich. Landwirtschaftliche Produkte werden innerhalb des möglichst geschlossenen Betriebskreislaufes im Sinne einer echten Urproduktion erzeugt. Die gemeinschaftliche Aufgabe des organisch-biologischen Anbaus besteht darin:

- Die natürlichen Lebensgrundlagen Boden, Wasser und Luft zu pflegen.
- Lebensmittel mit hohem gesundheitlichen Wert zu erzeugen.
- Aktiven Natur- und Artenschutz zu betreiben.
- Umweltbelastungen zu vermeiden.
- Nutztiere artgerecht zu halten.
- Einen Beitrag zu leisten zur Lösung der weltweiten Energie- und Rohstoffprobleme.
- Die Grundlage für die Erhaltung und Entwicklung freier bäuerlicher Strukturen zu schaffen.

Jahrzehntlang haben Bauern nach den Erkenntnissen von Dr. Müller und Dr. Rusch gearbeitet und diese gemeinsam in der Praxis weiterentwickelt. Dadurch ist es ihnen in ihren Bereichen gelungen, den negativen Auswirkungen der Agrar- und Gesellschaftspolitik zu begegnen, eine umweltgerechte Landwirtschaft zu betreiben und in Zusammenarbeit mit Verarbeitern und Verbrauchern die Vernichtung bäuerlicher Existenzen aufzuhalten. Diese Bauern, Gärtner, Winzer und Imker haben sich in der Bundesrepublik Deutschland zum BIOLAND e. V. Verband für organisch-biologischen Landbau (im weiteren

Text „BIOLAND“ genannt) zusammengeschlossen und die vorliegenden Richtlinien erarbeitet.

Die Richtlinien sollen die Anwendung der organisch-biologischen Landbaumethode im Detail erklären, die Umstellung auf diese Wirtschaftsweise beschreiben und die Überprüfung des so definierten Anbaus ermöglichen. An dem gemeinsamen Ziel der Erhaltung unserer natürlichen Lebensgrundlagen weiterzuarbeiten und die Richtlinien entsprechend dem neuesten Erkenntnisstand zu verbessern, bleibt Aufgabe der bei BIOLAND zusammengeschlossenen Menschen.

EG-Verordnung zum ökologischen Landbau

Bei der Gestaltung dieser Richtlinien wurden die „Verordnung (EG) Nr. 834/2007 des Rates vom 28. Juni 2007 über die ökologische/biologische Produktion und die Kennzeichnung von ökologischen/biologischen Erzeugnissen“ und die „Verordnung (EG) Nr. 889/2008 der Kommission vom 5. September 2008 mit Durchführungsvorschriften zur Verordnung (EG) Nr. 834/2007 des Rates über die ökologische/biologische Produktion und die Kennzeichnung von ökologischen/biologischen Erzeugnissen hinsichtlich der ökologischen/biologischen Produktion, Kennzeichnung und Kontrolle“ und deren Änderungsverordnungen berücksichtigt. BIOLAND-Vertragsbetriebe sind zur Einhaltung der Vorgaben dieser EG-Verordnungen in ihrer jeweils gültigen Fassung verpflichtet.

Hinweis

Wird im folgenden Text die Verwendung der Marke BIOLAND angesprochen, ist gleichermaßen die Verwendung des Verbandsnamens BIOLAND einbezogen.

2 Grundsätzliche Bestimmungen

2.1 Gentechnik

2.1.1 Ausschluss der Gentechnik

Gentechnisch bzw. genetisch veränderte Organismen im Sinne der Freisetzungsrichtlinie 2001/18/EG (GVO) sowie Erzeugnisse, die aus oder durch GVO erzeugt wurden, sind mit der ökologischen Wirtschaftsweise unvereinbar.

GVO und aus oder durch GVO hergestellte Erzeugnisse dürfen nicht in Lebens- oder Futtermitteln oder als Lebensmittel, Futtermittel, Verarbeitungshilfsstoff, Pflanzenschutzmittel, Düngemittel, Bodenverbesserer, Pflanzenvermehrungsmaterial, Mikroorganismus oder Tier in der Erzeugung, Herstellung und Verarbeitung von BIOLAND-Produkten verwendet werden.

2.1.2 Begriffsbestimmungen

Ein „gentechnisch veränderter Organismus (GVO)“ ist jeder Organismus gemäß der Begriffsbestimmung von Artikel 3 der Verordnung (EU) 2018/848 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2018 über die ökologische/biologische Produktion und die Kennzeichnung von ökologischen/biologischen Erzeugnissen.

2.2 Standort

2.2.1 Standortauswahl

Bei der Standortwahl ist die Belastung durch Schadstoffe aus der Umwelt und aus der vorherigen Nutzung zu berücksichtigen. Besteht die Gefahr einer Belastung, müssen Nahrungsmittel und Boden untersucht werden. Flächen, die durch Belastungen betroffen sind, können für den organisch-biologischen Landbau nur dann genutzt werden, wenn sich die betreffenden Belastungen durch geeignete Maßnahmen (z.B. Schutzpflanzungen) reduzieren lassen. BIOLAND kann die Nutzung der Marke BIOLAND für Produkte untersagen, die auf von Belastungen betroffenen Flächen, Teilflächen oder Randflächen erzeugt werden.

Die Rodung von primären Ökosystemen ist verboten.

2.3 Luft-, Boden- und Wasserschutz

Mit Wasser ist ressourcenschonend umzugehen, die Auswirkungen von Wasserentnahmen müssen beobachtet werden. Wo es möglich ist, soll Regenwasser auffangen und genutzt werden. Kulturmaßnahmen dürfen nicht zur Versalzung von Boden und Wasser führen.

Abdeckmaterialien wie Mulch- und Silofolien, Verfrühungsfolien, Vliese, Kulturschutznetze etc. dürfen nur dann verwendet werden, wenn sie auf Basis von Polycarbonaten (z.B. Polyethylen, Polypropylen) hergestellt worden sind. Gebrauchte Folien müssen wenn möglich dem Recycling zugeführt werden. Es ist verboten, Kunststoffe auf dem Feld zu verbrennen.

2.4 Überbetriebliche Nutzung von Maschinen und Geräten

Maschinen und Geräte, die auch in der konventionellen Erzeugung eingesetzt werden (z.B. über Maschinenringe), müssen sorgfältig entleert und gereinigt werden, bevor sie auf BIOLAND-Betrieben zum Einsatz kommen. Hierzu gehören auch mobile Mahl- und Mischanlagen für Futter.

2.5 Förderung der Biodiversität

2.5.1 Grundsätze

Es ist das Ziel der Wertegemeinschaft von BIOLAND, eine Landwirtschaft der Zukunft zu entwickeln und auf den BIOLAND-Betrieben umzusetzen, die die natürlichen Lebensgrundlagen des Menschen und aller anderen Lebewesen auf Dauer in ihrer Funktionsfähigkeit erhält. Dem Schutz und der Förderung der Biodiversität kommt dabei um ihrer selbst willen, und weil sie wichtige Grundlage für funktionierende landwirtschaftliche Systeme darstellt, eine besondere Bedeutung zu.

BIOLAND-Betriebe leisten bereits durch ihre biologische Wirtschaftsweise wichtige Beiträge zum Schutz der Biodiversität. Darüber hinaus erbringt jeder Betrieb zusätzliche Leistungen im Rahmen der BIOLAND-Biodiversitäts-Richtlinie.

2.5.2 Anforderungen

Jeder BIOLAND-Betrieb erbringt jährlich mindestens Biodiversitäts-Zusatzleistungen im Wert von 100 Punkten. Der Betrieb kann dabei selbst entscheiden, mit welchen Maßnahmen aus dem Maßnahmen-Katalog er diese Punkte erreicht.

BIOLAND-Betriebe müssen ihre Biodiversitäts-Punkte über das BIOLAND-Biodiversitäts-Online-Tool ermitteln und bei der Kontrolle die Auswertung sowie die gegebenenfalls für bestimmte Maßnahmen erforderlichen Dokumente vorweisen. Stichtag für die Eintragung ist jeweils der 30.06. eines jeden Jahres.

2.5.3 Grundlagen des Punktesystems

Das Biodiversitäts-Punktesystem beruht auf Maßnahmenkatalogen für den Gesamtbetrieb einschließlich Hofstelle und die verschiedenen Flächennutzungstypen (z. B. Acker, Grünland, Obstbau, gärtnerische Kulturen). Die Punkte werden überwiegend relativ zur Gesamtbetriebsfläche oder zur Fläche des Nutzungstyps vergeben, um Betriebe unterschiedlicher Größen gerecht zu bewerten. Betriebe mit mehreren Nutzungstypen können ihre Punkte frei innerhalb der Typen sammeln und haben keine Mindestvorgaben je Nutzungstyp einzuhalten. Allerdings werden die Punkte eines Flächennutzungstyps immer relativ zur Gesamtbetriebsfläche nach den BIOLAND-Vorgaben berechnet. Individuelle Maßnahmen, die nicht im Maßnahmenkatalog verzeichnet sind, können nach Vorgaben von BIOLAND angerechnet werden.

Die Maßnahmenkataloge werden aufgrund neuer Forschungsergebnisse und Praxiserfahrungen der BIOLAND-Betriebe regelmäßig angepasst und erweitert.

2.5.4 Kontrolle

Im Rahmen der jährlichen BIOLAND-Kontrolle wird überprüft, ob der Betrieb die zu erreichende Punktzahl erzielt.

Bei einer zufällig ausgewählten Stichprobe von 5 % wird eine tiefer gehende Kontrolle vorgenommen.

2.5.5 Geltungsbereich und Übergangsfristen

2021 erfüllen alle BIOLAND-Betriebe die Richtlinie, indem sie ihre Daten fristgerecht zum Stichtag und vollständig in das BIOLAND-Biodiversitäts-Online-Tool eintragen. 2022 müssen alle Betriebe 80 Punkte zum Stichtag der Eintragung nachweisen. Ab dem Stichtag der Eintragung 2023 gilt als Anforderung die Anzahl von 100 Biodiversitäts-Punkten.

Neu umstellende Betriebe müssen am Ende ihrer Umstellungszeit 100 Biodiversitätspunkte erreichen.

2.6 Erneuerbare Energien

Ziel ist, dass BIOLAND-Betriebe Energie effizient einsetzen und dass ein hoher Anteil dieser Energie aus erneuerbaren Quellen stammt.

2.6.1 Betrieb von Ökogasanlagen und Verwendung von Gärresten

Für Ökogasanlagen gilt das Ziel, ausschließlich Fermentationsstoffe zu vergären, die aus biologischer Erzeugung stammen. Eine sinnvolle Abwärmenutzung und ein möglichst hoher Gesamtwirkungsgrad sind anzustreben,

um eine möglichst hohe Energieeffizienz zu erzielen.

Wenn zum Betreiben einer Ökogasanlage die Zusammenarbeit mit anderen landwirtschaftlichen Betrieben erforderlich ist, um die notwendigen Mengen an Fermentationsstoffen bereitzustellen, sind Biobetriebe zu bevorzugen.

2.6.1.1 Anforderungen für Ökogasanlagen

Für Ökogasanlagen gilt:

Alle Fermentationsstoffe müssen in Anh. 10.1 (Zugelassene Bodenverbesserungs- und Düngemittel sowie Substratbestandteile) aufgeführt sein.

Mindestens 60 % der Fermentationsstoffe müssen aus biologischer Erzeugung stammen.

Weitere 15 % der Fermentationsstoffe müssen ebenfalls aus biologischer Erzeugung stammen oder dürfen aus folgenden Komponenten bestehen:

- Wirtschaftsdünger von konventionellen Betrieben gemäß Anhang 10.1.2,
- Pflanzenaufwuchs von Flächen, die Naturschutz-Schutzgebietsverordnungen unterliegen, oder
- Pflanzenaufwuchs von konventionellen Klee/ Klee gras-, Luzerne/Luzernegräs-Flächen oder Leguminosen-Gemengen, jeweils ohne Mais.

Die Konformität dieser Fermentationsstoffe ist mit geeigneten Nachweisen zu belegen.

Die %-Anteile müssen in einem dreijährigen Durchschnitt eingehalten werden.

2.6.1.2 Anforderungen für die Verwendung von Gärresten als Dünger

Nährstoffe, die BIOLAND-Betriebe aus betriebseigener Erzeugung in eine Ökogasanlage oder Agrogasanlage hineingegeben haben und als Gärreste zurückführen, gelten nicht als Nährstoffzukauf.

Gärreste aus Ökogasanlagen gelten als zugelassenes Düngemittel (siehe 10.1.3).

Wenn ein BIOLAND-Betrieb für eine Ökogas- oder Agrogasanlage Fermentationsstoffe zukauf und die Gärreste auf die eigenen Flächen ausbringt, gelten diese Fermentationsstoffe als Zukaufdünger und müssen bei der Berechnung der zulässigen Zukaufdüngermenge (siehe 3.4.4) berücksichtigt werden.

Für Gärreste aus Agrogasanlagen gilt: BIOLAND-Betriebe dürfen nur die äquivalente Nährstoffmenge, sie aus eigener Erzeugung oder als zugekaufter konv. Wirtschaftsdünger (gem. 10.1.2) in eine Agrogasanlage hineingegeben haben, von dieser als Gärreste zurücknehmen.

Alle Fermentationsstoffe müssen in Anh. 10.1 (Zugelassene Bodenverbesserungs- und Düngemittel sowie Substratbestandteile) aufgeführt sein.

Wenn Substrate aus nicht-biologischer Erzeugung als Kofermente in Ökogas- und Agrogasanlagen eingesetzt werden, dürfen diese nicht mit Beizmitteln aus der Wirkstoffgruppe der Neonicotinoide behandelt worden sein. Die Einhaltung der Vorgaben für Ökogas- und Agrogasanlagen müssen kontrolliert und durch Konformitätsbescheinigungen nachgewiesen werden.

2.7 Soziale Verantwortung

2.7.1 Grundsätze

Die Achtung und Einhaltung der Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit sind Grundlagen für die Erzeugung und Herstellung von BIOLAND-Produkten.

Wenn die Erzeugung auf groben Fällen sozialer Ungerechtigkeit basiert, ist die Verwendung der Marke BIOLAND nicht gestattet.

2.7.2 Gestaltung der Arbeits- und Sozialbedingungen für Beschäftigte

Beschäftigte im Sinne dieser Richtlinien sind neben dauerhaft Beschäftigten auch Saisonarbeitskräfte sowie Arbeiter in Subunternehmen.

Für alle auf BIOLAND-Betrieben arbeitenden Menschen gelten die gesetzlichen Bestimmungen des Sozial- und Arbeitsrechts. Insbesondere sind hierbei folgende Anforderungen nachprüfbar zu erfüllen:

Alle Menschen, die auf einem BIOLAND-Betrieb arbeiten, erfahren Chancengleichheit unabhängig von ethnischer Herkunft, Glauben, Geschlecht, Mitgliedschaften und politischen Überzeugungen. Die Entlohnung und alle weiteren Leistungen und Angebote an die Beschäftigten folgen nachvollziehbaren, allgemein anzuwendenden Grundsätzen, die jedwede Benachteiligung ausschließen. BIOLAND-Betriebe stellen sicher, dass zur Vertretung der Arbeitnehmer ein Arbeitnehmervertreter benannt oder gewählt wird.

Die Betriebe verpflichten sich, Zwangsarbeit oder jede Art von unfreiwilliger Arbeit auszuschließen.

Betriebe dürfen keine Kinder einstellen. Die Mitarbeit von Kindern ist nur auf dem eigenen Familien- oder einem Nachbar-Betrieb sowie unter Beachtung der gesetzlichen Vorschriften gestattet. Dabei muss speziell folgendes erfüllt sein:

- Die Arbeit ist nicht gefährlich und gefährdet weder die Gesundheit noch die Sicherheit der Kinder.
- Die Arbeit gefährdet weder die schulische noch die moralische, soziale und physische Entwicklung der Kinder.

- Kinder werden bei der Arbeit von Erwachsenen beaufsichtigt oder sind von einem Erziehungsberechtigten autorisiert.

Alle Beschäftigten haben das Recht und die Freiheit, zur Wahrnehmung ihrer Interessen sich zu versammeln und zu organisieren. Niemand darf auf Grund einer Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft benachteiligt werden. Der Arbeitgeber ist für Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz verantwortlich, dies beinhaltet gegebenenfalls Schulungen der Beschäftigten, um etwaige Gefahren am Arbeitsplatz aufzuzeigen. Bei mehr als 5 Beschäftigten sind Hinweise zur „Sicherheit am Arbeitsplatz“ zu erstellen und allen Beschäftigten zugänglich zu machen. Alle Beschäftigten erhalten einen schriftlichen Arbeitsvertrag, der die Grundlagen des Arbeitsverhältnisses regelt und mindestens folgende Punkte enthält: Arbeitsbeschreibung, Arbeitsumfang und -begrenzung, Art sowie Höhe der Bezahlung.

Unterschiedliche Formen der Arbeitsverhältnisse dürfen nicht zu einer Ungleichbehandlung der Beschäftigten führen. Auch Saisonarbeitskräfte müssen gemäß den gesetzlichen Bestimmungen angemeldet sein. Für alle Beschäftigten gelten – bei gleicher Tätigkeit und Verantwortung – die gleichen Rechte und Arbeitsbedingungen, inklusive Sozialleistungen und Vergünstigungen.

Es sind Löhne zu vereinbaren, die mindestens den gesetzlichen Mindestlöhnen bzw. den tariflichen Vereinbarungen entsprechen, soweit diese anwendbar sind.

Die Beschäftigten können frei entscheiden, einen Teil ihres Lohnes über Unterkunft, Essen oder andere Leistungen des Betriebes zu erhalten. Der Wert dieser Vergünstigungen muss fair und angemessen sein. Eine obligatorische Reduzierung des Lohns durch den Betrieb ist nicht zulässig.

Im Einklang mit der saisonalen Arbeitsverteilung sind Regelungen zum Umgang mit Überstunden als auch Regelungen zur Flexibilisierung der Arbeitszeit zu vereinbaren. Diese Regelungen müssen den gesetzlichen Vorgaben bzw. den tariflichen Vereinbarungen (soweit diese vorhanden und anwendbar sind) entsprechen.

Der Arbeitgeber stellt sicher, dass die Beschäftigten mindestens die rechtlich geforderte Grundabsicherung bei Mutterschaft, Krankheit und Alter erhalten.

Der Betrieb behindert nicht die rechtlichen Ansprüche seiner Angestellten auf Weiterbildung bzw. zur Berufsausbildung.

3 Pflanzenbau

3.1 Bodenfruchtbarkeit

Die Pflege des Bodenlebens und somit die Erhaltung und Steigerung der Bodenfruchtbarkeit ist ein besonderes Anliegen des organisch-biologischen Landbaus. Ein gesunder, belebter Boden ist die beste Voraussetzung für gesunde Pflanzen, gesunde Tiere und gesunde Menschen. Alle pflanzenbaulichen Maßnahmen sollen dem Aufbau und der Pflege eines vielfältigen und aktiven Bodenlebens dienen. Nur die Belebtheit des Bodens ermöglicht die nachhaltige Fruchtbarkeit.

3.2 Fruchtfolge

Die Fruchtfolge ist so vielseitig und ausgewogen zu gestalten, dass sie folgende Funktionen erfüllt:

- die Erhaltung der Bodenfruchtbarkeit
- das Hervorbringen gesunder Pflanzen
- die Unterdrückung von Ackerwildkräutern
- die Ernährung der Tiere mit hofeigenen Futtermitteln
- das Erzielen von wirtschaftlich sinnvollen Erträgen ohne Einsatz von chemischen Dünge- und Pflanzenbehandlungsmitteln.

Um diese Funktionen zu erfüllen, müssen Fruchtfolgen Leguminosen als Haupt- oder Zwischenfrucht oder in Mischkulturen enthalten.

3.3 Bodenbearbeitung

Ziel der Bodenbearbeitung ist die Schaffung optimaler Wachstumsbedingungen für die Kulturpflanzen. Bei allen Maßnahmen der Bodenbearbeitung ist die Verträglichkeit für das Bodenleben zu bedenken. Die Bodenbearbeitung muss so durchgeführt werden, dass eine übermäßige Störung des natürlichen Bodengefüges, Nährstoffverluste und unnötiger Energieaufwand vermieden werden.

3.4 Düngung und Humuswirtschaft

3.4.1 Grundsätze

Ziel der Düngung ist die harmonische Ernährung der Kulturpflanzen durch einen belebten Boden. Aus dem Betrieb stammendes organisches Material bildet die Grundlage der Düngung. Es wird meist auf dem Wege der Flächenkompostierung dem Boden zugeführt. Wirtschaftsdünger müssen so aufbereitet und ausgebracht

werden, dass das Bodenleben gefördert und der Humusgehalt erhalten bzw. erhöht wird.

3.4.2 Erlaubte betriebsfremde Dünger

Zur Ergänzung der wirtschaftseigenen Dünger und zum Ausgleich von Nährstoffverlusten aus dem Betriebskreislauf können betriebsfremde Wirtschaftsdünger sowie organische und mineralische Handelsdünger eingesetzt werden, soweit sie unter 10.1 aufgeführt sind.

Grundsätzlich darf die Löslichkeit mineralischer Dünger nicht durch chemische Behandlungen erhöht werden. Wirtschaftsdünger von konventionellen Betrieben müssen einer sorgfältigen Kompostierung unterzogen werden. Sie dürfen nur dann eingesetzt werden, wenn sie vom Schadstoffgehalt unbedenklich sind. Gegebenenfalls kann eine Qualitätsuntersuchung verlangt werden. Spurenelemente dürfen nur dann eingesetzt werden, wenn der nachgewiesene Mangel durch andere Maßnahmen nicht zu beheben ist.

3.4.3 Nicht zugelassene Dünger

Der Einsatz von Gülle, Jauche und Geflügelmist aus konventioneller Tierhaltung sowie von Gärresten aus Biogasanlagen, die nur mit konventionellen Fermentationsstoffen betrieben werden, ist verboten. Ferner ist die Verwendung von chemisch synthetischen Stickstoffdüngemitteln, leicht löslichen Phosphaten und sonstigen, in 10.1 nicht aufgeführten Düngemitteln untersagt.

3.4.4 Mengenbegrenzung

Bezogen auf den N-Gehalt darf die Gesamtmenge organischer Dünger das Äquivalent von 1,4 DE pro ha und Jahr nicht überschreiten. Davon darf maximal ein Äquivalent von 0,5 DE pro ha und Jahr betriebsfremder organischer Dünger sein. (DE: Dungeinheiten, siehe Anhang 10.3)

Wird selbst erzeugtes Raufutter oder Stroh auf direktem Weg an einen anderen Biobetrieb abgegeben und von dort tierischer Wirtschaftsdünger zurückgenommen, dann können die abgegebenen mit den zurückgenommenen Nährstoffen verrechnet werden; dieser Anteil wird bei der Mengenbegrenzung für den Düngerzukauf nicht angerechnet. Gleiches gilt bei der Abgabe von Stroh an Bio-Pilzzeuger und Rücknahme von abgetragenen Bio-Pilzsubstrat.

Für den Gartenbau und Dauerkulturen gelten die Bestimmungen des Kapitels 5. Bei der Bemessung der Düngung müssen Bodenvorräte mitberücksichtigt werden.

3.4.5 Qualitätserzeugung und Umweltverträglichkeit

Die Düngung ist in Abstimmung auf den Standort und auf die jeweilige Kultur so zu gestalten, dass die Qualität der Erzeugnisse (ernährungsphysiologischer Wert, Geschmack, Haltbarkeit) insbesondere durch die Höhe der Stickstoffdüngung nicht nachteilig beeinträchtigt wird. Im Hinblick auf Art, Höhe und Zeitpunkt der Düngung müssen Boden- und Gewässerbelastung durch Schadstoffe (z. B. Schwermetalle und Nitrat) vermieden werden.

3.4.6 Klärschlamm und Komposte

Der Einsatz von Klärschlamm ist verboten.

Grüngut-Komposte und kompostierte Haushaltsabfälle aus der Getrenntsammlung (Bio-Tonne) dürfen nur verwendet werden, wenn sie den Kriterien von BIOLAND entsprechen.

Torfersatzstoffe (z. B. Rindenprodukte) dürfen nur nach vorheriger Analyse auf Schadstoffe sowie nach Rücksprache mit BIOLAND angewandt werden.

3.5 Saatgut, Jungpflanzen und Pflanzgut

3.5.1 Sortenwahl

Im Anbau sollen Pflanzenarten und Sorten verwendet werden, die für die jeweiligen Standortbedingungen am besten geeignet, wenig krankheitsanfällig und von hoher ernährungsphysiologischer Qualität sind.

Im landwirtschaftlichen Bereich sollen landesübliche Sorten gegenüber Hybriden vorgezogen werden.

Die Verwendung von CMS-Hybriden, die aus Cytoplastenfusion hervorgegangen sind, ist im Gemüsebau nicht zulässig.

Für den Anbau von Kartoffeln gilt ab 1.1.2022: Ab einer Gesamtanbaufläche von 2 ha Kartoffeln im Jahr muss ein Anteil von 10 % der Kartoffelanbaufläche mit Sorten angebaut werden, die entsprechend der von BIOLAND erstellten Sortenliste überdurchschnittlich widerstandsfähig bzw. resistent gegen Krautfäule (*Phytophthora infestans*) sind. Ausgenommen von der Regelung sind reine Frühkartoffel-Anbauer, die ausschließlich Sorten der Reifegruppen 1 und 2 anbauen.

Betriebe, die im Kartoffelanbau keine Kupferpräparate gemäß 10.2.2.2 einsetzen, sind von der Verpflichtung, einen Anteil von 10 % widerstandsfähigen bzw. resistenten Sorten anzubauen, ausgenommen.

3.5.2 Ökologisch erzeugtes Saat- und Pflanzgut

Wenn zertifiziertes Saat- und Pflanzgut geeigneter Sorten aus ökologischer Vermehrung zur Verfügung steht, muss dieses verwendet werden. Andere Herkünfte bedürfen einer Ausnahmegenehmigung durch BIOLAND.

3.5.3 Saatgutbehandlung

Saat- und Pflanzgut darf nach der Ernte nicht mit chemisch-synthetischen Pflanzenschutzmitteln (z. B. Beizmitteln) behandelt worden sein.

Bei der Verwendung von konfektioniertem Saatgut (pilliertes Saatgut, Saatgutplatten usw.) ist darauf zu achten, dass die verwendeten Materialien im Sinne dieser Richtlinie unbedenklich sind.

3.5.4 Jungpflanzen

Die im Betrieb benötigten Jungpflanzen müssen selbst angezogen oder von anderen Betrieben des BIOLAND-Verbandes, wenn hier nicht verfügbar gemäß den Vorgaben von BIOLAND von anderen Bio-Betrieben zugekauft werden.

Anzuchterden dürfen max. 80 Vol.-Prozent, ab 1. Januar 2019 70 Vol.-Prozent (Topfkräuter 80 %) Torf enthalten; für Baumschulen, Stauden, Zierpflanzen siehe 5.8.6. Torfersatzstoffe müssen schadstoffarm und ökologisch verträglich sein.

3.5.5 Pflanzgut für Dauerkulturen

Pflanzgut muss aus BIOLAND-Baumschulen bzw. -Vermehrungsbetrieben, wenn hier nicht verfügbar gemäß den Vorgaben von BIOLAND von anderen Bio-Betrieben zugekauft werden, wenn dort gewünschte Sorten und geeignete Qualitäten zur Verfügung stehen. Andere Herkünfte bedürfen der Genehmigung durch BIOLAND.

Die Erteilung einer Ausnahmegenehmigung für konventionelles Pflanzgut bei Kernobst setzt die Beachtung der BIOLAND-Vorgaben, besonders die Einhaltung der Vorbestellungsfristen, voraus.

3.6 Pflanzenschutz

3.6.1 Grundsätze

Ziel des organisch-biologischen Landbaus ist es, Pflanzen unter solchen Bedingungen zu erzeugen, dass ein Befall durch Schädlinge und Krankheiten keine oder nur geringe wirtschaftliche Bedeutung erlangt. Entsprechende Maßnahmen hierzu sind ausgewogene Fruchtfolge, geeignete Sortenwahl, standort- und zeitgerechte Bodenbearbeitung, mengenmäßig und qualitativ angepasste Düngung, Gründüngung usw. Außerdem soll durch

geeignete Vorrichtungen und Maßnahmen wie Hecken, Nistplätze, Feuchtbiotope usw. die Vermehrung von Nützlingen gefördert werden.

3.6.2 Erlaubte Maßnahmen

Spezielle Bekämpfungsmaßnahmen dürfen nur mit Mitteln durchgeführt werden, die unter 10.2 aufgeführt sind. Sie sind erst dann einzusetzen, wenn alle Maßnahmen zur Aktivierung der boden- und pflanzeigenen Abwehrkräfte und zur Standortgestaltung ausgeschöpft sind.

Bei der Verwendung von Pflanzenbehandlungsmitteln gelten die gesetzlichen Bestimmungen.

3.6.3 Verbote

Die Verwendung von synthetischen Pestiziden und Wachstumsregulatoren ist untersagt.

3.7 Beikrautregulierung

3.7.1 Grundsätze

Die Regulierung der Beikräuter erfolgt durch vorbeugende Maßnahmen (z.B. Fruchtfolge, Bodenbearbeitung, Sortenwahl), mechanische Maßnahmen (z.B. Eggen, Striegeln, Hacken) und thermische Maßnahmen (z.B. Abflammen).

3.7.2 Herbizidverbot

Die Verwendung von Herbiziden ist untersagt.

3.8 Reinigung und Desinfektion

Wenn neben der Beachtung der allgemeinen Grundsätzen zur vorbeugenden Hygiene und Maßnahmen der mechanisch-physikalischen Reinigung der Einsatz von Reinigungs- und Desinfektionsmitteln im Pflanzenbau notwendig ist, müssen Wirkstoffe verwendet werden, die

- eine möglichst geringe Auswirkungen auf Mensch, Nutztier und Umwelt aufweisen,
- eine möglichst leichte und schnelle Abbaubarkeit zu unkritischen Abbauprodukten aufweisen,
- geringe Rückstände bilden, und
- über deren Aktivsubstanzen ein möglichst umfassendes wissenschaftliches und Erfahrungswissen vorliegen.

Die für die Verwendung als Reinigungs- und Desinfektionsmitteln zulässigen Wirkstoffe sind in Anhang 10.8 aufgeführt.

3.9 Wildsammlung

Das Sammeln von essbaren Wildpflanzen oder ihrer Teile, die in der freien Natur und in Wäldern natürlicherweise vorkommen und bei denen der einzige Eingriff des Menschen in der Ernte (Sammlung) der Produkte besteht, gilt als Wildsammlung, sofern folgende Bedingungen eingehalten werden:

- Das Sammelgebiet muss abgrenzbar sein. Es muss mit Kataster- oder Flurplänen (ggf. Zeichnungen) eindeutig definiert sein.
- Die Sammlung in Gebieten außerhalb des Betreuungsgebietes von BIOLAND ist nur mit Genehmigung gestattet.
- Das Sammelgebiet darf nicht dem direkten Einfluss von Schadstoffimmissionen unterliegen.
- Die Flächen dürfen in den drei Jahren vor dem Sammeln nicht mit Mitteln, die nach diesen Richtlinien unzulässig sind (Anhang 10.1 und 10.2), behandelt worden sein. Dies ist durch geeignete Nachweise zu belegen.
- Das Sammeln darf die Stabilität des natürlichen Habitats und die Erhaltung der Arten im Sammelgebiet nicht beeinträchtigen.

Diese Produkte dürfen mit der Marke BIOLAND gekennzeichnet werden und sind mit dem Zusatz „... aus Wildsammlung“ (bei Verarbeitungsprodukten im Zutatenverzeichnis) zu versehen.

3.10 Pflanzenzüchtung

Diese BIOLAND-Richtlinien für die Pflanzenzüchtung beschreiben Grundsätze der organisch-biologischen Züchtung. Sie werden nach den Erfahrungen der Züchtungspraxis und gemäß neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse ständig weiterentwickelt.

3.10.1 Grundsätze

Organisch-biologische Pflanzenzüchtung ist nachhaltig, fördert die genetische Diversität und stützt sich auf die natürliche Reproduktionsfähigkeit der Pflanze. Sie hat einen ganzheitlichen Ansatz, respektiert die natürliche Kreuzungsbarrieren und basiert auf fertilen Pflanzen. Im Züchtungsprozess gilt die besondere Aufmerksamkeit den Beziehungen der Pflanze zum Boden, zur Umwelt und zu den Menschen.

Organisch-biologische Pflanzenzüchtung und Sortenentwicklung leisten einen Beitrag zur regionalen Ernährungssouveränität der Menschen. Sie dient dem Gemeinwohl der Gesellschaft.

Organisch-biologische Pflanzenzüchtung verfolgt das Ziel, Saatgut und Sorten als Kulturgut zu erhalten und weiter zu entwickeln.

3.10.2 Züchtung und Selektion

Als Eltern sind alle Sorten nutzbar, die nicht mit im BIOLAND-Anbau grundsätzlich verbotenen Züchtungstechniken (wie z. B. gentechnische Verfahren) gezüchtet wurden.

Das Genom wird als unteilbare Einheit respektiert. Technische Eingriffe in das Genom sind nicht erlaubt (z. B. Bestrahlung mit ionisierenden Strahlen, Verwendung mutagener Substanzen, Übertragung isolierter DNA, RNA oder Proteine).

Die Zelle wird als unteilbare Einheit respektiert. Technische Eingriffe in eine isolierte Zelle auf künstlichen Medien sind nicht erlaubt (z. B. gentechnische Verfahren, Auflösung der Zellwand und Zerstörung des Zellkerns für Cytoplastenfusion).

Die Neukombination der Eigenschaften erfolgt innerhalb der pflanzentypischen Kreuzungsbarrieren durch die Verschmelzung von Eizelle und Pollen.

Die natürliche Fortpflanzungsfähigkeit der Pflanzen einer neuen Sorte muss erhalten bleiben. Techniken, die die Keimfähigkeit bei samenvermehrten Kulturarten stark einschränken, sind verboten (z. B. so genannte Terminator-Techniken).

Die Selektion erfolgt auf BIOLAND-zertifizierten Standorten. Im Einzelfall können mit Genehmigung von BIOLAND auch andere ökologisch bewirtschaftete Standorte genutzt werden.

Der Einsatz molekularer Marker für diagnostische Zwecke (markergestützte Selektion) ist möglich.

Der gesamte Züchtungsprozess muss nachvollziehbar und transparent dokumentiert werden (genutzte Eltern, Techniken, Standorte und Flächen, Nachverfolgbarkeit der Linien über die Generationen etc.).

Die Informationen über die angewendeten Züchtungstechniken müssen spätestens ab Vermarktungsbeginn einer neuen Sorte öffentlich verfügbar gemacht werden.

3.10.3 Vermehrung und Erhaltungszüchtung

Die Erhaltungszüchtung und Gesundung erfolgt auf BIOLAND-zertifizierten Flächen. Im Einzelfall können mit Genehmigung von BIOLAND auch andere ökologisch bewirtschaftete Standorte genutzt werden.

Ausgenommen von dieser Regelung ist die Nutzung der Meristemkultur für die Gesundung (Virusfreiheit) bei vegetativ vermehrten Arten wie z. B. Kartoffel, Erdbeere, Himbeere.

Die Saat-/Pflanzgutvermehrung einer organisch-biologisch gezüchteten Sorte erfolgt auf allen Stufen auf BIOLAND-zertifizierten Standorten. Im Einzelfall können mit Genehmigung von BIOLAND auch andere ökologisch bewirtschaftete Standorte genutzt werden.

3.10.4 Zuchtziele

Zuchtziele müssen kulturbezogen definiert werden.

Grundsätzlich ist die Pflanzengesundheit ein wesentlicher Aspekt. Bei der Züchtung wird eine hohe Widerstandsfähigkeit, Toleranz oder Resistenz gegenüber Schädlingen und Krankheiten angestrebt. Eine gute Nährstoffeffizienz sowie die Konkurrenzfähigkeit gegenüber Unkräutern sind ebenso wichtige Merkmale wie allgemein die Erzielung ausreichender und stabiler Erträge. Weiterhin werden eine hohe Vitalität der Pflanzen, sowie auch ernährungsphysiologische und sensorische Qualitäten als Zuchtziele in die Selektionsentscheidungen eingebunden.

Berücksichtigung finden soll auch der Aspekt, dass Nektar suchende, bestäubende Insekten von den Pflanzen profitieren können.

3.10.5 Pflanzenzüchtung im sozialen Kontext

Die Züchter von organisch-biologisch gezüchteten Sorten können Sortenschutz genießen. Jegliche Patentierung ist jedoch nicht gewünscht und unzulässig.

Der Zugang zu genetischen Ressourcen muss frei erhalten und das Züchterprivileg gewahrt bleiben. Die Kreuzbarkeit darf technisch nicht eingeschränkt werden (z. B. durch männliche Sterilität ohne Restaurationsmöglichkeit).

Züchtungsprogramme sollen einen partizipativen Ansatz haben. Das heißt, alle Glieder der Wertschöpfungskette (Erzeuger, Handel, Hersteller, Konsumenten) sollen nach Möglichkeit einbezogen werden.

3.10.6 Verwendung der Begriffe „gezüchtet gemäß BIOLAND-Richtlinien“ und „aus BIOLAND-Erhaltungszucht“

Sorten „gezüchtet gemäß BIOLAND-Richtlinien“ entstehen durch ein organisch-biologisches Züchtungsprogramm, das auf allen Stufen transparent und durch Beauftragte des BIOLAND-Verbandes überprüfbar ist.

Wenn die in diesen Richtlinien genannten Vorgaben erfüllt sind und dieses durch den BIOLAND-Verband anerkannt wurde, kann eine Sorte mit dem Hinweis „gezüchtet gemäß BIOLAND-Richtlinien“ auf dem Markt angeboten werden.

Der Hinweis „aus BIOLAND-Erhaltungszucht“ kann erst verwendet werden, wenn die Erhaltung mindestens über 4 Jahre auf BIOLAND-Flächen erfolgt ist. Nur biologisch gezüchtete Sorten können mit dem Hinweis „aus BIOLAND-Erhaltungszucht“ gekennzeichnet werden. Ob eine Sorte biologisch gezüchtet wurde, bedarf der Beurteilung und ausdrücklichen Feststellung durch BIOLAND.

Alle Sorten, die mit einem BIOLAND-Hinweis versehen werden, müssen die gesetzlichen Vorgaben des Saatgut- und Sortenrechts erfüllen.

Die Verwendung der Begriffe „gezüchtet gemäß BIOLAND-Richtlinien“ und „aus BIOLAND-Erhaltungszucht“ in Verbindung mit Marktprodukten wie Konsumware, Futterware oder Saatgut ist nur zulässig, wenn auch diese Endprodukte BIOLAND-zertifiziert sind. Wenn für den Anbau eines beliebigen, nicht von BIOLAND zertifizierten Erzeugnisses Saatgut einer Sorte „gezüchtet gemäß BIOLAND-Richtlinien“ bzw. „aus BIOLAND-Erhaltungszucht“ verwendet wurde, ist jegliche Verwendung des Begriffs BIOLAND am Endprodukt unzulässig.

3.10.7 Nachträgliche Anerkennung

Eine Sorte, die vor Inkrafttreten dieser Richtlinie gezüchtet wurde, kann auf Antrag als Sorte „gezüchtet gemäß BIOLAND-Richtlinien“ von BIOLAND anerkannt werden, wenn die Einhaltung der Vorgaben dieser Richtlinien belegbar und glaubhaft nachweisbar ist.

4 Tierhaltung

4.1 Bedeutung und Ziele der Tierhaltung im organisch-biologischen Betrieb

Die Tierhaltung ist ein sinnvolles Bindeglied im Betriebskreislauf.

Für die Gesundheit, die Leistungsfähigkeit und das Wohlbefinden der Tiere sind eine artgerechte Haltung sowie eine fürsorgliche Betreuung durch den Menschen Voraussetzung.

Voraussetzung für die Erzeugung hochwertiger, gesunder Lebensmittel ist ein hoher Tiergesundheits- und Tierwohlstatus. Zu diesem Zweck sorgt jeder tierhaltende Betrieb durch geeignete Managementmaßnahmen für eine gute Haltungspraxis.

Mit Hilfe der Tiere werden die auf dem Betrieb anfallenden Futterstoffe zur Erzeugung hochwertiger Lebensmittel genutzt.

Die Tierhaltung ist so zu gestalten, dass eine verlustarme Erzeugung, Lagerung und Ausbringung der in der Tierhaltung anfallenden wirtschaftseigenen Dünger gewährleistet ist. Diese dienen der Erhaltung und dem Aufbau der Bodenfruchtbarkeit im Betrieb.

Eigenbedarfstiere

Für Nutztiere, die ausschließlich für den Eigenbedarf gehalten werden, gelten die speziellen Vorgaben von BIOLAND bezüglich Tierzahl-Obergrenzen, Haltungsanforderungen, Fütterung und Tierzukauf. Eine parallele Haltung von Eigenbedarfstieren und BIOLAND-Tieren der gleichen Art ist nicht zulässig.

4.2 Haltungsanforderungen

4.2.1 Allgemeines

4.2.1.1 Grundsatz

Eine artgerechte Haltung der Tiere muss das Ziel auf jedem Betrieb sein. Das bedeutet, dass das arteigene Verhalten wie das Bewegungs-, Ruhe-, Nahrungsaufnahme-, Sozial-, Komfort- und Fortpflanzungsverhalten weitestgehend ermöglicht wird. Die Beachtung von für die Tierhaltung geltenden Verordnungen und Fachgesetze gilt als Grundvoraussetzung für die Einhaltung der BIOLAND-Richtlinien. Zur Förderung von Robustheit und Vitalität sollen die Tiere sich häufig mit Witterung und Klima des Standortes auseinandersetzen können.

Zu einer artgerechten Haltung gehören während des gesamten Jahres ausreichender Bewegungs- und Ruhe-

raum, natürliches Licht, Schatten, Windschutz, frische Luft und frisches Wasser.

Die Haltungsgebäude müssen entsprechend der Tierart und dem Alter ein angemessenes Stallklima bieten, u. a. in Bezug auf Temperatur, Luftfeuchtigkeit, Luftbewegung, Staubbelastung und Konzentration von schädlichen Gasen.

Die Möglichkeit zu Auslauf und/oder Weidegang ist für alle Nutztiere vorgeschrieben, sofern keine anders lautende Verordnung dem entgegen steht, z. B. im Rahmen der Tierseuchenbekämpfung.

Haltungsbedingte Verhaltensabweichungen, Verletzungen und Krankheiten müssen vermieden werden. Herdentiere dürfen nicht einzeln gehalten werden. Eine Einzelhaltung ist nur für männliche Zuchttiere, im Krankheitsfall, gegen Ende der Trächtigkeitszeit und in Kleinbeständen zulässig.

Nutztiere müssen gegen Raubtiere ausreichend geschützt werden.

4.2.1.2 Flächenanforderungen

Die Flächenanforderungen für den Innen- und Außenbereich des Haltungssystems sind für jede Tierkategorie in Anhang 10.6 aufgeführt. Für die Haltung von Dam- und Rotwild gelten die Vorgaben in 4.2.7.

Bei Haltungssystemen für Säugetiere mit nicht eindeutiger Trennung zwischen Innen- und Außenbereich müssen die Flächenanforderungen in der Summe erfüllt sein. Bei Haltungssystemen für Wiederkäuer und Pferde mit Laufstallhaltung und Sommerweidegang kann die Flächenanforderung für den Außenbereich gem. 10.6 im Winter entfallen. Zur Berechnung der Stallfläche können in diesem Fall auch ständig zugängliche, befestigte, nicht überdachte Stallflächen berücksichtigt werden.

In Gebieten mit geeigneten Klimaverhältnissen, die es erlauben, dass die Tiere ganzjährig im Freien leben, sind keine Stallungen vorgeschrieben.

4.2.1.3 Lauf- und Liegeflächen

Ställe mit vollständig perforierten Bodenflächen (Vollspaltenböden, Flatdecks, Käfige) sind nicht zugelassen.

Die Schlitz- und Lochweiten bei perforierten Böden sind an die Tiergröße anzupassen. Spaltenböden müssen in technisch einwandfreiem Zustand sein. Flächenspalten sind zu bevorzugen.

Der überwiegende Teil der zugänglichen Bewegungs- und Ruhefläche für jede Säugetierkategorie muss aus einer geschlossenen Bodenfläche (keine Spaltenböden) bestehen.

Die Lauffläche muss rutschfest und trittsicher sein.

Ein weicher, trockener und sauberer Liegebereich ist für Wiederkäuer, Schweine, Pferde und Kaninchen jederzeit durch ausreichende Einstreu (i. d. R. Stroh) zu gewährleisten.

Stroh zur Einstreu soll, soweit verfügbar, aus dem eigenen Betrieb oder aus anderen Öko-Betrieben stammen. Konventionelles Einstreustroh sollte auf Flächen mit geringer Bewirtschaftungsintensität erzeugt worden sein und soll im Vorernte-Verfahren nicht mit Glyphosat-haltigen Herbiziden behandelt worden sein.

4.2.1.4 Auslaufzugang und -pflege

Zugang zum Auslauf oder zur Weide muss immer dann gewährt werden, wenn der physiologische Zustand der Tiere, die klimatischen Bedingungen und der Boden-zustand dies gestatten.

Die Besatzdichte darf auf Freiflächen nicht dazu führen, dass der Boden – außer an Futter- und Tränkestellen – zertrampelt wird. Eine Überweidung ist zu vermeiden.

4.2.1.5 Bau und Betrieb von Stallgebäuden

Bei Stallneubauten ist der Standort so zu wählen, dass ein möglichst umfangreiches Weideangebot zur Verfügung steht. Der Standort ist mit BIOLAND abzustimmen.

Stallneu- und -umbauten ab 3000 Legehennen müssen vor Baubeginn von BIOLAND genehmigt werden.

Bei Bau und Betrieb von Stallgebäuden ist auf ökologische Belange Rücksicht zu nehmen. Gesundheits- und umweltgefährdende Stoffe sind bei den Baumaterialien und deren Behandlung nach Möglichkeit zu vermeiden. Heimische Baumaterialien sind zu bevorzugen.

Der Einsatz nicht regenerativer Energieträger ist beim Bau und Betrieb von Ställen möglichst zu verringern.

Neu- und Umbauten in der Tierhaltung sollen dem neuesten Wissensstand über die artgerechte Tierhaltung entsprechen.

Neubauten für Wiederkäuer werden als Laufställe ausgeführt. Der Neubau von Anbindeställen ist nicht zulässig. Bei Neu- und Umbauten hat bei der Planung eine Abstimmung mit BIOLAND zu erfolgen.

4.2.2 Rinderhaltung

4.2.2.1 Milchvieh- und Mutterkuhhaltung

Kühe müssen in der Vegetationsperiode Zugang zu Weideland erhalten.

Die Mindestweidefläche beträgt 600 qm je Großvieheinheit (HI-Tier) während der gesamten Vegetationsdauer. Bei extremer Nässe oder Trockenheit ist die kurzfristige Aussetzung des Weidegangs möglich.

Nur für am 1.12.2018 bereits bestehende BIOLAND-Betriebe gilt bis längstens 31.12.2030: Stehen beweidbare Flächen in einem ausreichenden Umfang nicht dauerhaft zur Verfügung, muss neben gegebenenfalls vorhandenen Teilweiden ein ganzjährig nutzbarer Auslauf im Freien entsprechend 10.6 der Richtlinien vorhanden sein.

Für einzelne Tiere oder Tiergruppen, die aufgestellt werden müssen (z. B. zum Decken, Besamen, zur Vorbereitungsfütterung (3 Wochen), Frischmelker (2 Wochen), bei Gefahren durch Raubtiere, etc.) kann alternativ ein ganzjährig nutzbarer Auslauf im Freien entsprechend 10.6 der Richtlinien angeboten werden (unbeschadet davon gilt 4.2.1.2 weiterhin). Einzelne kranke und kalbende Tiere sind von der Auslaufverpflichtung ausgenommen. Um genügend Weideflächen anzubieten, müssen in Stallnähe beweidbare Flächen auf Wiesen- und auf Ackerflächen im Rahmen üblicher Fruchtfolgen und entsprechender Bodenqualitäten eingerichtet werden.

Freies Abkalben unter hygienisch einwandfreien Bedingungen ist zu ermöglichen.

4.2.2.1.1 Laufstallhaltung

Laufställe, die den Kühen die dauernde Möglichkeit zur freien Bewegung geben, sind anzustreben. Sackgassen und Engpässe im Stall sollen vermieden werden.

Ein ganzjähriger Auslauf im Freien ist dann vorgeschrieben, wenn im Sommer kein Weidegang erfolgt, weil keine beweidbaren Flächen zur Verfügung stehen.

Auch im Winter ist nach Möglichkeit ein regelmäßiger Auslauf im Freien anzubieten.

In Laufställen muss für jedes Tier ein Liege- und ein Fressplatz zur Verfügung stehen. Eine geringfügige Verringerung der Anzahl der Fressplätze ist bei ständiger Verfügbarkeit von Futter (Vorratsfütterung) mit Genehmigung durch BIOLAND möglich.

Liegeboxen müssen durch ihre Maße und Ausführung ein artgerechtes Abliegen und Aufstehen ermöglichen.

4.2.2.1.2 Anbindehaltung

Vorbehaltlich der Genehmigung durch die Kontrollbehörden ist die Anbindehaltung für kleine Bestände möglich, sofern die Kühe während der Weidezeit Zugang zu Weideland und mindestens zweimal wöchentlich Auslauf erhalten, wenn das Weiden nicht möglich ist.

Die Anbindehaltung für einzelne Tiere aus Sicherheits- und Tierschutzgründen ist mit Genehmigung durch BIOLAND möglich, sofern sie zeitlich begrenzt ist.

Standbreite, Standlänge, Anbindetechnik und Trogkantengestaltung müssen ein artgerechtes Aufstehen, Abliegen und Fressen sowie eine ausreichende Körperpflege ermöglichen.

Die Kühe müssen vollständig auf der planbefestigten und ausreichend eingestreuten Standfläche stehen und liegen können.

Starre Halsrahmen und straff gespannte Ketten oder Nylongurte sind nicht zugelassen.

Kuhtrainer sind verboten.

4.2.2.2 Zucht- und Mastrinderhaltung

Alle Zucht- und Mastrinder sollen die Möglichkeit haben, sich ganzjährig frei zu bewegen.

Aufzucht- und Mastrinder ab 12 Monaten müssen in der Vegetationsperiode Zugang zu Weideland erhalten. Die Mindestweidefläche beträgt 600 qm je Großvieheinheit (HI-Tier) während der gesamten Vegetationsdauer. Bei extremer Nässe oder Trockenheit ist die kurzfristige Aussetzung des Weidegangs möglich.

Nur für am 1.12.2018 bereits bestehende Bioland-Betriebe gilt bis längstens 31.12.2030: Stehen für diese Kategorie beweidbare Flächen in einem ausreichenden Umfang nicht dauerhaft zur Verfügung, muss neben gegebenenfalls vorhandenen Teilweiden ein ganzjährig nutzbarer Auslauf im Freien entsprechend 10.6 der Richtlinien vorhanden sein (unbeschadet davon gilt 4.2.1.2 weiterhin).

Für Bullen kann alternativ ein ganzjährig nutzbarer Auslauf im Freien entsprechend 10.6 der Richtlinien angeboten werden.

Für weibliche Tiere < 12 Monate und für einzelne Tiere oder Tiergruppen, die aufgestellt werden müssen (z. B. zum Decken, Besamen, bei Gefahren durch Raubtiere), kann alternativ ein ganzjährig nutzbarer Auslauf im Freien entsprechend 10.6 der Richtlinien angeboten werden. Kranke Einzeltiere sind von der Auslaufverpflichtung ausgenommen.

Um genügend Weideflächen anzubieten, müssen beweidbare Flächen auf Wiesen- und auf Ackerflächen im Rahmen üblicher Fruchtfolgen und entsprechender Bodenqualitäten eingerichtet werden, sofern damit eine praktikable Weideinfrastruktur geschaffen werden kann. Während der Endmast ist bei Mastrindern für max. 1/5 der Lebenszeit und auf jeden Fall nicht länger als 3 Monate die Stallhaltung ohne Auslauf zulässig.

Anbindehaltung ist nur für über ein Jahr alte Zucht- und Mastrinder zugelassen. In diesem Fall gelten die Regelungen von 4.2.2.1.2 entsprechend.

4.2.2.3 Kälberhaltung

Die Kälber sollen nach der Geburt mindestens einen Tag bei der Mutter bleiben. Die Unterbringung in Einzelboxen nach der ersten Lebenswoche ist verboten. Ab der zweiten Lebenswoche müssen die Kälber bei entsprechender Bestandsgröße in Gruppen gehalten werden.

Die Anbindehaltung von Kälbern und unter einem Jahr alten Jungrindern ist nicht erlaubt.

4.2.3 Schweinehaltung

Schweine müssen einen Auslauf erhalten.

Schweine müssen außer im späten Trächtigkeitsstadium und während der Säugezeit bei Sauen in Gruppen gehalten werden.

Die Anbindung von Sauen ist ausgeschlossen.

Eine Fixierung ist nur bei Problemsauen während und nach dem Abferkeln möglich.

Es muss eine Wühlmöglichkeit vorhanden sein.

Während des Sommerhalbjahres ist für Zuchtschweine, soweit möglich, Weidegang durchzuführen. Die Weide soll mit Schattenbereich und Suhle ausgestattet sein.

4.2.4 Schaf- und Ziegenhaltung

Die Ställe müssen als Laufställe ausgeführt sein.

Schafe und Ziegen müssen in der Vegetationsperiode Zugang zu Weideland erhalten. Stehen beweidbare Flächen in einem ausreichendem Umfang nicht dauerhaft zur Verfügung, muss zusätzlich zur Weide ein ganzjährig nutzbarer Auslauf im Freien entsprechend 10.6 der Richtlinien angeboten werden.

Für Milchschaaf- und Milchziegenbetriebe gilt:

- Wenn nicht ausreichende Weideflächen zur Verfügung stehen, um geeignete Weidemanagementmaßnahmen zur Regulierung des Parasitendrucks einhalten zu können, muss kein Weidegang gewährt werden.
- Wenn die Tiere in unterschiedliche Leistungsgruppen eingeteilt sind, ist es ausreichend, wenn einer Leistungsgruppe Weidegang gewährt wird; diese Gruppe muss dabei eine der Anzahl der Leistungsgruppen entsprechende Herdengröße haben.
- Tieren, denen kein Weidegang gewährt wird, muss ein ganzjähriger Auslauf im Freien entsprechend 10.6 der Richtlinien angeboten werden.

Um genügend Weideflächen anzubieten, müssen in Stallnähe beweidbare Flächen auf Wiesen- und auf Ackerflächen im Rahmen üblicher Fruchtfolgen und entsprechender Bodenqualitäten eingerichtet werden.

4.2.5 Geflügelhaltung

4.2.5.1 Legehennenhaltung

Stallneu- und -umbauten ab 3000 Legehennen müssen vor Baubeginn von BIOLAND genehmigt werden.

Auch die Aufnahme neuer Betriebe mit einem Tierbesatz ab 3000 Legehennen muss ausdrücklich von BIOLAND genehmigt werden.

4.2.5.1.1 Stall

Die Unterbringung im Stall erfolgt in Boden- oder Volierenhaltungssystemen mit Außenklimabereich und Auslauf.

Die einzelnen Ställe mit max. 3000 Legehennen müssen vollständig getrennt sein (Futterkette, Eierbänder, Entmistung, Lüftung etc.), um einen eventuell vorhandenen Infektionsdruck und/oder eine Verseuchung mit Parasiten zu vermindern, sowie ein nachhaltiges Grünauslaufmanagement zu gewährleisten. Es dürfen max. 6000 Hennen in einem Gebäude gehalten werden.

Pro m² vom Tier begehbare Bewegungsfläche im Stall dürfen bis 6 Tiere gehalten werden.

Für den Tierbesatz anrechenbare Bewegungsflächen müssen folgende Bedingungen erfüllen:

- Mindestens 30 cm breit.
- Maximale Neigung 14 %.
- Bei Gitterböden ist eine minimale Drahtstärke von 2 mm einzuhalten.
- Die lichte Höhe zwischen den übereinanderliegenden Etagen oder Sitzstangen beträgt mindestens 45 cm.
- Der befestigte Boden muss mit geeignetem Einstreumaterial in genügender Höhe eingestreut sein.
- Legenester, deren Anflugroste und erhöhte Sitzstangen sind keine Bewegungsflächen und können deshalb nicht für den Tierbesatz mitgerechnet werden.

Eine Besatzdichtenerhöhung über 6 Hennen je m² begehbare Bewegungsfläche im Stallinnenbereich kann vorgenommen werden, wenn der Außenklimabereich als integrierter Außenklimabereich genutzt wird. Dies ist der Fall, wenn

- er für die Tiere über alle Stallöffnungen ungehindert zugänglich ist, sofern keine extremen Witterungsverhältnisse dem entgegenstehen;
- er bedacht ist, über eine gesteuerte Beleuchtung, Einzäunung und Windschutzmöglichkeiten verfügt, die eine Aufrechterhaltung des Stallklimas im Warmbereich ermöglicht;
- der ganze für den Tierbesatz anrechenbare Außenklimabereich mit Sand o.ä. eingestreut ist;
- er eine Höhe von mind. 2 m hat;
- er sich auf der gleichen Ebene wie der Stall befindet; der Niveauunterschied vom Stall zum Außenklima-

bereich darf max. 50 cm hoch sein (bei stärkeren Niveauunterschieden kann durch vorgebaute Balkone und Steig- und Abgangshilfen eine ausreichende Zirkulation der Tiere erreicht werden).

In Bodenhaltungsställen mit integriertem Außenklimabereich können max. 8 Legehennen je m² begehbare Fläche im Stallinnenbereich (Warmbereich) gehalten werden.

In Volierenställen dürfen max. 3 erhöhte Ebenen übereinander angeordnet werden. Dabei darf bezogen auf den Stallinnenbereich (Warmbereich) der max. Tierbesatz von 12 Tieren je m² Stallgrundfläche nicht überschritten werden.

Der Stall muss so angelegt sein, dass die Tiere mit möglichst wenig Kot in Kontakt kommen. Die verschiedenen für die Hennen zugänglichen Ebenen müssen so angeordnet sein, dass kein Kot auf die darunter gelegenen Ebenen durchfallen kann.

Mindestens 1/3 der Bewegungsfläche der Tiere im Stall muss als eingestreute Scharrfläche zur Verfügung stehen.

In Ställen mit integriertem Außenklimabereich gilt dieses Drittel für den Stallinnenbereich. Die Einstreu ist mind. 5 cm tief und muss locker, trocken und sauber gehalten werden.

Der Stall ist mit Tageslicht ausreichend zu beleuchten. Die Fensterflächen müssen mind. 5 % der Stallgrundfläche ausmachen. Die Tageslänge darf auf max. 16 Stunden mit Kunstlicht verlängert werden.

Der angebotene Futterplatz, die Futtergeschirre und die Einstreuflächen für die Körnergabe müssen so gestaltet sein, dass alle Tiere gemeinsam fressen können.

Die Tiere sollen von einer offenen Wasserfläche Wasser aufnehmen können. Den Tieren steht stets sauberes, frisches Trinkwasser zur Verfügung.

Pro Tier müssen 18 cm Sitzstange zur Verfügung stehen. In Kotgrubenställen müssen mind. 1/3 der Sitzstangen um mind. 45 cm erhöht sein. Der Querschnitt der Sitzstangen beträgt mindestens 30 x 30 mm, die oberen Kanten sind abgerundet. Für die anrechenbare Sitzstangenlänge werden nur Sitzstangen gerechnet, welche sich nicht über dem Einstreubereich befinden, mind. 30 cm horizontalen Achsabstand voneinander und mind. 20 cm Wandabstand haben.

Für die Eiablage müssen den Tieren genügend eingestreute Legenester oder Abrollnester mit weichen Gummipoppen oder ähnlichen Materialien zur Verfügung stehen. Für 80 Legehennen muss 1 m² Familiennest zur Verfügung stehen, das Einzelnest von 35 cm mal 25 cm reicht für maximal 5 Hennen.

Den Tieren muss permanent ein Staubbad, wenn möglich im Wintergarten, zur Verfügung stehen.

Die Stallöffnungen zum Außenklimabereich und Auslauf sind so bemessen, dass die Hühner problemlos und uneingeschränkt zirkulieren können. Die Stallöffnungen müssen über eine kombinierte Länge von 1 m je 150 Tiere verfügen. Die Mindestabmessungen der Öffnungen betragen 50 cm in der Breite und 45 cm lichte Höhe.

Um die Wasserversorgung der Tiere bei extremen Witterungsbedingungen zu gewährleisten, dürfen in der dunklen Ruhephase die Klappen vom Warmbereich zum Kaltscharrraum ausnahmsweise geschlossen werden.

Zwischen den Belegungen muss der Stall gereinigt und desinfiziert werden. Dabei dürfen nur die zugelassenen Mittel gemäß Anhang 10.7 eingesetzt werden.

4.2.5.1.2 Außenklimabereich

Der Außenklimabereich oder auch Kaltscharrraum ist ein witterungsgeschützter, mit einer flüssigkeitsundurchlässigen Bodenplatte versehener, nicht der Klimaführung des Stalles unterliegender Teil der Stallgrundfläche, der vom Stallgebäude räumlich abgetrennt, den Legehennen unmittelbar zugänglich und mit Einstreumaterial ausgestattet ist.

Mindestens 1 m² befestigter, überdachter Außenklimabereich je 12 Legehennen ist vorgeschrieben. Ausgenommen hiervon sind Mobilställe.

In Kleinbeständen ist ein Außenklimabereich nicht erforderlich, wenn die Besatzstärke im Warmstall 4 Hennen/m² nicht übersteigt. Für die Einstufung als Kleinbestand darf der Haltungsumfang die Tierzahl von 140 Legehennen (1 DE, siehe 10.3) im Jahresdurchschnitt nicht überschreiten; diese Regelung gilt kumulativ mit dem Mastgeflügel.

Der Außenklimabereich kann unter den in 4.2.5.1.1 genannten Bedingungen als Bestandteil des Stalles erklärt und zur Berechnung der Besatzdichte im Stall mit angerechnet werden.

Als Auslauföffnung zum Grünauslauf steht für 150 Tiere mindestens 1 lfd. Meter zur Verfügung.

4.2.5.1.3 Grünauslauf

Ein Grünauslauf ist vorgeschrieben.

Der Auslauf muss so zugeschnitten sein, dass er von allen Legehennen vollständig und möglichst gleichmäßig genutzt werden kann.

Jedem Tier stehen mindestens 4 m² Grünauslauf im Umkreis von 150 m zur Verfügung.

Ab 1. Mai 2014 gilt für neue BIOLAND-Betriebe und für Stallneu- und Erweiterungsbauten auf bestehenden BIOLAND-Betrieben: Es müssen im Auslauf Regenerationsflächen innerhalb von 150 m Umkreis eingerichtet werden.

Bei bis zum 30. April 2014 auf BIOLAND-Betrieben bestehenden Legehennenställen müssen für den Auslauf Regenerationsflächen eingerichtet werden, wenn die räumlichen Gegebenheiten dieses erlauben. Dabei dürfen die über 4 m² hinaus gehenden Flächen auch weiter als 150 m im Umkreis entfernt liegen, wenn die Auslaufstruktur eine Nutzung durch die Tiere gewährleistet.

Für die Trennung von Herden oder Gruppen ist eine Einzäunung erforderlich.

Zugang zum Grünauslauf soll grundsätzlich bis auf die nachfolgend aufgeführten Ausnahmen täglich gewährt werden. Hierüber ist unabhängig von der Bestandsgröße ein Auslaufjournal zu führen. Damit wird nachgewiesen, dass mind. ein Drittel der Lebensstage Zugang zum Auslauf besteht. Der Zugang zum Grünauslauf kann eingeschränkt oder verwehrt werden, wenn die gesamte Herde sich in einer tierärztlichen Behandlungsphase befindet, bei widrigen Wetterbedingungen, die einen Zugang insbesondere aus Tiergesundheitsgründen nicht sinnvoll erscheinen lassen, in der Eingewöhnungsphase von Junghennen sowie bei sonstigen behördlichen Anordnungen.

Es müssen Maßnahmen ergriffen werden, damit ein Nährstoffeintrag von 170 kg N je ha Auslauffläche und Jahr nicht überschritten wird. Im stallnahen Bereich werden stark beanspruchte Flächen mit Rindenmulch o.ä. eingestreut und so angelegt, dass periodisch, spätestens vor der Neueinstellung, mit Nährstoffen angereichertes Einstreu bzw. Bodenmaterial ausgetauscht werden kann. Die Auslaufflächen müssen größtenteils Pflanzenbewuchs aufweisen. Regelmäßige, ausreichende Ruhezeiten zur Erholung der Vegetation sind einzulegen.

Der Grünauslauf muss den Tieren Schutz vor Feinden und Schatten bieten, so dass sie den Auslauf gleichmäßig nutzen. Gehölze werden für eine natürliche Strukturierung der ganzen Auslauffläche gepflanzt. Schattier- oder Windschutznetze bieten künstliche Schutzmöglichkeiten. Die Anordnung von Strukturelementen und Unterschlupfmöglichkeiten ist so anzulegen, dass die Tiere mühelos die Auslaufentfernungen überwinden können.

4.2.5.1.4 Mobile Legehennenhaltung

Es gelten die allgemeinen Haltungsanforderungen für die Legehennenhaltung, falls hier nicht anders geregelt. Für einen Mobilstall müssen mindestens drei vollständig voneinander getrennte Standplätze zur Verfügung stehen. Damit sich die Grünauslauffläche bestmöglich regenerieren kann und Nährstoffeintrag und -entzug im Einklang stehen, muss der Stall mindestens 4 mal im Jahr umgesetzt werden, wobei alle Standplätze genutzt werden müssen.

Wenn der Stall während der Vegetationsruhe (ca. Mitte Oktober bis ca. Mitte März) nicht versetzt wird, ist er an einem Winterplatz aufzustellen, und es darf eine Besatzdichte von max. 4,8 Tiere je m² überdachter begehbarer Fläche nicht überschritten werden. Betriebe, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Richtlinien (Januar 2017) bereits einen BIOLAND-Vertrag abgeschlossen haben und mobile Geflügelhaltung betreiben, müssen die Vorgaben für die Zeit der Vegetationsruhe spätestens ab dem 1. Januar 2020 umsetzen.

4.2.5.1.5 Legepause

Die Durchführung einer Legepause zur Regenerierung der Legehennen ist unter den nachfolgenden Mindestbedingungen zulässig:

- Mindeststallfläche ist einzuhalten (6 Hennen pro m² begehbarer Stallfläche)
- Dauer der Einschränkung (kein Grünauslauf, Licht) maximal 7 Wochen
- Lichtzufuhr nach guter fachlicher Praxis, jedoch immer mit Tageslichteinfluss. Die Lichtdauer darf dabei auf 5 Stunden täglich begrenzt werden
- Futter und Wasser ad libitum
- Anzeigen der Legepause vor Beginn der Mauser bei der Kontrollbehörde oder Kontrollstelle

4.2.5.2 Junghennen

Die Regelungen zur Legehennenhaltung gelten sinngemäß auch für Junghennen, soweit im Folgenden keine anderen Regelungen getroffen werden. Darüber hinaus gilt folgendes:

4.2.5.2.1 Grundsatz

Die Jungtiere sollen in der Aufzucht die natürlichen Verhaltensweisen erlernen, welche sie im Legestall auch ausüben können, um so mögliche Verhaltensstörungen zu vermeiden. In der Aufzucht sollen Widerstandskraft und eine natürliche Immunisierung entwickelt und aufgebaut werden. Das Stallsystem im Aufzuchtstall soll mit dem im Legehennenstall übereinstimmen.

4.2.5.2.2 Stall

Die Unterbringung im Stall erfolgt in Boden- oder Volierenhaltungssystemen mit überdachtem Auslaufbereich. Die einzelnen Herden mit max. 4800 Tieren müssen bis zu einer Höhe von mind. 80 cm blickdicht über dem höchsten von den Tieren erreichbaren Punkt getrennt werden. In den ersten Lebenswochen sind Kükenringe zuge lassen.

Von der 3. bis zum Ende der 10. Lebenswoche dürfen nicht mehr als 16 Tiere je m² Bewegungsfläche im Warmbereich gehalten werden.

Ab der 11. Lebenswoche dürfen pro m² begehbarer Bewegungsfläche im Warmbereich max. 13 Tiere im Stall gehalten werden.

In Ställen mit mehreren Ebenen (maximal zulässig drei Ebenen) dürfen ab der 11. Lebenswoche max. 24 Tiere je m² Stallgrundfläche gehalten werden.

Mindestens die Hälfte der Bewegungsfläche im Stall muss als eingestreute Scharrfläche zur Verfügung stehen. Die Einstreu ist mind. 5 cm tief und locker, trocken und sauber zu halten.

Tageslicht mit natürlicher Intensität ist vorgeschrieben. Zur Durchführung eines Lichtprogramms kann mit entsprechenden Einrichtungen der Lichteinfall und die Dauer eingeschränkt werden.

Allen Tieren steht stets sauberes, frisches Trinkwasser zur Verfügung. Die Futtereinrichtungen sind so anzulegen, dass alle Tiere gemeinsam fressen können.

Ab der 1. Lebenswoche müssen für alle Tiere erhöhte Aufbaumöglichkeiten in ausreichender Länge zur Verfügung stehen, ab der 4. bis Ende der 10. Lebenswoche 8 cm je Tier, ab der 11. Lebenswoche 12 cm Sitzstange je Tier, davon 1/3 erhöhte Sitzstangen.

Ab der 1. Lebenswoche müssen den Tieren ein Staubbad und Einstreu mit Sand- und Gritanteilen sowie geeignete Schutz- und Deckungseinrichtungen zur Verfügung stehen.

4.2.5.2.3 Außenklimabereich und Auslauf

Spätestens ab der 10. Lebenswoche müssen die Tiere während der Aktivitätszeit Zugang zu einem befestigten, überdachten Außenklimabereich (Wintergarten) für max. 25 Tiere/m² haben, sofern die Witterungsverhältnisse dies erlauben. Die Größe der Auslauföffnungen beträgt mind. 2 m je 1000 Junghennen bei mind. 40 cm Durchgangshöhe. Der Anteil der Scharrfläche beträgt im Außenklimabereich 100 % der begehbaren Netto-Grundfläche.

Nur wenn Grünauslauf angeboten wird, kann der Außenklimabereich gemäß 4.2.5.1.1 zur Berechnung der Besatzdichte im Stall mit angerechnet werden.

Wenn ein Grünauslauf zur Verfügung steht, muss dieser bei stationären Ställen als Wechsellauslauf mit mind. 0,5 m² je Tier angelegt und mit Schutzmöglichkeiten ausgestattet sein. Der Zugang zum Grünauslauf ist in einem Auslaufjournal zu dokumentieren.

Ausgenommen von der Regelung zum überdachten Außenklimabereich sind Mobilställe, bei denen ein Grünauslauf von mind. 2,5 m² je Tier zur Verfügung steht.

4.2.5.3 Mastgeflügel

Die Regelungen der Legehennenhaltung gelten sinngemäß auch für Mastgeflügel. Darüber hinaus gilt folgendes:

4.2.5.3.1 Stall

Die einzelnen Ställe mit max. 4800 Masthühnern, 5200 Perlhühnern, 4000 weibl. Enten, 3200 männl. Enten oder 2500 Gänsen und Truthühnern müssen örtlich vollständig getrennt sein (Futterkette, Entmistung, Lüftung etc.), um einen eventuell vorhandenen Infektionsdruck und/oder eine Verseuchung mit Parasiten zu verhindern, sowie ein nachhaltiges Grünauslaufmanagement zu gewährleisten. In einem Gebäude dürfen max. 9600 Masthühner, 10400 Perlhühner, 8000 weibl. Enten oder 5000 Gänse und Truthühner gehalten werden.

Die Gesamtnutzfläche aller Mastgeflügelställe eines Betriebes darf 1600 m² nicht überschreiten.

Im Stall dürfen max. 21 kg Lebendgewicht und nicht mehr als 10 Tiere je m² begehbarer Bewegungsfläche gehalten werden. Die Bewegungsfläche ist die den Tieren verfügbare Grundfläche des Stallraumes.

In beweglichen Ställen dürfen max. 30 kg Lebendgewicht und nicht mehr als 16 Tiere je m² gehalten werden.

Für Perlhühner sind mind. 20 cm Sitzstange je Tier vorgeschrieben. Für Masthähnchen und Puten sind ihrer Größe und ihrem Alter entsprechende Sitzstangen anzubieten.

4.2.5.3.2 Außenklimabereich und Auslauf

Für Masthähnchen und Puten ist zusätzlich zum Stallinnenbereich ein befestigter, überdachter Außenklimabereich (Wintergarten) oder befestigter Auslauf vorgeschrieben. Die Größe beträgt mind. ein Drittel der Mindeststallfläche. Ausgenommen hiervon sind Mobilställe. In Kleinbeständen ist ein Außenklimabereich oder befestigter Auslauf nicht erforderlich, wenn die Besatzstärke im Warmstall 14 kg Lebendgewicht/m² nicht übersteigt. Für die Einstufung als Kleinbestand darf der Haltungsumfang die Tierzahl von 280 Masthühnern (1 Dungeinheit, analog andere Mastgeflügelarten, siehe 10.3) im Jahresdurchschnitt nicht überschreiten; diese Regelung gilt kumulativ mit den Legehennen.

Der Außenklimabereich kann gemäß 4.2.5.1.1 zur Berechnung der Besatzdichte im Stall mit angerechnet werden.

4.2.5.3.3 Grünauslauf

Ein Grünauslauf ist vorgeschrieben.

Jedem Tier stehen folgende Mindestflächen je Tier als Grünauslauf zur Verfügung:

Masthähnchen und Perlhühner	4,0 m ²
Enten	4,5 m ²
Puten	10,0 m ²
Gänse	15,0 m ²
Mastgeflügel in mobilen Ställen	2,5 m ²

Zugang zum Grünauslauf muss immer gewährt werden, wenn die klimatischen Bedingungen und der physiologische Zustand des Tieres dies gestatten, nach Möglichkeit mind. jedoch während einem Drittel der Lebenszeit. Einschränkungen ergeben sich aufgrund der Physiologie durch das Alter und die Befiederung der Tiere und durch das Klima.

4.2.5.3.4 Mobile Mastgeflügelhaltung

Es gelten die allgemeinen Haltungsanforderungen für die Mastgeflügelhaltung, falls hier nicht anders geregelt. Bei mobilen Mastgeflügelställen beträgt die maximale Grundfläche 150 m² je Stall.

Für einen Mobilstall müssen mind. drei vollständig voneinander getrennte Standplätze zur Verfügung stehen und genutzt werden. Bei Mastgeflügel muss der Mobilstall mindestens nach jeder Mastperiode umgesetzt werden, so dass sich die Grünauslauffläche regenerieren kann und Nährstoffeintrag und -entzug im Einklang stehen.

4.2.5.3.5 Wasserflächen

Wassergeflügel muss stets Zugang haben zu einem fließenden Gewässer, Teich oder See (nur wenn die Hygienebedingungen und Wasserschutzauflagen dies erlauben) oder zu einer befestigten Wasserfläche, deren Inhalt regelmäßig ausgetauscht und durch Frischwasser ersetzt wird.

4.2.5.4 Kleingeflügel

Die Regelungen zur Legehennenhaltung gelten sinngemäß auch für Kleingeflügel, soweit im Folgenden keine anderen Regelungen getroffen werden. Darüber hinaus gilt folgendes:

4.2.5.4.1 Allgemeine Haltungsanforderungen und Stall

Die Mindestgröße eines Geheges mit überdachtem Außenklimabereich beträgt bei Tauben 7,5 m², bei Wachteln 1,5 m².

Alle Bereiche der Gehege sind mit Strukturen versehen, die ein artgemäßes Verhalten ermöglichen (z. B. für Tauben Ruhemöglichkeiten auf Brettern, Stangen, Ästen etc.

in unterschiedlichen Höhen und Formen, für Wachteln Rückzugs- und Schutzmöglichkeiten durch Röhren, Höhlen etc.).

Die Raumhöhe über der begehbaren Fläche der einzelnen Bereiche ist den jeweiligen Anforderungen an das Management anzupassen, beträgt jedoch mind. 200 cm bei Tauben und 50 cm bei Wachteln. Die begehbare Fläche kann sich zusätzlich zur nutzbaren Stallgrundfläche auf max. einer weiteren Ebene erstrecken.

4.2.5.4.2 Stall

Ein Stallgebäude für die Wachtelhaltung kann Platz für maximal 1500 Tiere bieten, wobei die maximale Gruppengröße bei Lege- und Mastwachteln 300 Tiere beträgt. Ein Stallgebäude für Tauben beherbergt maximal 1000 Zuchtpaare mit Nachzucht, die maximale Gruppengröße beträgt 25 Zuchtpaare mit Nachzucht.

Die maximale Belegdichte im Stall (Warmbereich) beträgt 15 Tiere oder 3 kg Lebendgewicht pro m² Bewegungsfläche.

Die Stallungen müssen über einen eingestreuten Scharraum verfügen (mindestens 50 % der Stallgrundfläche).

Max. 50 % der begehbaren Fläche im Warmbereich darf mit einem dem Alter entsprechenden perforierten Boden versehen sein.

Für 150 Legewachteln muss 1 m² Nestfläche zur Verfügung stehen. Ein Einzelnest hat die Mindestfläche von 600 cm².

In der Taubenhaltung muss pro Paar mind. ein separater Nistplatz von 0,5 m² Grundfläche vorhanden sein, der mit einer eingestreuten Brutschale versehen ist. Zur Nestanlage ist den Tauben Baumaterial wie Stroh, Reis, Blätter etc. anzubieten.

4.2.5.4.3 Außenklimabereich und Auslauf

Der befestigte, überdachte Außenklimabereich (Wintergarten) beträgt mindestens 50 % der begehbaren Fläche im Warmbereich und ist ganzflächig mit lockerem Einstreumaterialien versehen. Bei der Auswahl der Einstreumaterialien ist dafür Sorge zu tragen, dass bei den Wachteln kein Fuß- oder Zehenballengeschwür entstehen. Ein Staubbad ist anzubieten. Grünauslauf wird empfohlen.

4.2.5.5 Brütereien

4.2.5.5.1 Allgemeine Anforderungen

In einer BIOLAND-Brütereie dürfen ausschließlich Bio-Eier, die von Bio-Elterntieren stammen, ausgebrütet werden. Nur mit Genehmigung durch BIOLAND dürfen in folgenden Fällen konventionelle Eier verwendet werden:

- für die Brut von für Rassegeflügel, Puten, Wassergeflügel und Sondergeflügel, wenn keine entsprechenden Bio-Eier verfügbar sind;
- in Katastrophen- und Seuchenfällen
- bei Erprobung neuer Herkünfte ohne ökologische Elterntierstufe.

Es dürfen nur solche Tiere nach dem Schlupf gemerzt werden, bei denen erkennbare körperliche Anomalien keine artgerechte Haltung erwarten lassen.

4.2.5.5.2 Anforderungen an Räumlichkeiten, Technik und Brutführung

In den Arbeits- und Bruträumen muss der Einfluss von Tageslicht vorhanden sein.

Es dürfen nur Leuchtkörper installiert sein, die keinen „Stroboskop-Effekt“ erzeugen.

In die Brutabläufe ist der Einfluss eines Tag-Nacht-Rhythmus durch Tageslicht und gegebenenfalls in Brutschranken künstliche Belichtung zu integrieren.

Eine Desinfektion der Bruteier darf nur vor der Einlage erfolgen; eine Desinfektion in der Brutmaschine/ bei laufender Brut ist nicht zulässig.

Insgesamt ist nach Stand des Wissens und der Technik dafür Sorge zu tragen, dass bekannte Einflüsse von Temperatur, Licht und akustischer Signale für einen optimalen Ablauf der Brut und des Schlupfprozesses beitragen.

4.2.6 Pferdehaltung

Pferde müssen immer, wenn es der Bodenzustand erlaubt, Weidegang oder Auslauf erhalten.

Die Aufstallung erfolgt in Boxen oder Laufställen, möglichst mit Auslauf.

Nach Möglichkeit soll Gruppenhaltung durchgeführt werden.

4.2.7 Damwild- und Rotwildhaltung

Für Damwild und Rotwild ist die ganzjährige Weidehaltung vorgeschrieben.

Die Mindestgehegegröße für Damwild beträgt 3 ha, für Rotwild 5 ha.

Die Gehege müssen Versteckplätze für Kälber enthalten. Die Gehege müssen den Tieren Witterungsschutz bieten, vorzugsweise durch natürliche Elemente wie Hecken und Bäume. Rotwildgehege müssen zusätzlich eine Suhle enthalten.

Die Mindestrudelgröße bei Dam- und Rotwild beträgt jeweils 5 Tiere (4 weibliche, 1 Hirsch).

Der maximale Tierbesatz pro ha Gehegefläche beträgt 7 PED bzw. 3,5 PER. Eine Produktionseinheit Damwild (PED) besteht aus 1 Alttier, 1 Kalb, 1 Jährling (Spießler,

Schmaltier) und einem Hirsch anteilig; eine Produktionseinheit Rotwild (PER) setzt sich entsprechend zusammen.

4.2.8 Kaninchenhaltung

Die folgenden Regelungen gelten für Haltungen mit mehr als drei Zuchttieren bzw. mehr als 20 Masttieren.

4.2.8.1 Allgemeines

Stall und Auslauf ermöglichen den Tieren ihre art eigenen Verhaltensweisen.

Gruppenhaltung ist außer in der Säugezeit der Zibben vorgeschrieben. Die max. Gruppengröße beträgt in Stallhaltung 40 Mastkaninchen und 5 reproduzierende Zibben sowie bis zu 3 Nachzuchtzibben. In Freilandhaltung gilt diese Einschränkung bei Einhaltung der Flächenanforderungen nach 10.6 nicht.

4.2.8.2 Stall

Die Stallhöhe beträgt mindestens 60 cm. Die Bewegungsfläche der Tiere kann sich auf mehreren Ebenen befinden.

Sie sollte Bereiche mit unterschiedlicher Bodenbeschaffenheit aufweisen.

Rückzugsmöglichkeiten und Ruhebereiche müssen für alle Tiere vorhanden sein.

Jeder Zibbe steht ein eigenes Wurfneest zur Verfügung.

4.2.8.3 Außenklimabereich und Weidefläche

Ein befestigter Außenklimabereich, der überdacht sein kann, ist, außer bei der Weidehaltung, vorgeschrieben. Der Außenklimabereich muss mindestens 50 % der Gesamtbewegungsfläche (Summe Stall und Außenklimabereich) bieten.

Bei Weidehaltung sind Wechselflächen und Vegetationsruhezeiten vorgeschrieben.

4.3 Umgang mit Tieren

4.3.1 Allgemeines

Der Umgang mit Tieren muss die art eigenen Bedürfnisse und das Empfinden des Tieres berücksichtigen.

4.3.2 Maßnahmen im Betrieb

Die Haar-, Haut- und Klauenpflege ist in regelmäßigen Abständen durchzuführen.

Die Haltungssysteme für Wiederkäuer sollen so entwickelt werden, dass von einer Enthornung abgesehen werden kann. Wenn enthornt wird, ist dafür zu sorgen, dass eine angemessene Betäubung und Schmerzausschaltung

stattfindet (bei Ziegen ist eine Enthornung nur mit tierärztlicher Indikation zulässig).

Nicht zugelassen sind:

- das Schwänzekupieren bei Rindern und Schweinen; Bei Schafen ist das Kupieren der Schwänze nur bei weiblichen Schaflämmern mit Genehmigung gemäß den Vorgaben von BIOLAND und mit Auflagen zulässig. Ziel dieser Auflagen ist es, auf das Schwänzekupieren durch geeignete Zucht mittelfristig zu verzichten. Die Richtlinie wird 2023 überprüft. Dabei wird auch ein Ende der Ausnahmegenehmigungen bewertet.
- das prophylaktische Zähnekeifen bei Schweinen
- das Einziehen von Nasenringen und Nasenkrampen zur Verhinderung der Wühltätigkeit bei Schweinen
- verändernde Eingriffe beim Geflügel wie Schnäbel kupieren, Schnäbeltouchieren, Flügelkupieren

Auch weitere Eingriffe am Tier dürfen nicht systematisch durchgeführt werden.

Die chirurgische Kastration von Ferkeln sowie die Kastration von Schweinen und Wiederkäuern ist nur unter Betäubung und mit Schmerzbehandlung zulässig.

Bei Legehennen soll in jeder Herde ab Aufzuchtbeginn nach Möglichkeit mind. 1 Hahn je 100 Hennen gehalten werden.

4.3.3 Transport und Schlachtung

4.3.3.1 Allgemeines

Bei Transport und Schlachtung müssen Stress und unnötiges Leiden der Tiere vermieden werden. Kurze Transportwege sind anzustreben.

4.3.3.2 Transport der Schlachttiere

Der Transport von Schlachtkörpern ist gegenüber dem Transport von lebenden Tieren vorzuziehen.

Grundsätzlich sind vom Verladen der Schlachttiere bis zur Schlachtung alle Maßnahmen zu ergreifen, die Stress, Schmerz und Leid und insbesondere Angst der Tiere minimieren. Um dies zu erreichen, ist das Verantwortungsbewusstsein aller Beteiligten zu fördern und darauf zu achten, dass das mit Transport und/oder Schlachtung beauftragte Personal über die erforderliche Sachkunde verfügt.

Die Verwendung von elektrischen Treibhilfen, Schlaginstrumenten oder ähnlichen Treibmitteln ist nicht zulässig.

Jedes Tier oder jede Gruppe von Tieren muss auf allen einzelnen Stufen des Transports und des Schlachtprozesses identifizierbar sein.

Die Wege zwischen dem landwirtschaftlichen Betrieb und der Schlachtstätte sind möglichst kurz zu halten, regionale Schlachtstätten sind zu bevorzugen. Die

Transportzeit darf max. 4 Stunden und die Transportentfernung max. 200 km betragen. Eine Transportdauer von über 4 Stunden ist nur in Ausnahmefällen nach vorhergehender Genehmigung durch BIOLAND zulässig, sofern eine ausreichende Tränke während des Transports und eine längere Ruhezeit vor dem Schlachten gewährleistet ist.

Vor dem Verladen sind die Tiere ausreichend zu tränken. Bei der Fütterung muss der Schlachtzeitpunkt berücksichtigt werden. Es wird empfohlen, eine Nüchternzeit (die Dauer ohne Futteraufnahme) bei Schweinen von 12 Stunden und bei Wiederkäuern von 16 Stunden nicht zu überschreiten.

Die Tiere dürfen vor dem oder während des Transports nicht mit synthetischen Beruhigungsmitteln oder synthetischen Stimulantien behandelt werden. Besonderheiten für die einzelnen Tierarten sind im Folgenden aufgeführt:

Wiederkäuer

- die Transportfläche muss eingestreut sein
- milchgebende Tiere vor dem Verladen abmelken
- schonendes Ein- und Ausladen
- geschlechtsreife männliche Tiere müssen von weiblichen Tieren der gleichen Art getrennt befördert werden

Schweine

- die Transportfläche muss eingestreut sein
- schonendes Ein- und Ausladen (z. B. Treibschilde und -gatter zum Leiten)
- nach Möglichkeit Treiben vom Dunklen ins Helle
- Trennung nach Mastgruppen und Herkünften; bei gemeinsamem Transport Trennwände

Geflügel

- Behältnisse dunkel, gut belüftet und ausreichend hoch

4.4 Tierbesatz und Futterzukauf

4.4.1 Allgemeines

Der Viehbesatz orientiert sich in erster Linie an der eigenen Futtergrundlage.

Im Hinblick auf sich ändernde Klimaverhältnisse und um Versorgungsengpässen bei extremen Witterungssituationen vorzubeugen, sind entsprechende Vorkehrungen zu treffen, um auch in solchen Situationen den Zukauf von konv. Futtermitteln zu vermeiden. Anzustreben sind daher Reservevorräte an Raufuttermittel in Höhe von 10 % des Jahresbedarfes jährlich. Ein Notfallplan zur Vermeidung von Futterknappheiten muss vorliegen. Der

Notfallplan beschreibt mögliche Handlungsoptionen bei Versorgungsengpässen wie z. B. eigene Reserveflächen, Bestandsabstockung, Vernetzungen mit flächenstarken Betrieben (Ackerbaubetrieben) oder Möglichkeiten des Bezugs von Futtermitteln von Naturschutzflächen.

Sofern eigenes Futter nicht ausreichend verfügbar ist, müssen bei Zukauf von Futter mindestens 50 % des Gesamtfutters einer Tierart, bei Rindern, Büffelarten, Schafen, Ziegen und Pferden 60 %, aus dem eigenen Betrieb oder aus einer regionalen Kooperation nach den Vorgaben von BIOLAND stammen. Der Rest kann von anderen Betrieben des BIOLAND-Verbandes, wenn hier nicht verfügbar gemäß den Vorgaben von BIOLAND von anderen Bio-Betrieben oder, wenn hier nicht verfügbar im Rahmen der Regelungen für den zulassungsfähigen konventionellen Futterzukauf (siehe 4.5.1 und 10.4) zugekauft werden.

Vorbehaltlich der Genehmigung durch die Behörden kann der Zukauf von konventionellen Futtermitteln in Katastrophensituationen, die durch außergewöhnliche Witterungsverhältnisse, Tierseuchen, Brand oder Verunreinigungen mit toxischen Stoffen entstehen, einzelbetrieblich und für einen begrenzten Zeitraum von BIOLAND genehmigt werden, wenn es trotz Vorsorgemaßnahmen zur Vermeidung von Futterengpässen, zu denen jeder Betrieb grundsätzlich verpflichtet ist, zu einer unvorhersehbaren Mangelsituation kommt.

Mischfutter darf nur von durch BIOLAND zertifizierten Futtermittelfirmen bezogen werden, Mineralfuttermittel nur von durch BIOLAND zugelassenen Firmen.

Bei Geflügel und Schweinen können in kleinen Beständen 80 % des Futters zugekauft werden, wenn der Bestand im Betrieb jeweils unter 1000 Legehennen (bzw. der entsprechenden Zahl anderer Geflügelkategorien), 30 Sauen oder 60 Mastschweineplätzen liegt, und gleichzeitig die Viehbesatzgrenze im Betrieb nicht überschritten wird.

Die höchstzulässige Anzahl von Tieren je Hektar ist durch die in Tabelle 10.3 genannten Zahlen beschränkt.

4.4.2 Futtermittel von Umstellungsflächen

Futtermittel von Umstellungsflächen (siehe 9.2.3) dürfen bis zu 30 % in der Ration, bezogen auf den Jahresdurchschnitt einer Tierart, eingesetzt werden. Stammen die Umstellungsfuttermittel aus dem eigenen Betrieb, beträgt dieser Satz 100 %.

Bis zu 20 % der Futtermittelration dürfen aus Futterpflanzen aus dem ersten Umstellungsjahr bestehen, jedoch nur aus der Beweidung bzw. Beerntung von Dauergrünland, oder von Flächen mit mehrjährigen Futterkulturen, oder von Eiweißpflanzen, die während ihrer gesamten

Kulturzeit unter Biobedingungen gewachsen sind. Diese Flächen müssen Teil des eigenen Betriebes sein und dürfen in den letzten fünf Jahren nicht zu einer Einheit des Betriebs mit ökologischer Erzeugung gehört haben. Wenn sowohl Umstellungsfuttermittel als auch Futtermittel von im ersten Jahr der Umstellung befindlichen Flächen verwendet werden, dürfen diese Futtermittel zusammen die Höchstanteile für Umstellungsfutter nicht überschreiten.

(Alle Prozentangaben bezogen auf den Trockenmassegehalt der Futtermittel landwirtschaftlichen Ursprungs).

4.4.3 Qualität der Zukauffuttermittel

An den Futterzukauf werden strengste Qualitätsmaßstäbe angelegt, um eine Belastung des Betriebskreislaufes mit Schadstoffen zu verhindern.

Futtermittel, die als Nebenprodukte in der heimischen ökologischen Lebensmittelherstellung anfallen, dürfen mit Genehmigung durch BIOLAND eingesetzt werden. Importfuttermittel aus EU- und Drittstaaten dürfen mit Genehmigung durch BIOLAND eingesetzt werden. Sie sind nur zulassungsfähig, wenn keine heimischen Bio-Futtermittel in ausreichender Menge zur Verfügung stehen. Die Zulassung ist immer befristet. Unerwünschte soziale und ökologische Auswirkungen beim Anbau und Handel der Futtermittel sind zu vermeiden, was durch den Importeur im Rahmen des Zulassungsverfahrens nachzuweisen ist.

4.4.4 Futterzusätze

Zugelassen sind für eine bedarfsgerechte Ernährung notwendige Mineral- und Zusatzstoffe, sowie unbedenkliche, natürliche Futterergänzungstoffe, die helfen, die Verwertung der hofeigenen Futtermittel und die Tiergesundheit zu verbessern.

Die Verwendung von Futter mit Wirk- und Zusatzstoffen wie antibiotische, chemobiotische oder hormonelle Leistungsförderer, Kokzidiostatika, Histomonostatika, Kupfer zur Leistungsförderung, NPN-Verbindungen, synthetische Aminosäuren und synthetische färbende Stoffe ist untersagt. Die verwendeten Vitamine, Spurenelemente und Zusatzstoffe müssen natürlichen Ursprungs sein, soweit in ausreichender Menge und Qualität verfügbar. Bei Nichtverfügbarkeit und wenn der Bedarf gegeben ist, dürfen die in Anhang 10.4.5 aufgeführten Futtermittel und Zusatzstoffe als Futterzusätze in der Tierernährung eingesetzt werden.

4.5 Fütterung

4.5.1 Allgemeines

Die Fütterung der Tiere erfolgt grundsätzlich mit ökologisch erzeugtem Futter.

Die Fütterung der Tiere ist so zu gestalten, dass die im Betrieb anfallenden Futterstoffe zur Erzeugung von hochwertigen tierischen Erzeugnissen genutzt werden. Eine tiergerechte Fütterung beinhaltet neben der bedarfsgerechten Rationsgestaltung auch eine den Verhaltensbedürfnissen angepasste Futterbereitstellung.

Bei Nichtverfügbarkeit und Mangelversorgung gelten die Übergangsregelungen zum zulassungspflichtigen Futtermittelzukauf aus nicht-ökologischer Herkunft, siehe 10.4.

Wenn die Tiere in der Wander- oder Hüteperiode von einer Weide zu einer anderen Weide getrieben werden, ist die Aufnahme von konventioneller Vegetation zulässig (max. bis zu 10 % in der Jahresration bezogen auf den Trockenmassegehalt des Futters landwirtschaftlichen Ursprungs).

4.5.2 Rindviehfütterung

In der Rindviehfütterung muss vor allem Grundfutter aus dem eigenen Betrieb eingesetzt werden. Mind. 60 % der Trockenmasse in der Tagesration muss aus Raufutter bestehen.

Rinder > 12 Monate, die aufgrund von fehlenden Weideflächen im Stall und auf befestigten Ausläufen gehalten werden, müssen in der Vegetationszeit überwiegend mit Grünfutter gefüttert werden. Eine Unterschreitung ist möglich, wenn witterungsbedingt der Grünfutteranteil eingeschränkt oder ausgesetzt werden muss.

In Betrieben, bei denen die Grünfütterung über Weidegang erfolgt, ist für einzelne Tiergruppen, denen zeitweise kein Weidegang gewährt werden kann (z. B. unmittelbar zur Kalbung anstehende Tiere, zu besamende Tiere) sowie Masttrindern in der Endmast (max. 3 Monate und max. 1/5 der Lebenszeit) und Bullen, in diesem Zeitraum keine Grünfütterung im Stall vorgeschrieben.

Die Kälberaufzucht geschieht auf der Grundlage von betriebseigener Milch oder Milch von anderen Betrieben des BIOLAND-Verbandes, wenn hier nicht verfügbar gemäß den Vorgaben von BIOLAND von anderen Bio-Betrieben, über einen Zeitraum von mind. 3 Monaten.

Wegen des hohen Energieverbrauchs soll auf die Verfütterung von heißluftgetrocknetem Grünfutter (Cobs) soweit wie möglich verzichtet werden. Dies gilt nicht für milcherzeugende Betriebe, die aus Qualitätsgründen keine Silage füttern können.

4.5.3 Schweinefütterung

Mast- und Zuchtschweinen ist ihrem Alter entsprechend Raufutter anzubieten.

Die Ferkelaufzucht erfolgt über einen Zeitraum von mind. 40 Tagen mit natürlicher Milch.

4.5.4 Schaf- und Ziegenfütterung

Für die Schaf- und Ziegenfütterung gelten die Grundsätze der Rindviehfütterung, wenn im Folgenden nichts anderes festgelegt ist.

Die Aufzucht erfolgt über einen Zeitraum von mind. 45 Tagen mit natürlicher Milch.

Bei der Aufzucht von Lämmern und Kitzen in Milchschaf- und Milchziegenbetrieben sowie in Problemfällen (verstoßene Lämmer, Drillinge, etc.) ist der Einsatz von ökologisch erzeugter Kuhmilch oder von Milchpulver aus ökologisch erzeugter Milch möglich.

Schafe und Ziegen >12 Monate, außer Zuchtböcke, die aufgrund von fehlenden Weideflächen im Stall und auf befestigten Ausläufen gehalten werden, müssen in der Vegetationszeit überwiegend mit Grünfütterung gefüttert werden. Eine Unterschreitung ist möglich, wenn witterungsbedingt der Grünfütterungsanteil eingeschränkt ist oder ausgesetzt werden muss.

In Betrieben, bei denen die Grünfütterung über den Weidegang erfolgt, ist für einzelne Tiergruppen, denen kurzfristig kein Weidegang gewährt werden kann, für diesen Zeitraum keine Grünfütterung vorgeschrieben.

4.5.5 Geflügelfütterung

Mind. 10 % der Futtermischung müssen bei Legehennen täglich als Körnergabe in die Einstreu verabreicht werden. Die freie Aufnahme von Muschelschalen, Grit o.ä. ist zu gewährleisten. In der Futtermischung müssen Futterkomponenten mit geringer Verdaulichkeit enthalten sein (z. B. Gras).

Bei Geflügel besteht das im Maststadium verabreichte Futter aus mind. 65 % Getreide, Eiweißpflanzen und Ölsaaten.

Junghennen müssen spätestens ab der 7. Lebenswoche ein geeignetes Körnergemisch aus der Einstreu aufnehmen können.

Wassergeflügel (Enten, Gänse) soll ein Teil des Futters ab der sechsten Lebenswoche feucht angeboten werden.

4.5.6 Pferdefütterung

Werden in der Pensionspferdehaltung durch den Pferdebesitzer nicht zugelassene Futtermittel eingesetzt oder Behandlungen durchgeführt, so muss sichergestellt sein,

dass diese für den Betriebskreislauf unbedenklich sind. Der hier anfallende Mist ist wie betriebsfremder organischer Wirtschaftsdünger zu behandeln.

4.5.7 Kaninchenfütterung

Die Futterstellen müssen jederzeit für alle Tiere zugänglich sein.

Der überwiegende Teil der Ration besteht aus Raufutter in Form von Weidefütterung, Heu, Grünfüttersilage, Grünmehle (Pelletfutter) usw. Weiterhin müssen feste Bestandteile wie z. B. Äste, Zweige, frisches Holz o. ä. als Nagefutter enthalten sein.

4.6 Tiergesundheit

4.6.1 Allgemeines

Grundlage für die Tiergesundheit und Fruchtbarkeit sind eine geeignete Haltung, Fütterung und Zucht.

Vorbeugende Maßnahmen zur Gesunderhaltung ohne Medikamenteneinsatz, die die körpereigenen Abwehrkräfte des Tieres stärken und zur Verhütung von Erkrankungen beitragen, sind soweit möglich zu nutzen.

Hygienemaßnahmen wie Reinigungs- und Desinfektionsmaßnahmen, Einhaltung von Ruhezeiten in unbefestigten Ausläufen und Grünflächen und Maßnahmen des Weidemanagements haben Vorrang vor therapeutischen Behandlungen.

4.6.2 Behandlungen

Müssen Behandlungen durchgeführt werden, so ist Naturheilverfahren und homöopathischen Behandlungen Vorrang einzuräumen.

Herkömmliche (apotheken- und verschreibungspflichtige) Medikamente dürfen eingesetzt werden, um unnötiges Leiden eines Tieres zu vermeiden und um Leben zu erhalten. Diese müssen durch den Tierarzt verordnet werden.

Erhält ein Tier oder eine Gruppe von Tieren mehr als drei Behandlungen mit chemisch-synthetischen allopathischen Medikamenten pro Jahr oder mehr als eine Behandlung, wenn der produktive Lebenszyklus kürzer als ein Jahr ist, so können die Tiere oder die von ihnen erzeugten Produkte nicht mehr als ökologisch erzeugte Produkte deklariert werden oder sie müssen vorbehaltlich der Genehmigung durch BIOLAND den Umstellungszeitraum erneut durchlaufen (siehe 9.2.4). Ausgenommen hiervon sind Impfungen, Parasitenbehandlungen und gesetzlich vorgeschriebene Behandlungen.

Bei Verwendung chemisch-synthetischer allopathischer Medikamente ist die doppelte gesetzliche Wartezeit ein-

zuhalten. Wenn keine gesetzliche Wartezeit angegeben ist, müssen mind. 48 Stunden bis zu einer Gewinnung von Lebensmitteln abgewartet werden.

Die prophylaktische Anwendung von herkömmlichen Medikamenten und Hormonen ist grundsätzlich verboten. Ausgenommen hiervon sind Medikamente, deren Einsatz durch gesetzliche Vorschriften geregelt ist, sowie Impfstoffe. Hormone dürfen im Rahmen der tierärztlichen Therapie bei einzelnen Tieren eingesetzt werden. Der Gebrauch von synthetischen Substanzen, die wachstumsfördernd oder die Produktion steigend wirken oder das natürliche Wachstum unterdrücken, ist verboten.

Impfungen sind nur zulässig, wenn Krankheiten auf dem Betrieb als Problem bekannt oder zu erwarten sind und wo sich Krankheiten nicht durch andere Managementmaßnahmen verhindern lassen. Gesetzlich vorgeschriebene Impfungen sind erlaubt.

Die Liste von Wirkstoffen und Arzneimittelgruppen, deren Anwendung verboten bzw. eingeschränkt ist, muss bei Behandlungen beachtet werden (siehe 10.5).

4.6.3 Stallbuch

Über alle Behandlungen der Tiere sind detaillierte Aufzeichnungen in einem Stallbuch zu führen. Hierzu gehört der Zeitpunkt der Behandlung, die Diagnose, die Art und die Dauer der Behandlung, sowie die Wartezeit der eingesetzten Medikamente. Die behandelten Tiere sind eindeutig als solche zu kennzeichnen, im Falle von großen Tieren einzeln, bei Geflügel und Kleintieren einzeln oder partienweise.

4.6.4 Aufbewahrung von Medikamenten

Auf dem Betrieb dürfen nur Medikamente aufbewahrt werden, deren Einsatz im Betrieb zulässig ist.

Die Aufbewahrung der Medikamente erfolgt in einem Medikamentenschrank, der vor dem Zugriff durch Unbefugte gesichert ist. Für eine eindeutige Kennzeichnung der Medikamente ist zu sorgen.

Restmengen von Medikamenten müssen ordnungsgemäß entsorgt werden.

4.6.5 Stallhygiene

Bei der Stallreinigung und -desinfektion und zur Reinigung von Melkmaschinen und anderen Stallgeräten sind soweit möglich umweltverträgliche Mittel anzuwenden. Die Liste der zugelassenen Reinigungs- und Desinfektionsmittel ist zu beachten (Anhang 10.7).

4.7 Tierzucht

4.7.1 Allgemeines

Die Tierzucht muss so angelegt sein, dass die Leistungsfähigkeit, die Gesundheit, die Vitalität und Widerstandskraft der Tiere sowie die Qualität der tierischen Erzeugnisse unter den unterschiedlichen Umweltbedingungen erhalten und verbessert werden.

Die Erhaltung regional verbreiteter Haustierrassen soll nach Möglichkeit gefördert werden.

Bei der Tierzucht und der Wahl von Tierart und Rasse müssen die speziellen ökologischen Standortbedingungen berücksichtigt werden. Bei Tieren, die der Milcherzeugung und der Zucht dienen, ist insbesondere auch das Merkmal der Langlebigkeit zu beachten.

Tierarten und Rassen, die nicht für die oben beschriebenen Haltungssysteme (siehe 4.2) geeignet sind, dürfen nicht gehalten werden.

Für Mastgeflügel gilt: Wenn keine definiert langsamwachsenden Rassen/Herkünfte eingesetzt werden, sind folgende Mindestschlachalter einzuhalten:

Hühner	81 Tage
Pekingenten	49 Tage
weibl. Flugenten	70 Tage
männl. Flugenten	84 Tage
Mulard-Enten	92 Tage
Perlhühner	94 Tage
Gänse	140 Tage
Puten (Hähne)	140 Tage
Puten (Hennen)	100 Tage
Tauben und Wachteln	28 Tage

4.7.2 Herkunft von Zuchttieren

Der Einsatz von Zuchttieren, die aus Embryotransfer stammen, sollte vermieden werden.

Die Zucht soll sich nicht auf den permanenten Zukauf von Zuchttieren aus nicht-ökologischer Herkunft stützen.

4.7.3 Fortpflanzung

Die Fortpflanzung durch den Natursprung ist anzustreben. Die künstliche Besamung kann zum Zwecke der züchterischen Verbesserung der Tiere eingesetzt werden. Embryotransfer und Klonen sind verboten.

4.8 Tierzukauf

4.8.1 Grundsätze

Der Tierzukauf erfolgt aus Betrieben des BIOLAND-Verbandes, wenn hier nicht verfügbar gemäß den Vorgaben von BIOLAND von anderen Bio-Betrieben.

Ausgenommen hiervon sind nur Tiere, deren Beschaffung nachgewiesenermaßen aus diesen Betrieben nicht möglich ist und für die eine Ausnahmegenehmigung von BIOLAND vorliegt. Ausnahmefähig für den Tierzukauf von konventionellen Herkünften sind nur die Fälle der Regelungen unter 4.8.2. Hierbei sind die Umstellungsfristen und die Hinweise zur Markennutzung zu beachten (siehe 9.2.4).

Beim Zukauf von Rindern, Schafen, Ziegen, Schweinen und Mastgeflügel von Nicht-BIOLAND-Biobetrieben sind die Übergangsfristen für die Nutzung der Marke BIOLAND zu beachten (siehe 9.2.4.1), wenn BIOLAND keine anderen Vorgaben beschlossen hat.

4.8.2 Ausnahmefähiger konventioneller Tierzukauf

4.8.2.1 Rinder

Beim erstmaligen Bestandsaufbau dürfen für die Zucht bestimmte Kälber nach dem Absetzen, spätestens jedoch bis zu einem Alter von 6 Monaten zugekauft werden.

Jungrinder vor der ersten Kalbung sowie Zuchtbullen dürfen jährlich bis zu einem Umfang von 10 % des Bestandes an ausgewachsenen Rindern zugekauft werden. Dieser Prozentsatz kann bei erheblicher Ausweitung des Bestandes, bei Rassenumstellung, beim Aufbau eines neuen Betriebszweiges oder bei vom Aussterben bedrohten Rassen auf 40 % angehoben werden.

Eine Nutzung der Marke BIOLAND für Rinder, die auf konventionellen Betrieben geboren wurden und/oder mit nicht richtliniengemäßen Futtermitteln aufgezogen wurden, ist nicht erlaubt.

4.8.2.2 Schweine

Jungsauen vor dem ersten Abferkeln sowie Zuchteber dürfen jährlich bis zu einem Umfang von 10 % des Bestandes an ausgewachsenen Schweinen zugekauft werden. Dieser Prozentsatz kann bei erheblicher Ausweitung des Bestandes, bei Rassenumstellung, beim Aufbau eines neuen Betriebszweiges oder bei vom Aussterben bedrohten Rassen auf 40 % angehoben werden.

4.8.2.3 Schafe und Ziegen

Beim erstmaligen Bestandsaufbau dürfen für die Zucht bestimmte weibliche Lämmer und Ziegen nach dem Absetzen, spätestens jedoch bis zu einem Alter von 60 Tagen zugekauft werden.

Weibliche Jungtiere vor dem ersten Ablammen sowie Zuchtböcke dürfen jährlich bis zu einem Umfang von 10 % des Bestandes an ausgewachsenen Tieren zugekauft werden. Dieser Prozentsatz kann bei erheblicher Ausweitung des Bestandes, bei Rassenumstellung, beim Aufbau eines neuen Betriebszweiges oder bei vom Aussterben bedrohten Rassen auf 40 % angehoben werden.

4.8.2.4 Geflügel

Vorbehaltlich der Genehmigung der Kontrollbehörde dürfen Legehennen- und Mastküken bis zu einem Alter von weniger als drei Tagen zugekauft werden.

Ab einem Alter von 3 Tagen dürfen nur Jungtiere eingestellt werden, die aus ökologisch wirtschaftenden Betrieben stammen.

In Rassegeflügel-Beständen bis 100 Legehennen dürfen Junghennen bis zur 18. Lebenswoche zugekauft werden (nur mit Genehmigung durch die Kontrollbehörden, befristet bis 31.12.2020).

Bei Mastgeflügel ist dafür Sorge zu tragen, dass die Rasse für das Mastverfahren mit Auslauf geeignet ist.

Bei Kleingeflügel dürfen Zuchttiere zugekauft werden, zum erstmaligen Bestandsaufbau ohne Begrenzung, ansonsten jährlich bis zu einem Umfang von 10 % des Bestandes.

4.8.2.5 Damwild und Rotwild

Beim erstmaligen Bestandsaufbau dürfen Zuchttiere zugekauft werden.

Zuchttiere dürfen jährlich bis zu einem Umfang von 10 % des Bestandes an ausgewachsenen Tieren zugekauft werden.

4.8.2.6 Kaninchen

Beim erstmaligen Bestandsaufbau dürfen Zuchttiere zugekauft werden.

Zuchttiere dürfen jährlich bis zu einem Umfang von 10 % des Bestandes an ausgewachsenen Zuchttieren zugekauft werden. Dieser Prozentsatz kann bei erheblicher Ausweitung des Bestandes, bei Rassenumstellung oder Aufbau eines neuen Betriebszweiges auf 40 % angehoben werden.

4.9 Tierkennzeichnung

Alle auf dem Betrieb gehaltenen Nutztiere müssen eindeutig identifizierbar sein.

Daher sind alle Tiere bzw. Tiergruppen zu kennzeichnen und es ist ein Bestandsverzeichnis zu führen.

4.10 Imkerei

4.10.1 Allgemeines

Die allgemeinen Teile der BIOLAND-Richtlinien sind auch für die Bienenhaltung verbindlich, sofern im Folgenden keine Ausnahmen getroffen werden.

Die Imkerei nach BIOLAND-Richtlinien kann auch von Betrieben durchgeführt werden, die keine landwirtschaftlich genutzte Fläche bewirtschaften.

4.10.2 Bienenhaltung

4.10.2.1 Standort der Bienenvölker

Für die Standorte der Völker gilt sinngemäß 2.2.1 der Richtlinien. Wenn der Aufstellungsort der Beuten ein landwirtschaftlich genutztes Feld ist, muss dieses ökologisch bewirtschaftet sein. Der Standort ist so zu wählen, dass aus einem Umkreis von 3 km um den Bienenstock keine nennenswerte Beeinträchtigung der Bienenprodukte durch landwirtschaftliche oder nicht-landwirtschaftliche Verschmutzungsquellen zu erwarten ist.

Für die Pollengewinnung dürfen Pflanzenkulturen, bei denen Pestizide in die Blüte gespritzt wurden, nicht genutzt werden. Auch sollen Industriezentren oder die Nähe von Straßen mit starkem Verkehrsaufkommen (z. B. Autobahnen) gemieden werden.

Besteht der Verdacht zu hoher Belastungen durch die Umwelt, sind die Bienenprodukte zu untersuchen. Bei Bestätigung des Verdachtes ist der Standort aufzugeben. Es dürfen nur so viele Bienenvölker an einem Standort aufgestellt werden, dass die ausreichende Versorgung eines jeden Volkes mit Pollen, Nektar und Wasser gewährleistet ist.

Sollen Trachten aus Kulturpflanzen genutzt werden, sind soweit möglich ökologisch bewirtschaftete Flächen als Trachtgebiete zu bevorzugen. Das gezielte Anwandern von konventionellen Intensivobstkulturen zur Trachtnutzung oder Bestäubung ist nicht gestattet.

Die Standorte der Völker sind über das Jahr in einem Wanderplan zu verzeichnen. Der Wanderplan muss genaue Angaben über Zeitraum, Ort (Flur-, Grundstücksangabe o. ä.), Tracht und Völkerzahl enthalten.

Die Völker dürfen, auch zur Überwinterung, nur im Betreuungsgebiet von BIOLAND sowie in benachbarten grenznahen Regionen aufgestellt werden. Die Nutzung von Standorten außerhalb des Betreuungsgebietes von BIOLAND ist nur mit Genehmigung gestattet.

Stehen Bienenvölker in Gebieten, die von den Kontrollbehörden als ungeeignet für die ökologische Imkerei ausgewiesen sind, so dürfen deren Produkte nicht mit dem Hinweis auf eine ökologische Produktionsweise vermarktet werden.

4.10.2.2 Beuten

Die Beuten müssen aus Holz, Stroh oder Lehm bestehen. Davon ausgenommen sind Kleinteile, Dachabdeckungen, Gitterböden und Fütterungseinrichtungen.

Bei der Beuteherstellung sind möglichst schadstofffreie Leime und Anstrichstoffe (z. B. Naturfarben auf Leinöl- oder Holzölbasis) zu verwenden. Biozidhaltige und chemisch-synthetisch hergestellte Anstrichstoffe sind ausgeschlossen. Eine Innenbehandlung der Beuten ist außer mit Bienenwachs, Propolis und Pflanzenölen nicht erlaubt. Die Reinigung und Desinfektion ist mit Hitze (Flamme, Heißwasser) oder mechanisch vorzunehmen. Die Verwendung chemischer Mittel ist nicht zugelassen.

4.10.2.3 Wachs und Waben

Den Bienenvölkern ist während der Brutsaison auf mehreren Waben die Möglichkeit zu geben, Naturwabenbau zu betreiben.

Mittelwände und Anfangsstreifen dürfen nur aus Bienenwachs hergestellt werden, welches im BIOLAND-Betrieb aus Naturwaben oder aus Entdeckelungswachs gewonnen wurde. Kunststoffmittelwände sind verboten. Im Bienenwachs dürfen keine Rückstände von Chemotherapeutika nachweisbar sein, die auf eine unzulässige Varroa- oder Wachsmottenbekämpfung schließen lassen. Wachs darf nicht mit Lösungs- oder Bleichmitteln oder anderen Zusätzen in Berührung kommen. Für die Wachsverarbeitung sind nur Geräte und Behälter aus nicht oxidierendem Material zu verwenden. Zur Wabenhygiene sind nur thermische Verfahren und Bacillus-thuringiensis-Präparate zugelassen.

4.10.2.4 Beruhigen und Vertreiben der Bienen

Zum Beruhigen und Vertreiben sind keine chemisch-synthetischen Mittel erlaubt. Der Gebrauch von Rauch soll auf ein Minimum beschränkt werden. Rauchmaterialien müssen aus natürlichen Materialien bestehen.

4.10.2.5 Bienenfütterung

Die Bienenfütterung ist zulässig, solange sie für die gesunde Entwicklung der Bienenvölker notwendig ist. Die Fütterung der Bienen sollte im Rahmen der betrieblichen Möglichkeiten mit Honig von der eigenen Imkerei erfolgen.

Die Verfütterung von Zucker ist auf die Überwinterung und die Jungvolkbildung zu beschränken.

Eine Verfälschung des Honigs durch überschüssiges Winterfutter ist durch Herausnahme vor Trachtbeginn zu vermeiden. Die Trachtlückenfütterung ist nur mit BIOLAND-Honig zulässig.

Die Fütterung von Pollenersatzstoffen ist nicht gestattet. Für die Fütterung dürfen nur BIOLAND-Futtermittel eingesetzt werden, wenn diese nicht verfügbar sind, andere Bio-Herkünfte gemäß den Vorgaben des BIOLAND-Verbandes.

4.10.2.6 Bienengesundheit

Der Einsatz von chemotherapeutischen Medikamenten ist verboten. Lediglich zur Bekämpfung der Varroa-Milbe ist neben biotechnischen und biophysikalischen Methoden der Einsatz von

- Milchsäure
- Ameisensäure
- Oxalsäure
- Thymol (gegebenenfalls in Verbindung mit Eukalyptol, Kampfer und Menthol)

zugelassen.

Für diejenigen Bienenvölker, die mit ihrem Wabenbau zur Honiggewinnung verwendet werden sollen, ist der Einsatz dieser Mittel nur in dem Zeitraum zwischen deren letzter Honigernte des Jahres und dem 15. Januar des folgenden Jahres zulässig. Eine Oxidation an rückstandsbedenklichen Metallen ist zu vermeiden.

Sämtliche Behandlungsmaßnahmen sind in einem Behandlungsbuch aufzuzeichnen.

4.10.2.7 Bienenhaltungspraktiken

Das Beschneiden von Bienenflügeln sowie andere Verstümmelungen sind verboten.

Drohenbrut darf nur zum Zwecke der Varroabekämpfung entfernt werden.

4.10.2.8 Bienenzucht

Ziel der Zucht ist es, mit einer an die ökologischen Gegebenheiten angepassten, varroatoleranten Biene zu imkern. Natürliche Zucht- und Vermehrungsverfahren sind zu bevorzugen. Hierbei ist der Schwarmtrieb zu berücksichtigen.

Die instrumentelle Besamung darf in Einzelfällen mit Ausnahmegenehmigung von BIOLAND in Zuchtbetrieben genutzt werden.

4.10.2.9 Zukauf

Der Zukauf von Bienenvölkern, Ablegern, Schwärmen oder Königinnen ist nur aus Betrieben des BIOLAND-Verbandes gestattet.

Nur wenn diese innerhalb der im Verbreitungsgebiet von BIOLAND erwartbaren Verkaufs- oder Vermehrungssaison nicht verfügbar sind, ist ein Zukauf aus anderen Bio-Betrieben nach den Vorgaben des Verbandes

gestattet. Voraussetzung ist die ausdrückliche vorherige Genehmigung durch BIOLAND.

Das Einfangen und Einbringen konventioneller Naturschwärme ist gestattet, solange ihre Anzahl jährlich nicht 10 % des im Betrieb vorhandenen Bestandes übersteigt. Diese 10%-Regelung gilt ebenfalls für den Zukauf von Zuchtköniginnen konventioneller Herkunft.

4.10.2.10 Kennzeichnung

Alle Bienenvölker sind durchnummeriert zu kennzeichnen und in einem Völkerbestandsbuch aufzuführen.

4.10.3 Honig

4.10.3.1 Ernte

Nur im Bienenstock ausgereifter Honig darf entnommen werden.

Waben, die der Honiggewinnung dienen, dürfen keine Brut enthalten.

Der Einsatz chemischer Repellents sowie das Abtöten der Bienen im Rahmen der Honigernte ist verboten.

Sämtliche Maßnahmen der Honigernte sind mit möglichst exakten Angaben der Erntemengen im Völkerbestandsbuch festzuhalten.

4.10.3.2 Verarbeitung

Eine Erwärmung des Honigs muss so schonend wie möglich erfolgen. Er darf nicht über 40 °C erhitzt werden. Das Melitherm-Verfahren ist zugelassen.

Der Honig ist möglichst vor dem ersten Festwerden abzufüllen. Vorzugsweise sollen Mehrwegverkaufsgebinde verwendet werden.

Zur Schonung der natürlichen Inhaltsstoffe muss der Honig trocken, kühl und dunkel gelagert werden. Zum Entfernen von Verunreinigungen wie Wachsteilchen darf der Honig mit einem Sieb (Maschenweite nicht unter 0,2 mm) filtriert werden.

Materialien, die mit Honig in Berührung kommen, müssen für Lebensmittel geeignet sein. Dabei ist insbesondere zu berücksichtigen, dass Honig ein Lebensmittel mit einem niedrigen pH-Wert ist.

4.10.3.3 Messbare Qualitätskriterien des Honigs

Über die gesetzlichen Bestimmungen hinaus gelten: Wassergehalt max. 18 % (Heidehonig 21,5 %), HMF-Gehalt in mg/kg max. 10, Invertase-Einheiten mind. 64 U/kg Honig (nach Siegenthaler), ausgenommen natürlich enzymschwache Honige (sehr reinsortige Akazien- und Lindenhonige).

Honig, welcher den Qualitätskriterien bezüglich HMF-, Enzym- oder Wassergehalt nicht genügt, darf unter Nutzung der Marke BIOLAND lediglich als Verarbeitungshonig vermarktet werden.

Im Honig dürfen keine Rückstände von Chemotherapeutika nachweisbar sein, die auf eine unzulässige Behandlung schließen lassen.

4.10.3.4 Deklaration

Alle Lager- und Verkaufsgebilde sind zu kennzeichnen. Es wird empfohlen, auf den Honiggläsern folgenden Hinweis anzubringen: Wegen des großen Flugradius der Bienen ist nicht zu erwarten, dass sie in jedem Fall nur oder überwiegend ökologisch bewirtschaftete Flächen befliegen (oder sinngemäß formuliert).

4.10.4 Pollen

4.10.4.1 Pollenfalle

Die Abstreifvorrichtung muss so gestaltet sein, dass Bienenverletzungen vermieden werden. Die Pollensammelvorrichtung muss so gestaltet sein, dass den Bienen ausreichend Pollen zur Eigenversorgung belassen wird. Pollen muss in der Pollenfalle vor Regen, Nässe und direktem Sonnenlicht geschützt sein. Die Pollenfalle muss so gestaltet sein, dass eine starke Verklumpung (Häufelung) von Pollen vermieden wird.

Zur Durchlüftung muss der Boden des Sammelbehälters mit einem feinen Edelstahl-Gitter versehen sein. Beutenböden sind regelmäßig zu reinigen.

Der Pollensammelbehälter muss aus lebensmittelechtem Material bestehen und ist regelmäßig je nach Bedarf (mind. jedoch 2 x pro Woche) mit kochendem Wasser oder Dampf gründlich zu reinigen, um Schimmelbildung zu verhindern.

4.10.4.2 Verarbeitung

Der Pollen ist mindestens 1 mal täglich zu entnehmen und darf nicht über Nacht in der Pollenfalle belassen werden.

Der entnommene Pollen muss umgehend getrocknet oder zur späteren Verarbeitung tiefgefroren werden.

Die Trocknungsluft darf 40 °C nicht überschreiten. Trocknungsgrad: Der Wassergehalt darf 6 % nicht überschreiten.

Der Pollen muss mechanisch gereinigt werden. Es muss sichergestellt werden, dass keine fremden Teile im Pollen sind.

4.10.4.3 Verpackung und Lagerung

Der Pollen muss kühl und trocken gelagert werden.

Lager- und Verkaufsgebilde müssen weitgehend luftdicht sein, so dass keine Feuchtigkeit in den Pollen gelangen kann, sowie den Pollen vor Licht schützen.

Auf den Lagergebilden ist das Erntejahr und die Chargennummer anzugeben.

Auf der Verkaufsverpackung ist eine Chargennummer sowie das Mindesthaltbarkeitsdatum anzugeben. Dieses ist längstens auf den 31. Juli des übernächsten auf das Erntejahr folgenden Jahres zu begrenzen.

4.10.5 Weitere Bienenprodukte

Die Nutzung der Marke BIOLAND für Bienenwachs und Bienenwachsprodukte ist möglich, wenn das Bienenwachs ursprünglich von Bienen eines BIOLAND-Betriebes erzeugt wurde.

Für die Metherstellung gelten die Verarbeitungsrichtlinien für Honigweine.

4.10.6 Umstellung

Die Umstellungszeit beginnt, wenn die Produktionsvorschriften, insbesondere die für Beuten und Rähmchen, den Richtlinien entsprechen. Vorhandene, mit unbedenklichen Anstrichen versehene Holzbeuten sind als richtliniengemäß zu betrachten. Während der Umstellungszeit wird der BIOLAND-Wachskreislauf hergestellt.

Die Verwendung der Marke BIOLAND ist für Bienenprodukte von umgestellten Völkern zulässig, wenn diese seit mindestens einem Jahr richtliniengemäß bewirtschaftet wurden, der BIOLAND-Wachskreislauf hergestellt ist und alle Völker des Betriebes in die Umstellung einbezogen sind.

Honigvorräte aus der Zeit vor und während der Umstellung sind eindeutig zu kennzeichnen.

4.11 Teichwirtschaft

4.11.1 Allgemeines

Die allgemeinen Teile der BIOLAND-Richtlinien sind auch für die Teichwirtschaft verbindlich, sofern im folgenden keine Ausnahmen getroffen werden.

4.11.2 Haltungformen

4.11.2.1 Allgemeine Haltungsanforderungen

Die Fische dürfen nur in natürliche und naturnahe Gewässer wie Erdbecken und Teiche gesetzt und dort aufgezogen werden. Das Einziehen von Folien und die Netzgehegehaltung ist nicht erlaubt. Die freie Wanderung der in natürlichen Gewässern lebenden Fische soll

durch den Teich nicht behindert werden. Bei Neu- und Umbauten ist das Anlegen eines Umleitungsgrabens vorgeschrieben. Es muss dafür Sorge getragen werden, dass neu eingeführte, kulivierte Fischarten nicht aus der Kultur entkommen können. Etwaige Verluste sind zu dokumentieren.

Für die Vermehrung gelten gesonderte Regelungen (siehe Punkt 4.11.9).

4.11.2.2 Hälterung

Zur Hälterung dienen Teiche mit möglichst geringer organischer Bodenschicht bzw. geeignete Fischbehälter. Die Verweildauer der Fische in der Hälterung ist möglichst kurz zu halten.

4.11.3 Wasserqualität

Für das Zulaufwasser gelten folgende Mindestanforderungen:

- nicht oder nur gering abwasserbelastet
- keine bedenklichen Belastungen aus Pflanzenschutz- und Düngemaßnahmen der Landwirtschaft
- ausreichender Sauerstoffgehalt Die Gewässergüte darf sich durch die Nutzung zum Zwecke der Teichwirtschaft zwischen Ein- und Auslauf nicht wesentlich verschlechtern. Zur Beurteilung der Wasserqualität werden die gesetzlich festgelegten Gewässergüteklassen herangezogen. Eine Belüftung des Gewässers ist nur zum Zweck der Lebenserhaltung in Extremsituationen erlaubt und nicht zur Zuwachserhöhung.

4.11.4 Teichbewirtschaftung und -pflege

4.11.4.1 Trockenlegung

Bei der Abfischung und der abschließenden Trockenlegung des Teiches muss durch geeignete Staumaßnahmen sichergestellt werden, dass kein Schlamm in die Vorfluter ausgetragen wird.

4.11.4.2 Düngung und Kalkung

Als Düngemittel sind nur organische Düngemittel gem. 10.1.1 und 10.1.2 sowie kohlenaurer Kalk und Steinhmehle zugelassen. Die Verwendung von Branntkalk für Düngezwcke ist nicht gestattet.

4.11.4.3 Beeinträchtigungende Wasserpflanzen

Beeinträchtigungende Wasserpflanzen dürfen nur biologisch oder mechanisch entfernt werden (z.B. Trübung, Gliedersense). Chemische Präparate sind nicht erlaubt. Das Abbrennen der Dämme ist nicht gestattet.

4.11.4.4 Biotop-Anlage

Der Betrieb ist verpflichtet, im Teich Biotop-Strukturen, Rückzugsmöglichkeiten und Unterstände für Flora und Fauna zu belassen (Richtwert im Gesamtbetrieb 5 % der Teichfläche). Bei mindestens 20 % des Ufersaumes ist eine 1,5 m breite Verlandungs- und Röhrichtzone zu belassen.

4.11.5 Fischbesatz

Der Fischbesatz hat sich in seiner Höhe an den örtlichen Gegebenheiten und dem natürlichen Ertragspotenzial des Teiches zu orientieren. Es gelten folgende Besatzobergrenzen:

- Karpfen/ha: 3.000 K1 oder 600 K2.

Bei Mischbesatz mit Schleien und anderen Friedfischen sind die Werte anhand der Gewichte der Fische anzupassen. Der Besatz mit Raubfischen ist dem natürlichen Nahrungsaufkommen anzupassen. Beim Besatz sind mehrere Fischarten einzubringen.

4.11.6 Fütterung

Grundlage der Fischfütterung ist das Nahrungsaufkommen des Teiches, wodurch der überwiegende Teil (mehr als 50 %) des Gesamtfutterbedarfs des Produktionsverfahrens abgedeckt werden muss. Durch Zufütterung pflanzlicher Futtermittel soll die teicheigene Produktion optimal genutzt werden. Die Zufütterung erfolgt ausschließlich mit betriebseigenem Futter bzw. Futter von Betrieben des BIOLAND-Verbandes, wenn hier nicht verfügbar gemäß den Vorgaben von BIOLAND von anderen Bio-Betrieben.

4.11.7 Umgang mit Fischen

Die Hälterung, der Transport, das Abfischen und Töten haben derart zu erfolgen, dass die Fische keinen unnötigen Belastungen oder Stress ausgesetzt sind. Die Fische müssen vor dem Schlachten betäubt werden und dürfen nicht durch Ersticken getötet werden. Die Einrichtungen für Betäubung und Schlachtung müssen effektiv und nachvollziehbar gut gewartet sein.

4.11.8 Fischgesundheit

Als Fischbehandlung sind Tauchbäder mit Kochsalz, Branntkalk oder Kaliumpermanganat zugelassen. Der Einsatz von Branntkalk ist darüberhinaus bei akuter Gefahr als Behandlungsmittel eines Fischbestandes sowie nach einem Krankheitsauftreten als Hygienemittel zur Aufbringung auf den nassen Teichboden nach dem Abfischen bzw. vor dem Bespannen zulässig. Bei Einsatz verschreibungspflichtiger Medikamente ist die Wartezeit

zu verdoppeln, bevor die Fische in den Verkehr gebracht werden. Sämtliche Behandlungsmaßnahmen sind in einem Behandlungsbuch aufzuzeichnen.

4.11.9 Fischvermehrung und -zucht

Ziel der Zucht in der Teichwirtschaft sind gesunde, leistungsfähige, an den Standort angepasste Fische, die in der Region heimisch sind.

Der Einsatz von Hormonen ist nicht zugelassen.

Künstlich polyploide Fische dürfen nicht verwendet werden.

4.11.10 Fischzukauf

Soweit verfügbar, müssen Satzfische aus Betrieben des BIOLAND-Verbandes, wenn hier nicht verfügbar gemäß den Vorgaben des BIOLAND-Verbandes von anderen Bio-Betrieben zugekauft werden. Aus konventionellen Betrieben zugekaufte Fische müssen mindestens zwei Drittel ihrer Lebenszeit im BIOLAND-Betrieb verbracht haben, um unter der Marke BIOLAND verkauft werden zu können.

4.11.11 Umstellung

In der Umstellungszeit erfolgt die Anpassung der Teichwirtschaft an die Richtlinien. Zu Umstellungsbeginn ist das Gewässer und der Standort auf seine Eignung zu untersuchen. Die Umstellung erfolgt in der Regel zügig in zwei Jahren, nach max. 5 Jahren müssen alle Produktionseinheiten in die Umstellung einbezogen sein. Die Nutzung der Marke BIOLAND kann erfolgen, wenn das gesamte Produktionsverfahren (bzw. eine vollständige Produktionseinheit) umgestellt ist und die Fische mindestens 2/3 ihrer Lebenszeit unter Einhaltung der Richtlinien gehalten worden sind. Bei der Umstellung des gesamten Betriebes mit allen Produktionszweigen in einem Schritt ist für alle bei Umstellungsbeginn auf dem Betrieb vorhandenen Fischen die Nutzung der Marke BIOLAND nach 24 Monaten erlaubt.

5 Gartenbau und Dauerkulturen

Die allgemeinen Teile dieser Richtlinien sind auch für den Gartenbau und die Dauerkulturen verbindlich, soweit im folgenden keine Ausnahmen getroffen sind.

In viehlosen Betrieben muss durch Leguminosenanbau die Stickstoffversorgung soweit wie möglich aus dem Betrieb erfolgen. Die darüber hinaus notwendige und zulässige Stickstoffdüngermenge darf als betriebsfremder, organischer Ergänzungsdünger zugekauft werden.

5.1 Gemüsebau

5.1.1 Düngung

Die Gesamtmenge der im Freilandgemüsebau eingesetzten Wirtschaftsdünger und organischen Ergänzungsdünger darf 110 kg Stickstoff pro ha und Jahr nicht überschreiten. Im Gewächshaus ist die Höhe der N-Düngung an die Kulturdauer und die Ertragserwartungen anzupassen.

Im Freilandgemüsebau muss in der Vegetationszeit im Jahresdurchschnitt für eine Gesamtdauer von 12 Wochen 20 % der Ackerfläche mit Gründüngung bestellt werden. Der Bemessungszeitraum für die Bilanzierung der Gründungsflächen beträgt 2 Jahre.

Allgemein ist im Gemüsebau der Punkt 3.4.5 von besonderer Bedeutung. Zur Kontrolle der Stickstoffdynamik im Boden wird die regelmäßige Durchführung von N-min-Untersuchungen dringend empfohlen.

5.1.2 Erden und Substrate

Der Anbau von Gemüse auf Steinwolle, die Hydrokultur, die Nährfilmtechnik, die Dünnschichtkultur und ähnliche Verfahren sind ebenso nicht zugelassen wie die Kultur in Säcken und Containern. Zulässig ist die Kultur von Topfkräutern und ähnlichen Erzeugnissen, bei denen das Gefäß gemeinsam mit der Pflanze verkauft wird.

Die Wassertreiberei von Chicorée ist möglich.

Der Einsatz von Torf zur Anreicherung der Böden mit organischer Substanz ist nicht gestattet. Ebenso ist die Verwendung von Styromull und anderen synthetischen Stoffen auf Böden und in Substraten verboten.

5.1.3 Dämpfen von Flächen und Erden

Erden und Substrate dürfen gedämpft werden. Eine flache Dämpfung des Bodens zur Beikrautregulierung ist zulässig. Die Tiefdämpfung zur Bodenentseuchung ist nur zulässig, wenn das Pflanzenschutzproblem durch

andere Maßnahmen, wie z.B. Fruchtwechsel, nicht zu beheben ist und bedarf einer besonderen Genehmigung durch BIOLAND.

5.1.4 Anbau unter Glas und Plasten

Das Heizen von Glas- und Folienhäusern ist in der Regel auf die maßvolle Verlängerung der Kulturzeit im Herbst und Verfrühung im Frühjahr zu beschränken. Im Winter sollen die Kulturflächen lediglich frostfrei (ca. 5 °C) gehalten werden. Die Jungpflanzenanzucht, die Treiberei und Topfkräuterkulturen sind davon ausgenommen. Bei der Wahl des Heizungssystems und der verwendeten Brennstoffe ist die Umweltverträglichkeit zu berücksichtigen. Auf eine gute Wärmedämmung der Häuser ist zu achten.

5.1.5 Einsatz von technischen Mulchmaterialien

Zu jedem Zeitpunkt dürfen höchstens fünf Prozent der gemüsebaulich genutzten Freilandflächen mit Mulchfolie, Mulchvlies oder Mulchpapier bedeckt sein. Betriebe mit weniger als vier ha Gemüsefläche können bis zu 2000 m² mit den genannten Materialien mulchen.

5.1.6 Ernte und Aufbereitung

Bei der Wahl der Erntemethode und des Erntetermins sowie der Aufbereitung des Erntegutes ist die Erzielung und Erhaltung einer optimalen Qualität für die menschliche Ernährung oberster Grundsatz.

5.2 Kräuteranbau

5.2.1 Vorbemerkungen

Heil- und Gewürzpflanzen als Sonderkulturgruppe stellen hohe Anforderungen an Anbau und Aufbereitung. Ihr Einsatz, insbesondere in der Naturheilkunde, Phyto-medizin und Kosmetik, erfordert detaillierte Fachkenntnisse, um die erwünschte Wirksamkeit der Rohstoffe zu gewährleisten.

5.2.2 Anbauberatung

Zur Erzielung der gewünschten Inhaltsstoffe sind Standortauswahl, Düngung, Fruchtfolge und Aufbereitung möglichst optimal an die verschiedensten Anforderungen der einzelnen Arten anzupassen. Deshalb sollte sich der Betrieb beim Einstieg in den Heil- und Gewürzpflanzenanbau beraten lassen.

5.2.3 Standortwahl

Aufgrund der besonderen Bedeutung der Heilkräuter ist dem Standort besondere Bedeutung zuzumessen (siehe 2.2.1). Der Abstand zu Straßen sollte mindestens 50 m, zu Feldwegen 5 m betragen, wenn nicht geeignete Schutzpflanzungen vorhanden sind.

5.2.4 Düngung

Gülle- oder Jaucheausbringung zu den Kulturen ist im Erntejahr untersagt. Frischmist darf nur bis Vegetationsbeginn ausgebracht werden.

5.2.5 Aufbereitung

Bei der Aufbereitung ist die Erhaltung hochwertiger Qualität oberster Grundsatz. Die Aufbereitungsgeräte müssen so beschaffen sein, dass die größtmögliche Schonung des Erntegutes gewährleistet ist und keine schädlichen Substanzen (z. B. Schmierstoffe) an das Erntegut gelangen können.

5.2.6 Trocknung

Das Erntegut zur Drogengewinnung muss unmittelbar nach der Aufbereitung in die Trocknungsanlage gebracht werden. Gesundheitlich bedenkliche Materialien, wie z. B. PVC und behandelter Press-Span dürfen nicht eingesetzt werden. Verzinkte Stahlteile sollten vermieden werden. Der Trocknungsraum sollte in sich abgeschlossen sein.

Direkte Beheizung mit Öl und Holz oder Feuchtigkeitsentzug durch chemische Zusätze ist untersagt. Bei der Trocknung darf die Temperatur den kritischen Punkt, ab dem Qualitätsminderung eintritt, nicht überschreiten. Die Droge muss soweit heruntergetrocknet werden, dass die Haltbarkeit gewährleistet ist (ideal sind acht Prozent). Unterschiedliche Pflanzenarten dürfen nicht gleichzeitig über- bzw. untereinander getrocknet werden, wenn sie sich negativ beeinflussen können.

5.2.7 Nachbereitung und Verpackung

Oberster Grundsatz der Nachbereitung ist die Schonung von Inhaltsstoffen. Zu starke Zerkleinerung oder Pulverisierung sind aus diesen Gründen unerwünscht.

Eine Nachbereitung und Verpackung der Droge soll möglichst bald nach der Trocknung erfolgen. Vor der Abpackung muss die Droge erst auf Außentemperatur abgekühlt sein.

Das Verpackungsmaterial darf keine unerwünschten Stoffe an die Droge abgeben und muss sie vor Lichteinfluss schützen (siehe 7.5).

5.2.8 Lagerung

Der Lagerraum muss lichtgeschützt, trocken und möglichst kühl sein. Eine wöchentliche Kontrolle des Lagergutes auf Feuchtigkeitsgehalt, eventuellen Pilz- und Schädlingsbefall ist unumgänglich. Drogen unterschiedlicher Art dürfen in luftdurchlässigen Materialien nicht übereinander gelagert werden.

5.3 Sprossen und Keimlinge

Für die Erzeugung von Sprossen und Keimlingen müssen die verwendeten Saaten, Wurzeln und Rhizome aus der BIOLAND-Vermehrung stammen. Wenn diese nicht in hinreichender Menge und Qualität verfügbar sind, kann gemäß den Vorgaben von BIOLAND auf Ausgangsmaterial von anderen Bio-Betrieben zurückgegriffen werden. Konventionelle Herkünfte sind unzulässig.

Das für die Erzeugung der Sprossen und Keimlinge verwendete Wasser muss Trinkwasserqualität aufweisen. Eventuell verwendete Substrate und Trägermaterialien müssen im Sinne dieser Richtlinien zulässig und unbedenklich sein, was im Zweifelsfall mit BIOLAND abzuklären ist.

5.4 Pilzerzeugung

5.4.1 Grundsätze

Neben der Aberntung der Pilze müssen auch die weiteren wesentlichen Teile der Pilzerzeugung (Substratbereitung, Beimpfen, Durchwachsphase) im eigenen Betrieb oder in einem Betrieb, der ebenfalls dem BIOLAND-Verband angehört, wenn hier nicht verfügbar gemäß den Vorgaben von BIOLAND in einem anderen Bio-Betrieb stattfinden. Andere Öko-Substratherkünfte (durchwachsen wie undurchwachsen) bedürfen der Genehmigung durch BIOLAND.

5.4.2 Substrat

Die organischen Ausgangsmaterialien, Substratbestandteile und Zuschlagstoffe des Substrats (Stroh, Getreide, Kleie etc., sowie Mist und Kompost) müssen aus Betrieben des BIOLAND-Verbandes, wenn hier nicht verfügbar gemäß den Vorgaben von BIOLAND von anderen Bio-Betrieben stammen. Es dürfen nur solche Biomist-Herkünfte verwendet werden, bei denen sichergestellt ist, dass als Einstreu nur Material aus Bio-Erzeugung verwendet wurde. Soweit Holz nicht in ausreichendem Maße von Bio-Betrieben erhältlich ist, sind andere Bezugsquellen bei sorgfältiger Prüfung möglich. Um ein möglichst unbelastetes Material zu bekommen, muss bei

der Auswahl von Holzstämmen, Spänen und Sägemehl die Herkunft des Holzes nachvollziehbar sein; gegebenenfalls muss die Unbedenklichkeit durch Analysen belegt werden.

Nicht-organische Substratbestandteile müssen dem Anhang 10.1.4 entsprechen.

Für die Deckerde bei Champignonkulturen ist die Verwendung von Torf möglich.

5.4.3 Desinfektion und Pflanzenschutz

Zur Desinfizierung des Substrats sind neben der Kompostierung nur thermische Verfahren zugelassen. Arbeitsgeräte können durch Alkohol und Essigsäure entkeimt werden.

Oberster Grundsatz für die Gesunderhaltung der Kulturen ist der vorbeugende Pflanzenschutz (Hygiene, Klimaführung, mechanische Schädlingsabwehr etc.). Der Einsatz von Pyrethrum-Mitteln bei der Pilzerzeugung ist nicht zugelassen.

5.4.4 Pilzbrut

Anzustreben ist der Bezug von Öko-Pilzbrut, bevorzugt von BIOLAND-Betrieben oder gemäß den Vorgaben von BIOLAND von anderen Bio-Betrieben. Bei der betriebseigenen Brutherstellung muss das Getreide von Betrieben des BIOLAND-Verbandes, wenn hier nicht verfügbar gemäß den Vorgaben von BIOLAND von anderen Bio-Betrieben stammen.

5.4.5 Energieeinsatz

Durch die Wahl geeigneter Kulturräume muss der Energieeinsatz bei der Kulturführung möglichst niedrig gehalten werden.

5.5 Obstbau

5.5.1 Grundsätze

Der Anbau von Obst stellt als eine intensive Dauerkultur besondere Ansprüche an die Gestaltung des Gesamtbetriebes. Voraussetzungen für eine erfolgreiche organisch-biologische Obsterzeugung sind:

- die Wahl geeigneter Sorten, Unterlagen und Erziehungsformen,
- der Aufbau und die Erhaltung eines ökologischen Gleichgewichts zwischen Schädlingen und Nützlingen,
- die Schaffung eines günstigen Kleinklimas in den Obstanlagen sowie
- der Einsatz von Maßnahmen, die Pflanzengesundheit stärken und Krankheiten und Schädlingsbefall vorbeugen.

5.5.2 Bodenpflege, Begrünung und Düngung

Anlagen mit Baumobst und Strauchbeerenobst müssen ganzjährig begrünt sein. Für die Ansaat einer Begrünung sind standortangepasste, artenreiche Mischungen zu verwenden, auch Selbstbegrünung ist möglich.

Durch mechanische Maßnahmen oder Beweidung ist die Begrünung so zu regulieren, dass eine Artenvielfalt erhalten bleibt und durch blühende Pflanzen die Ansiedlung von Nützlingen gefördert wird. Pflanzstreifen können offen gehalten werden.

Die Gesamtmenge der eingesetzten Stickstoffdünger (siehe 10.1) darf 90 kg N/ha Obstfläche und Jahr nicht überschreiten. In viehlosen Betrieben darf diese Menge zugekauft werden.

5.5.3 Unterstützungsmaterial

Tropische oder subtropische Hölzer dürfen als Unterstützungsmaterial nicht verwendet werden. Die tropischen Gräser Bambus und Tonkin sind zugelassen.

5.5.4 Bestäubung

Wenn für die Bestäubung von Obstanlagen Bienenvölker aufgestellt werden, sind BIOLAND-Imkereien bevorzugt anzufragen.

5.6 Weinbau

5.6.1 Bodenpflege, Begrünung und Düngung

Um die Probleme und Nachteile der Monokultur Weinberg zu vermindern und im Rahmen einer extensiven Bewirtschaftung die Produktion von qualitativ hochwertigen Trauben, Saft und Wein zu gewährleisten, muss der im Ertrag befindliche Weinberg ganzjährig begrünt sein. Die Begrünung ist durch mechanische Mittel so zu regulieren, dass eine artenreiche Mischung erhalten bleibt und durch blühende Pflanzen die Ansiedlung von Nützlingen gefördert wird.

Für spezielle Bodenpflegemaßnahmen, bei Trockenheit im Sommer und bei der Pflege von Junganlagen, kann die Begrünung zeitweise umgebrochen werden. Wird der Boden länger als drei Monate offengehalten, muss eine Bodenbedeckung aus organischem Material erfolgen. Neuansäen müssen aus einer artenreichen Mischung, darunter ein wesentlicher Anteil an Leguminosen, bestehen. Dabei ist auf die N-Bilanz zu achten. Bei Weinbergen in Steillagen mit skelettreichen Böden ist entsprechend der örtlichen Gegebenheiten zu verfahren. Veränderungen der ganzjährigen, ganzflächigen Begrünung sind im Kontrollbogen zu vermerken.

Im Weinbau darf die Stickstoffdüngung im dreijährigem Turnus eine Gesamtmenge von 150 kg N/ha nicht übersteigen, wovon im Jahr der Düngung max. 70 kg N/ha pflanzenverfügbar sein dürfen.

5.6.2 Unterstützungsmaterial

Tropische oder subtropische Hölzer dürfen als Unterstützungsmaterial nicht verwendet werden.

5.6.3 Pflanzenschutz

Im Sinne einer vorbeugenden Pflanzenpflege haben alle Weinbaulichen Kulturmaßnahmen so zu erfolgen, dass die Widerstandskraft der Rebe gestärkt wird, der Befallsdruck durch Schaderreger gemindert und nützliche Organismen gefördert werden. Unbedingt zu beachten ist deshalb eine standortorientierte Rebsortenwahl, Rebenziehung und Stockaufbau, Laubarbeiten, Rebenernährung und Bodenpflege. Als direkte Pflanzenschutzmittel und zur Steigerung der Selbstregulation im Ökosystem Weinberg und der eigenen Widerstandskraft der Rebe können Mittel nach Anhang 10.2 eingesetzt werden.

Auch bei überbetrieblichen Pflanzenschutzmaßnahmen aus der Luft unterliegt der gesamte Betrieb den hier beschriebenen Richtlinien. Mit BIOLAND ist schriftlich festzulegen, welche Parzellen als von Pestizideinsatz und Hubschrauberabdrift beeinträchtigt gelten können. Größe, Form und Lage sind zu berücksichtigen. Trauben von diesen Flächen sowie die daraus bereiteten Erzeugnisse wie Saft und Wein dürfen nicht unter der Marke BIOLAND vermarktet werden.

5.7 Hopfenbau

5.7.1 Standort und Anlage

Wenn es der Standort erfordert, müssen innerhalb von fünf Jahren nach der Umstellung Schutzpflanzungen (bei unmittelbarer Nachbarschaft zu konventionellen Anlagen) bzw. ökologische Ausgleichsflächen (bei ausgeräumter Flur) geschaffen werden.

Hopfenneuanlagen müssen sich in Rand- bzw. Einzellanagen befinden.

Um den Eintrag von konventionellen Pflanzenschutzmitteln zu verhindern, muss der Abstand zu konventionellen Hopfengärten mindestens 10 m betragen. Wo dies nicht möglich ist, müssen die äußeren Reihen getrennt gepflückt und konventionell vermarktet werden.

5.7.2 Unterstützungsmaterial

Holz als Unterstützungsmaterial für Hopfenneuanlagen muss von heimischen Baumarten stammen. Die Imprä-

nierung muss mit Mitteln erfolgen, die eine bestmögliche hohe Umweltverträglichkeit aufweisen.

5.7.3 Begrünung

Es ist eine ganzjährige Begrünung des Hopfengartens mit artenreichen Mischungen aus Gräsern, Kräutern und Leguminosen anzustreben. Um Nährstoffauswaschungen zu vermeiden, ist von der Ernte bis zum Frühjahr in jedem Falle eine Begrünung vorgeschrieben.

5.7.4 Düngung

Die Nährstoffversorgung des Hopfens muss überwiegend aus betriebseigenem Dünger und einer ausgewogenen Gründüngung erfolgen. Die Gesamtmenge der im Hopfenbau eingesetzten wirtschaftseigenen Dünger und betriebsfremden organischen Ergänzungsdünger (siehe 10.1) darf 70 kg Stickstoff pro ha und Jahr nicht überschreiten.

5.7.5 Aufbereitung

Der Einsatz von Schwefel zur Konservierung ist beim Trocknen und in der Verarbeitung verboten.

5.7.6 Aufzeichnungen

Der Anbauer verpflichtet sich zum Führen einer Schlagkartei, in welcher sämtliche Düngungs-, Pflanzenschutz- und Gründüngungsmaßnahmen mit Aufwandmengen und Datum für jeden Hopfengarten dokumentiert werden.

Auf den Waagscheinen der amtlichen Siegelung müssen die dazugehörigen Hopfengärten festgehalten sein.

5.8 Zierpflanzen, Stauden und Gehölze

5.8.1 Düngung und Bodenpflege

Auf Freilandkulturflächen ist der Einsatz von stickstoffhaltigen Düngemitteln in Baumschulkulturen auf 90 kg N/ha und Jahr, sonst auf 110 kg N/ha und Jahr begrenzt. Zur Kontrolle der Stickstoffdynamik im Boden wird die Durchführung von jährlichen N-min-Untersuchungen dringend empfohlen.

Auf Flächen, die voraussichtlich länger als 12 Wochen während der Vegetationszeit brachliegen, sowie nach Möglichkeit auch über Winter, ist eine Gründüngung anzubauen.

5.8.2 Flächenversiegelung

Eine Versiegelung der Freiland-Stellflächen für Töpfe und Container ist nur für den Zweck der Wasserwiederverwendung zulässig.

5.8.3 Pflanzengesundheit und Beikrautregulierung

In Zierpflanzen-, Stauden- und Baumschulbetrieben sind Maßnahmen des vorbeugenden Pflanzenschutzes von zentraler Bedeutung. Das umfasst u. a. die Wahl geeigneter, widerstandsfähiger Sorten, die Auswahl von gesundem Saat- und Pflanzgut, optimale Kulturführung bei geeigneten Bestandsdichten, angepasste Fruchtfolge, Düngung und Humuswirtschaft.

Im Betrieb müssen Maßnahmen ergriffen werden, die die Selbstregulationskräfte des Ökosystems stärken (siehe 3.6).

Die Beikrautregulierung erfolgt gemäß 3.8. In Gewächshäusern ist ein flaches Dämpfen gegen Unkräuter zulässig, tiefes Dämpfen ist nur zulässig, wenn das Pflanzenschutzproblem durch andere Maßnahmen, wie z. B. Fruchtwechsel, nicht zu beheben ist. Tiefes Dämpfen und das Dämpfen von Freilandflächen bedürfen einer ausdrücklichen Genehmigung durch BIOLAND.

5.8.4 Jungpflanzen

Wenn keine ökologisch angezogenen Jungpflanzen erhältlich sind (siehe 3.5), kann nach Genehmigung durch BIOLAND auf konventionelle Herkünfte zurückgegriffen werden. Diese konventionellen Jungpflanzen müssen auf gesonderten Flächen die Umstellung durchlaufen. Sollen sie vor Ablauf der Umstellungszeit verkauft werden, darf keine Bio-Auslobung erfolgen, eine Verwendung der Marke BIOLAND ist dann ausgeschlossen.

5.8.5 Zukauf und Handelsware

Wenn konventionelle Fertigware zugekauft wird, muss diese im Betrieb zu jedem Zeitpunkt (Verkauf, Einschlag, Weiterkultur etc.) erkennbar sein. Dieses ist durch geeignete Maßnahmen (z. B. Etikettierung, gesondertes Beet oder Quartier) zu gewährleisten.

Bezogen auf den Umsatz der verkauften pflanzlichen Produkte muss der überwiegende Teil aus ökologischer Erzeugung stammen.

5.8.6 Erden und Substrate

Ein weitgehender Verzicht auf Torf wird angestrebt. Der Torfanteil in Substraten darf maximal 50 Vol.-% bei Baumschul-, Stauden- und Zierpflanzenkulturen, bei Jungpflanzenerden maximal 80 Vol.-% betragen. Bei Pflanzen, die für ihre Kultur einen niedrigen pH-Wert beanspruchen, kann von dieser Regelung abgewichen werden.

Zugekaufte Komposte, Torfersatz- und Zuschlagstoffe müssen auf ihre Umweltverträglichkeit, insbesondere die

Schadstoffgehalte, überprüft werden.

Synthetische Zuschlagstoffe (z. B. Styromull, Hygromull) sowie Steinwolle sind nicht zugelassen.

Erden und Substrate dürfen gedämpft werden.

5.8.7 Kulturgefäße

Anzustreben sind Kulturgefäße aus verrottbaren Materialien (z. B. Altpapier, Holzfasern, Flachs, Jute, Hanf), oder aus Ton. Kunststofftöpfe und -schalen müssen aus stabilem Material sein, die eine Mehrmalsverwendung ermöglichen, und sie müssen recyclebar sein. Gefäße aus PVC sind nicht zugelassen. Vorhandene Töpfe, die diesen Vorgaben nicht entsprechen, dürfen innerhalb der Umstellungszeit aufgebraucht werden.

6 Lagerung

BIOLAND-Produkte müssen so gelagert werden, dass die Qualität durch die Lagerung nicht beeinträchtigt wird. Die Behandlung des Ernteguts mit chemischen Lagerschutzmitteln (Insektizide, Fungizide u. ä.) und die Lagerung in Behältern aus Materialien mit gesundheitlich bedenklichen Substanzen, das Waschen gelagerter Früchte mit chemischen Reinigungsmitteln, das Nachreifen mit chemischen Substanzen, die Anwendung von Keimhemmungsmitteln und radioaktive Bestrahlung sind untersagt. Die Reinigung von Lagereinrichtungen hat mit Mitteln zu erfolgen, die Schadstoffbelastungen des Lagergutes ausschließen.

7 Verarbeitung

7.1 Ziele der Verarbeitungsrichtlinien

Verarbeiter von BIOLAND-Erzeugnissen setzen die Bemühungen der ökologischen Landwirtschaft fort, die natürlichen Lebensgrundlagen von Pflanze, Tier und Mensch langfristig zu erhalten. BIOLAND-Erzeugnisse gemäß diesen Richtlinien zeichnen sich durch hohe geschmackliche Qualität sowie hohe Gesundheits-, Ökologie- und Kulturwerte aus. Die Verarbeitungsrichtlinien sollen im Sinne der Vollwert-Ernährung einen hohen ernährungsphysiologischen und ökologischen Qualitätsstandard der Endprodukte gewährleisten, unter Beachtung der Sozialverträglichkeit der Handels- und Verarbeitungsschritte. Größtmögliche Transparenz, insbesondere auch für Verbraucher, ist ebenfalls Ziel dieser Richtlinien.

7.2 Geltungsbereich der Verarbeitungsrichtlinien

Alle BIOLAND-Verarbeiter, Erzeugerbetriebe mit hofeigener Verarbeitung und Lohnverarbeitende Betriebe sind zur Einhaltung dieser Richtlinien verpflichtet.

Verarbeiter im Sinne dieser Richtlinien sind natürliche und juristische Personen, die durch Reinigung, Be- und Verarbeitung oder Abfüllung von BIOLAND-Erzeugnissen eine Wertschöpfung erzielen und mit BIOLAND einen Vertrag über die Nutzung der Marke abgeschlossen haben.

Neben den allgemeinen Verarbeitungsrichtlinien gelten die produktspezifischen Richtlinien, die entweder im Vertrag oder in den Branchenrichtlinien geregelt sind (siehe 10.9).

Die jeweiligen Branchenrichtlinien enthalten insbesondere Bestimmungen zu Geltungsbereich, Zutaten und Verarbeitungshilfsstoffe, Verarbeitungsverfahren, Verpackung, Hygiene, Deklaration und Qualitätssicherung.

7.3 Zutaten und Verarbeitungshilfsstoffe

7.3.1 Zutaten aus landwirtschaftlicher Erzeugung

Für BIOLAND-Verarbeitungsprodukte sind grundsätzlich nur Zutaten aus BIOLAND-Erzeugung zugelassen. Sie sind von Erzeugern und Verarbeitungsbetrieben zu beziehen, die mit BIOLAND durch einen Erzeuger- bzw. Verarbeitervertrag verbunden sind.

Eine Verwendung von Fremdzutaten aus ökologischer Erzeugung für BIOLAND-Verarbeitungsprodukte ist in begründeten Ausnahmefällen in begrenztem Umfang möglich, wenn diese Zutaten

- von BIOLAND-Erzeuger- und Verarbeitungsbetrieben nicht erzeugt werden,
- von BIOLAND-Erzeuger- und Verarbeitungsbetrieben nachweislich nicht in ausreichender Menge und/oder Qualität verfügbar sind.

Der Verarbeiter hat vor dem Einsatz von Fremdzutaten aus ökologischer Erzeugung einen formalen Antrag auf Ausnahmegenehmigung an BIOLAND zu stellen, es sei denn, BIOLAND hat zu bestimmten Waren bzw. Warengruppen (z. B. Saaten, Gewürze, exotische Früchte) eine Verwendungserlaubnis erteilt, die den Verarbeitern bekanntgemacht wurde. Eine Ausnahmegenehmigung ist immer zeitlich begrenzt.

Die Voraussetzung für den Einsatz von Fremdzutaten aus ökologischer Erzeugung ist, dass diese von BIOLAND anerkannt sind. BIOLAND geht bei der Zulassung von Fremdzutaten nach folgender Priorität vor:

1. Zutaten bzw. Waren von Betrieben, die unter Einhaltung der BIOLAND-Richtlinien erzeugt wurden und dies durch eine Kontrolle, die der Kontrolle bei ordentlichen Mitgliedern entspricht, bestätigt wurde,
2. Zutaten bzw. Waren von Betrieben, die mindestens gemäß der EG-Öko-Verordnung (Verordnung (EG) Nr. 834/2007 und Verordnung (EG) Nr. 889/2008) wirtschaften.

Der Einsatz von Zutaten aus konventioneller Erzeugung ist grundsätzlich nicht zulässig. Bei nachweislicher Nichtverfügbarkeit von Zutaten aus ökologischer Erzeugung können im Ausnahmefall entsprechende konventionelle Zutaten bis zu einem Anteil von höchstens 5 % verwendet werden, sofern diese in der Verordnung (EG) Nr. 889/2008, Anhang IX, aufgeführt sind. Ein BIOLAND-Produkt darf jedoch nicht zugleich eine ökologisch erzeugte Zutat und eine gleiche konventionell erzeugte Zutat enthalten.

7.3.2 Weitere Zutaten und Verarbeitungshilfsstoffe

Es dürfen nur Zutaten, Zusatzstoffe und Verarbeitungshilfsstoffe verwendet werden, die keine gesundheitsschädigenden Belastungen verursachen. Wasser und Salz können als Zutaten in BIOLAND-Produkten verwendet

werden, bleiben jedoch bei der Berechnung der prozentualen Anteile der ökologisch erzeugten Zutaten unberücksichtigt.

Eingesetztes Wasser muss mindestens Trinkwasserqualität haben. Bei verwendetem Salz ist Speisesalz (Meer- salz, vorzugsweise Steinsalz), auch jodiert, einzusetzen. Die Verwendung von jodiertem Speisesalz ist deutlich zu kennzeichnen. Als Rieselhilfsmittel sind Calciumcarbonat (E 170) und Magnesiumcarbonat (E 504) erlaubt.

Die für die Herstellung von BIOLAND-Produkten zugelassenen Zutaten, Zusatzstoffe und Verarbeitungshilfsstoffe sind in den produktspezifischen BIOLAND-Verarbeitungsrichtlinien in Positivlisten aufgeführt. Sollten für bestimmte Produkte keine Regelungen bestehen, ist Anhang VIII Abschnitte A und B der Verordnung (EG) Nr. 889/2008 maßgebend.

Für BIOLAND-Produkte sind Mineralien (einschließlich Spurenelemente), Vitamine, Aminosäuren und andere Stickstoffverbindungen nur insoweit zulässig, als ihre Verwendung in den sie enthaltenen Lebensmitteln gesetzlich vorgeschrieben und von BIOLAND genehmigt ist.

7.3.3 Nichtverwendung von anthropogenen Nanomaterialien

Die Auswirkungen von anthropogenen Nanomaterialien auf Umwelt und den Menschen sind bisher unzureichend bekannt. Deshalb sollten BIOLAND-Produkte in Erzeugung und Verarbeitung ohne Verwendung von anthropogenen Nanomaterialien hergestellt werden.

Begriffsbestimmungen:

BIOLAND versteht folgendes unter Nanotechnologie: Es sind Technologien, die die Manipulation, die Erforschung oder die Verwertung sehr kleiner Strukturen oder Systeme (1–300 Nanometer in einer Dimension) ermöglichen. Sie sind dadurch gekennzeichnet, dass sie aufgrund der geringen Größe und des geänderten Oberflächen-Volumen-Verhältnisses neuartige Eigenschaften hervorbringen. Aufgrund ihrer geringen Größe können sie jedoch auch leichter mit anderen Stoffen reagieren und in Organismen eindringen. Unterschieden werden muss zwischen natürlich vorkommenden und gezielt hergestellten anthropogenen Nanomaterialien. Anthropogene Nanomaterialien müssen abgegrenzt werden zu natürlich vorkommenden Nanomaterialien in der Umwelt (z.B. Vulkanstäube), zu natürlich vorkommenden Nanomaterialien in Lebensmitteln (z.B. Einfachzucker, Amino- oder Fettsäuren) oder zu unbeabsichtigt gebildeten Nanopartikeln (z.B. im Mehl oder in homogenisierter Milch).

7.4 Verarbeitung

In der Be- und Verarbeitung der Rohstoffe sind Verfahren anzuwenden, die Inhaltsstoffe der Lebensmittel – nach dem Stand der Wissenschaft – optimal erhalten und dem Sinne einer vollwertigen Ernährung entsprechen. Dies ist zu gewährleisten durch die Anwendung von Verarbeitungsverfahren und -techniken, die ihrem Wesen nach biologischer, physikalischer und mechanischer Natur sind. Als Extraktionslösemittel dürfen nur Wasser, Ethanol, pflanzliche Öle, Kohlendioxid und Stickstoff verwendet werden, deren Qualität dem Anwendungszweck angemessen ist. Die Verfahren müssen einen möglichst schonenden Umgang mit Ressourcen wie Wasser, Luft und Energieträgern gewährleisten.

Die jeweiligen Branchenrichtlinien enthalten Empfehlungen für Verarbeitungsverfahren und -geräte.

Der Verarbeiter hat alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, die

- die Identität von BIOLAND-Produkten oder -Partien durch eine klare Kennzeichnung am Produkt als auch von Verpackungen, Behältnissen, Transportmitteln, Warenbegleitdokumenten etc. gewährleisten,
- eine Vermischung, Verunreinigung oder Verwechslung von BIOLAND-Produkten mit Nicht-BIOLAND-Produkten verhindern,
- eine Verunreinigung von BIOLAND-Produkten durch Schadstoffe und Rückstände verhindern, einschließlich der Verunreinigung durch Reinigung und Dekontamination; falls erforderlich, sind Produktionsräume und Anlagen gründlich zu reinigen und zu desinfizieren.

Der Verarbeiter hat dafür Sorge zu tragen, dass diese qualitätssichernden Maßnahmen auch in der vorgelagerten Verarbeitungsstufe, einschließlich der Lohn- oder Auftragsproduktion, durchgeführt werden. Insbesondere Betriebe, die neben BIOLAND-Produkten auch konventionelle Produkte verarbeiten, lagern oder transportieren, haben die Transportmittel, Lagerräume und -behältnisse (Silos), Anlagen, Einrichtungen oder Geräte vor Aufnahme der BIOLAND-Produkte vollständig und sorgfältig zu reinigen.

Bei der Schädlingsbekämpfung ist jederzeit auszuschließen, dass BIOLAND-Produkte mit unerlaubten Stoffen (z.B. Pestizide) in direkten oder indirekten Kontakt kommen. Sollten nicht erlaubte Stoffe oder Methoden unmittelbar auf Lebensmittel oder Vorratsgüter angewendet worden sein, dürfen die betreffenden Produkte nicht als BIOLAND-Produkte vermarktet werden. Der Verarbeiter muss die erforderlichen Vorsichtsmaßnahmen treffen, um eine Kontaminierung zu vermeiden, einschließlich der Entfernung von BIOLAND-Produkten aus dem Lager oder der Verarbeitungseinrichtung.

Die Anwendung von nicht erlaubten Stoffen auf Einrichtungen und Geräte darf die darin bzw. damit hergestellten BIOLAND-Produkte nicht mit diesen Stoffen kontaminieren. Im Zweifelsfall hat der Verarbeiter die Produkte auf mögliche Rückstandsbelastungen hin zu untersuchen. Die in BIOLAND-Vertragsbetrieben zugelassenen Maßnahmen zur Schädlingsbekämpfung sind in den BIOLAND-Richtlinien zur Schädlingsbekämpfung in Lager- und Betriebsräumen aufgeführt. Die Basis- und Betriebshygiene muss den gesetzlichen Vorschriften entsprechen.

7.5 Verpackungsmaterialien

Die Auswahl der Verpackungsmaterialien richtet sich nach folgenden Kriterien:

- Die Verpackungsmaterialien müssen physiologisch unbedenklich, insbesondere hinsichtlich der Migration gesundheitsschädigender Stoffe in das Lebensmittel, und in der Herstellung möglichst umweltschonend sein.
- Es dürfen keine Verpackungsmaterialien sowie Lagerräume, Silos oder andere Lagerbehältnisse verwendet werden, die synthetische Fungizide, Konservierungs- oder Entwesungsmittel enthalten. BIOLAND-Produkte dürfen nicht in gebrauchten Säcken oder Behältnissen abgepackt werden, die mit Stoffen in Berührung gekommen sind, die die Unversehrtheit von BIOLAND-Produkten oder deren Zutaten beeinträchtigen können.
- Der Verpackungsaufwand muss auf das technologisch erforderliche Mindestmaß reduziert werden. Dabei stehen ökologische Erfordernisse vor marketingtechnischen und Kostengesichtspunkten.
- Die Verpackungsmaterialien sollen im Zuge der Müllverwertung recycelbar sein.
- Schwer abbaubare Kunststoffe (wie z. B. PVC) bzw. Kunststoffe, die unvermeidbar umweltbelastend hergestellt werden, dürfen nicht verwendet werden.
- Aluminium bzw. aluminiumhaltige Folien oder Kombiverpackungen dürfen nur nach ausdrücklicher Genehmigung durch BIOLAND verwendet werden. Der Verarbeiter ist verpflichtet, sich um geeignete Alternativen zu bemühen.
- Einwegverpackungen werden nicht verwendet, wenn Mehrwegverpackungen möglich und sinnvoll sind.

Die jeweiligen Branchenrichtlinien enthalten Empfehlungen/Positivlisten für Verpackungsmaterialien.

Die Auswirkungen von anthropogenen Nanomaterialien auf Umwelt und den Menschen sind bisher unzureichend bekannt. Aus diesem Grund sollten auch die

Verpackungen von BIOLAND-Produkten nicht mit anthropogenen Nanomaterialien hergestellt sein. Auf keinen Fall dürfen eventuelle Nanobeschichtungen mit dem Lebensmittel in Berührung kommen.

7.6 Kennzeichnung und Deklaration von verarbeiteten BIOLAND-Produkten

Bei der Verpackungsgestaltung müssen die „Richtlinien für die Gestaltung von Verpackungen für BIOLAND-Produkte“ in der jeweils gültigen Fassung eingehalten werden, um den Verbrauchern ein leicht wiedererkennbares BIOLAND-Gesamtsortiment zu präsentieren.

Kennzeichnung und Deklaration müssen den Bestimmungen des Lebensmittel-, Bedarfsgegenstände- und Futtermittelgesetzbuch (LFGB) sowie der Lebensmittelinformations-Verordnung (LMIV) entsprechen. Die Zutaten von BIOLAND-Produkten sind vollständig und – bei Mischprodukten – in der Reihenfolge ihrer Gewichtsanteile zu deklarieren. Die Bestandteile zusammengesetzter Zutaten sind vollständig aufzulisten. Kräuter und Gewürze können mit Sammelbezeichnung in der Zutatenliste aufgeführt werden, wenn ihr Anteil am Gesamtgewicht des Produktes weniger als 2 % ausmacht. Es muss kenntlich gemacht werden, welche Zutaten aus ökologischer Erzeugung stammen und welche nicht. Wenn Zusatzstoffe verwendet werden, sind diese in der Zutatenliste immer mit der Produktbezeichnung bzw. dem Namen anzugeben. Eine Klassenbezeichnung des Zusatzstoffes (z. B. Verdickungsmittel oder Emulgator) ist nicht ausreichend. Deutlich zu kennzeichnen ist insbesondere die Verwendung von jodiertem Speisesalz.

7.7 Lagerung und Transport

Allgemeine Bestimmungen sind dem Abschnitt 6 der BIOLAND-Richtlinien zu entnehmen. Ökologisch erzeugte Produkte sind so zu lagern und zu transportieren, dass die hierdurch verursachte Qualitätsbeeinträchtigung, Schadstoff- oder Umweltbelastung so gering wie möglich bleibt. Die Transportwege sind möglichst kurz zu halten. BIOLAND- und Nicht-BIOLAND-Produkte dürfen nicht gemeinsam gelagert oder transportiert werden, es sei denn, die BIOLAND-Produkte sind eindeutig gekennzeichnet und physisch getrennt.

Unverwechselbare Kennzeichnung bei Lagerung und Transport sind insbesondere bei Betrieben erforderlich, die neben ökologischen auch konventionelle Erzeugnisse lagern, verarbeiten und transportieren.

Der Verarbeiter hat sicherzustellen, dass lebensmittelgeeignete Transportbehälter verwendet werden.

Zur Steuerung der Lagerbedingungen sind kontrollierte Atmosphäre, Temperaturkontrolle, Trocknung und Feuchtigkeitsregulierung erlaubt. Weitere Einzelheiten werden in den Branchenrichtlinien festgelegt.

7.8 Transparenz und Produktidentifikation

7.8.1 Rückstellproben

Der Verarbeiter ist verpflichtet, von jeder angelieferten Rohwarenpartie eine Rückstellprobe zu ziehen und diese mit Lieferdatum und Namen des Lieferanten zu kennzeichnen. Darüber hinaus sind auch Muster der daraus hergestellten Fertig- bzw. Halbfertigprodukte zurückzustellen. Diese sind mit Herstellungsdatum und ggf. Chargennummer zu versehen. Die Rückstellproben sind bis zum Ablauf des Mindesthaltbarkeitsdatums der Verarbeitungsprodukte beziehungsweise, falls die Angabe eines Mindesthaltbarkeitsdatums nicht erforderlich ist, eine angemessene Frist aufzubewahren.

Ausnahmen davon können für bestimmte Produkte oder Verarbeitungsbereiche (z. B. für leicht verderbliche Rohwaren) in den jeweiligen Branchenrichtlinien oder in Einzelvereinbarungen getroffen werden, wenn die o.g. Verpflichtung zur Probenahme wirtschaftlich nicht vertretbar oder praktisch nicht durchführbar ist.

7.8.2 Rohwarenidentifizierung

Jeder Verarbeiter ist verpflichtet, durch geeignete Maßnahmen im Rahmen der betrieblichen Qualitätssicherung sicherzustellen, dass die BIOLAND-Rohwarenlieferanten jederzeit identifiziert werden können.

7.9 Durchführung und Kontrolle

7.9.1 Zuständigkeit bei BIOLAND

Die allgemeinen Verarbeitungsrichtlinien sowie die branchenspezifischen Richtlinien in ihren Grundkonzepten und wesentlichen Inhalten werden von der Bundesdelegiertenversammlung beschlossen.

Die BIOLAND Qualitätssicherung ist für die Verarbeitungsrichtlinien zuständig, dies umfasst die fortlaufende Erarbeitung und Überprüfung der branchenspezifischen Verarbeitungsrichtlinien, Vertreter der Vertragsverarbeiter wirken bei der Richtlinienentwicklung beratend mit. Die BIOLAND Qualitätssicherung hat auch die Aufgabe, notwendige Änderungen und Erweiterungen dieser Richtlinien zu beraten und Empfehlungen auszusprechen. Das Präsidium kann über Änderungen der Branchenrichtlinien entscheiden, sofern nicht Zielsetzung und Inhalt der Richtlinien so wesentlich berührt

werden, dass die Bundesdelegiertenversammlung über die Änderungen zu entscheiden hat.

7.9.2 Änderung von Verarbeitungsprodukten

Jeder Verarbeiter ist verpflichtet, wesentliche Änderungen bei Verarbeitung, Zutaten, Verpackung und Aufmachung seiner Produkte im Rahmen der Verarbeitungs- bzw. Gestaltungsrichtlinien frühzeitig BIOLAND anzuzeigen.

Neue Produkte oder geplante Änderungen bestehender Verarbeitungsprodukte, die mit den Bestimmungen der allgemeinen und branchenspezifischen Verarbeitungsrichtlinien nicht unmittelbar in Einklang zu bringen sind, bedürfen der Genehmigung durch BIOLAND. Es ist ein Antrag zu stellen an die BIOLAND Qualitätssicherung, die über die Anträge berät und entscheidet. Bei Bedarf hat der Verarbeiter sämtliche Produktbestandteile und Verarbeitungsmethoden offen zu legen.

Bei Meinungsverschiedenheiten wird versucht, im Einvernehmen mit dem Verarbeiter auf der Grundlage der Verarbeitungsrichtlinien zu einer akzeptablen Lösung zu gelangen. Sollte dies nicht gelingen, entscheidet das Präsidium über die Verfahrensweise.

7.9.3 Kontrolle

Jeder Verarbeiter wird regelmäßig auf die Einhaltung der allgemeinen und branchenspezifischen Verarbeitungsrichtlinien hin überprüft. Der Verarbeiter ist verpflichtet, die für die Kontrolle notwendigen Unterlagen und Aufzeichnungen von BIOLAND mit der Kontrolle beauftragten Personen bzw. Kontrollstellen zugänglich zu machen.

Letztere sind zur Verschwiegenheit gegenüber Dritten verpflichtet. Bei begründetem Verdacht ist BIOLAND berechtigt, den Betrieb ohne vorherige Anmeldung während der üblichen Geschäftszeiten zu kontrollieren.

Der Verarbeiter stellt die Ergebnisse der Prüfung gemäß der Verordnungen (EG) Nr. 834/2007 und (EG) Nr. 889/2008 BIOLAND zur Verfügung, so dass BIOLAND-Prüfungen darauf aufbauen können.

Die Herstellung von BIOLAND-Produkten im Lohnauftrag oder in Auftragsproduktion durch andere Unternehmen (Subunternehmen) bedarf einer vorherigen Anmeldung bei BIOLAND. Vom Auftragnehmer ist eine Erklärung (gemäß Vorlage von BIOLAND) einzuholen, in der dieser sich zur Einhaltung der BIOLAND-Richtlinien und zur Gewährleistung der Kontrollbefugnisse von BIOLAND verpflichtet. Der BIOLAND-Vertragsbetrieb trägt die Verantwortung dafür, dass die Auftragsproduktion von BIOLAND-Produkten gemäß den BIOLAND-Richtlinien erfolgt, insbesondere hin-

sichtlich der Herkunft und Qualität der verwendeten Rohstoffe und Zutaten, und gewährleistet, dass die hergestellten BIOLAND-Produkte nicht vom Auftragnehmer selbst unter Verwendung des BIOLAND-Warenzeichens vermarktet werden.

7.10 Schadstoffüberprüfung

Aufgrund der allgemeinen Umweltbelastung oder anderer möglicher Quellen können Schadstoffe auch in BIOLAND-Produkte gelangen. Die Verarbeiter haben deshalb die Pflicht, die Schwachstellen bzw. Risikobereiche für potentielle Schadstoffbelastungen der Produkte sorgfältig zu analysieren und zu bestimmen. Auf dieser Grundlage ist gemäß dem HACCP-Konzept ein Programm zur systematischen Schadstoffüberprüfung der BIOLAND-Produkte einzurichten. Die Schadstoffanalysen müssen durch anerkannte Prüflaboratorien nach dem Stand der Technik hinsichtlich Probenahme, Probeumfang, Analyseprogramm und Analyseverfahren durchgeführt werden. Die Ergebnisse der Schadstoffanalysen sind zu dokumentieren und BIOLAND sowie der zuständigen Kontrollstelle auf Anforderung zugänglich zu machen. Die Informations- und Meldepflichten gemäß Kapitel 7.11 sind dabei zu beachten.

7.11 Informations- und Meldepflicht

Der Verarbeiter ist über die gesetzlichen Unterrichtungspflichten nach Maßgabe des LFGB hinaus verpflichtet, BIOLAND unverzüglich zu unterrichten, wenn er Grund zu der Annahme hat oder Zweifel bestehen, dass Rohstoffe, Zutaten oder daraus hergestellte BIOLAND-Verarbeitungsprodukte den Vorschriften, die dem Schutz der Gesundheit des Menschen dienen, nicht entsprechen oder in sonstiger Weise nicht verkehrsfähig sind.

Die genauen Bestimmungen für einzelne Produktgruppen sind in den spezifischen Verarbeitungsrichtlinien abgebildet.

8 Vermarktung

8.1 Grundsätze

Die Vermarktung erfolgt in enger Zusammenarbeit mit BIOLAND, um den quantitativen und qualitativen Bedürfnissen des Marktes gerecht zu werden.

Die Produkte sollen einen möglichst direkten Weg zum Verbraucher nehmen. Die Vermarktung muss so transparent sein, dass der Verbraucher den Weg des Produkts vom Erzeuger bis zum Verbraucher nachvollziehen kann. Es dürfen nur solche Vermarktungsaktivitäten (insbesondere Werbung/Verkaufsförderung, Wahl der Absatzwege, Preis- und Produktgestaltung) unternommen werden, die den Zielen und Maßnahmen von BIOLAND nicht zuwiderlaufen.

8.2 Produktionserhebung

Der Vertragsbetrieb ist verpflichtet, sich an den jährlichen Produktionserhebungen (Betriebsberichten) zu beteiligen.

8.3 Kennzeichnung und Verpackung

Vertragsbetriebe sind verpflichtet, ihre nach den Richtlinien erzeugten Produkte bei Vermarktung an BIOLAND-Vertragsbetriebe mit der Marke BIOLAND zu kennzeichnen. Bei Vermarktung an Endverbraucher soll eine entsprechende Kennzeichnung erfolgen.

Von anderen Vertragsbetrieben zugekaufte Produkte aus BIOLAND-Erzeugung dürfen nur dann unter eigenem Namen vermarktet werden, wenn keine Kennzeichen wie „Erzeuger“, „vom BIOLAND-Hof“ oder andere Bezeichnungen, die auf eine eigene Erzeugung hindeuten, verwendet werden. Davon ausgenommen ist der Zukauf von Rohwaren für Mischprodukte bei der hofeigenen Verarbeitung, sofern die Zutaten der Mischprodukte überwiegend selbst erzeugt werden, sowie der Zukauf von Produkten, die aus besonderen Gründen kurzzeitig nicht aus eigener Erzeugung bereit gestellt werden können.

Der BIOLAND-Verband erstellt Kennzeichnungs- und Verpackungsmaterial. Die Verwendung von anderem oder eigenem Kennzeichnungs- und Verpackungsmaterial bedarf der ausdrücklichen Genehmigung durch BIOLAND. Unkontrolliertes Verpackungsmaterial darf nicht benutzt werden.

8.4 Zukauf für Direktvermarkter

Handelsware für die Direktvermarktung ist vorzugsweise von BIOLAND-Vertragsbetrieben zu beziehen.

Lose Ware, die nicht von BIOLAND-Betrieben stammt, ist im Verkauf eindeutig unter Angabe des Anbauverbandes bzw. der zertifizierenden Organisation zu kennzeichnen.

Der Zukauf von konventioneller Ware für die Direktvermarktung ist nicht zulässig. Produkte, die in ökologischer Qualität nicht angeboten werden, sind hiervon ausgenommen. Hierzu bedarf es einer Ausnahmegenehmigung durch BIOLAND.

8.5 Verkauf an gewerbliche Abnehmer

Beim Verkauf an gewerbliche Abnehmer werden Vertragspartner des BIOLAND-Verbandes bzw. sonstige Handelspartner, mit denen BIOLAND zusammenarbeitet, bevorzugt beliefert.

8.6 Verwendung der Marke BIOLAND

Vertragsbetriebe sind verpflichtet, die Marke BIOLAND aktiv und nachhaltig zu fördern und zu pflegen.

Alle Aktivitäten sind darauf ausgerichtet, den Bekanntheitsgrad der Marke zu erhöhen und BIOLAND-Produkte auf den Absatzmärkten eindeutig zu kennzeichnen und vor Missbrauch zu schützen.

Die Betriebe unterrichten BIOLAND unverzüglich über etwaige missbräuchliche oder unbefugte Benutzung der BIOLAND-Marke durch Verbandsmitglieder oder sonstige Zeichenbenutzer auf dem Markt und in der Werbung.

8.7 Gewerbliche Hofläden und Marktstände

Die Richtlinien gelten auch für alle mit dem BIOLAND-Betrieb verbundenen nichtlandwirtschaftlichen Betriebe wie Hofläden, Marktstände, sofern sie für den Verbraucher als zusammengehörend erscheinen. Der Vertragsbetrieb verpflichtet sich, alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um zu gewährleisten, dass in dem nichtlandwirtschaftlichen Betrieb die BIOLAND-Richtlinien eingehalten, BIOLAND-Kontrollen durchgeführt und dafür notwendige Unterlagen und Aufzeichnungen den von BIOLAND mit der Kontrolle beauftragten Personen bzw. Kontrollstellen zugänglich gemacht werden.

9 Vertrags- und Kontrollwesen

9.1 Zuständige Gremien

Die Zuständigkeiten für alle Angelegenheiten im Zusammenhang mit diesen Richtlinien sowie die Rechte und Pflichten der Mitglieder sind in der Satzung von BIOLAND e.V. Verband für organisch-biologischen Landbau geregelt.

9.2 Umstellung

9.2.1 Erzeugervertrag

Der Verkauf von Erzeugnissen unter der Marke BIOLAND setzt einen Erzeugervertrag mit Betriebsnummer voraus, der zur Einhaltung der BIOLAND-Richtlinien verpflichtet. Erzeugerverträge werden flächen- und personengebunden abgeschlossen. Voraussetzung für den Abschluss ist die Mitgliedschaft in BIOLAND e.V.

Bei Vertragsvergabe erfolgt ein Besuch auf dem Betrieb durch einen Beauftragten von BIOLAND. Zu jedem Erzeugervertrag gehört ein verbindlicher Umstellungsplan. Darin werden die einzelnen Umstellungsschritte, insbesondere der daraus resultierende mögliche Beginn der Nutzung der Marke BIOLAND der einzelnen Betriebszweige, festgelegt. Spätere, davon abweichende Vereinbarungen zwischen Betrieb und BIOLAND bedürfen der Schriftform.

Bei sich abzeichnenden Schwierigkeiten in der pflanzlichen oder tierischen Erzeugung oder in der Vermarktung oder bei fachlichen Unsicherheiten, muss sich die/der BetriebsleiterIn rechtzeitig und vor einer Entscheidung mit BIOLAND (in der Regel schriftlich) in Verbindung setzen.

9.2.2 Gesamtbetriebliche Umstellung

Vertragsbetriebe sind verpflichtet, sämtliche Flächen und Produktionszweige des Betriebes entsprechend den jeweils gültigen Richtlinien zu bewirtschaften.

Die Haltung von Nutztierarten, für die diese Richtlinien keine ausdrücklichen Regelungen vorsehen, bedarf der Zustimmung von BIOLAND, ebenso die Nutzung der Marke BIOLAND für Erzeugnisse solcher Produktionszweige.

9.2.3 Markennutzung für pflanzliche Erzeugnisse

Die Nutzung der Marke BIOLAND mit dem Zusatz „Aus der Umstellung“ kann für pflanzliche Produkte, die aus einer einzigen Zutat landwirtschaftlichen Ursprungs bestehen, dann erfolgen, wenn die Fläche 12 Monate vor der Ernte richtliniengemäß bewirtschaftet wurde. Falls wichtige Gründe vorliegen, kann diese Frist verlängert werden.

Die Nutzung der Marke BIOLAND kann erfolgen, wenn die Fläche 24 Monate vor der Aussaat, bei Dauerkulturen 36 Monate vor der Ernte richtliniengemäß bewirtschaftet wurde.

Kommen zum Betrieb neue Flächen hinzu, müssen diese das Umstellungsverfahren durchlaufen. Auch bei Zupachtflächen muss eine langfristige organisch-biologische Bewirtschaftung angestrebt werden.

Es dürfen keine gleichen Pflanzenarten auf verschiedenen Flächen des Betriebes, die sich jeweils in unterschiedlichen Umstellungsstufen befinden, zeitgleich angebaut werden.

Ausnahmen:

- Dauerkulturen;
- Gemüsebau und Zierpflanzenbau, wenn die parallel angebauten Kulturen augenscheinlich unterscheidbar sind;
- Futterbau.

Für einjährige Kulturen gilt: Die Nutzung der Marke BIOLAND ist nur für die Kulturen möglich, deren Saat bzw. Pflanzung erst erfolgt, wenn die Fläche der BIOLAND-Kontrolle untersteht. Sich zeitlich überschneidende Kulturen müssen eindeutig unterscheidbar sein.

9.2.4 Markennutzung für tierische Erzeugnisse

9.2.4.1 Produktbezogene Umstellung

Wenn Rinder, Schafe, Ziegen und Schweine von Nicht-BIOLAND-Biobetrieben zugekauft werden, kann die Marke BIOLAND für Tiere und Fleisch frühestens nach 3 Monaten Haltungsdauer auf dem BIOLAND-Betrieb genutzt werden. Mastgeflügel muss mindestens die Hälfte der Mastdauer auf dem BIOLAND-Betrieb gehalten worden sein.

Für die Umstellung von Tieren aus konventioneller Herkunft gilt:

Eine Kennzeichnung der tierischen Produkte mit der Marke BIOLAND kann frühestens erfolgen, wenn der Umstellungsbeginn der Futterflächen mindestens 12 Monate zurückliegt und folgende Umstellungsfristen für die richtliniengemäße Fütterung und Haltung (siehe 4) der gesamten Tierart eingehalten worden sind:

- Eier: 6 Wochen
- Milch: 6 Monate
- Rinder: 12 Monate und auf jeden Fall mind. drei Viertel der Lebenszeit; eine Nutzung der Marke BIOLAND für Rinder, die auf konventionellen Betrieben geboren wurden und/oder mit nicht richtliniengemäßen Futtermitteln aufgezogen wurden, ist nicht erlaubt.
- Schafe, Ziegen: 6 Monate
- Schweine: 6 Monate
- Geflügelfleisch: 10 Wochen (bei Aufstallung bis zum 3. Lebenstag), bei Kleingeflügel 6 Wochen
- Damwild und Rotwild: 12 Monate
- Kaninchen: Eine Nutzung der Marke BIOLAND ist nur erlaubt, wenn die Tiere von Geburt an gemäß diesen Richtlinien gehalten und gefüttert wurden.

Als richtliniengemäße Futtermittel gelten:

- ökologisch erzeugtes Futter: Futter von Flächen, die seit mind. 24 Monaten vor der Aussaat, bei Dauergrünland 24 Monate vor Beginn der Futternutzung, ökologisch bewirtschaftet werden.
- zugelassene Futtermittel und Umstellungsfutter (gemäß 4.4.2 und 4.5.1).

Eine Markennutzung kann erst dann erfolgen, wenn die gesamte Tierart richtliniengemäß gehalten und gefüttert wird.

In der Imkerei kann die Nutzung der Marke BIOLAND frühestens 12 Monate nach Beginn der Umstellung erfolgen, wenn die Völker den Anforderungen nach 4.10 genügen.

In der Teichwirtschaft kann die Nutzung der Marke BIOLAND frühestens 12 Monate nach Beginn der Umstellung erfolgen, wenn die Teiche den Anforderungen nach 4.11 genügen.

Vor jeglicher Markennutzung muss die Käfighaltung von Geflügel im Betrieb aufgegeben sein.

9.2.4.2 Gleichzeitige Umstellung des gesamten Betriebes

Bei gleichzeitiger Umstellung des gesamten Betriebes (d.h. aller Flächen und Nutztierkategorien) können abweichend von 9.2.4.1 sämtliche tierischen Produkte der zu Umstellungsbeginn vorhandenen Tiere und deren Nachzucht nach 24 Monaten unter der Marke

BIOLAND vermarktet werden, wenn die Tiere hauptsächlich mit betriebseigenem Futter gefüttert werden.

Eine Nutzung der Marke BIOLAND für Rinder, die auf konventionellen Betrieben geboren wurden und/oder mit nicht richtliniengemäßen Futtermitteln aufgezogen wurden, ist nicht erlaubt.

9.2.5 Umstellungsfristen

Die Umstellung erfolgt zügig, im Pflanzenbau in einem Schritt. In Ausnahmefällen kann sie auch schrittweise erfolgen und muss nach max. drei Jahren abgeschlossen sein. Dies erfolgt nach Maßgabe eines in Übereinstimmung mit der BIOLAND Beratung und der BIOLAND Qualitätssicherung erstellten Umstellungsplans.

9.2.6 Unerlaubte Betriebsmittel

Stoffe, deren Anwendung diese Richtlinien ausschließen, dürfen auf dem Betrieb nicht vorhanden sein.

9.2.7 Weiterbildung

Die BetriebsleiterInnen müssen die notwendigen theoretischen und praktischen Fähigkeiten besitzen. Als Mindestnachweis gilt neben der schon vorher erworbenen landwirtschaftlichen Ausbildung oder Berufserfahrung der Besuch eines Einführungskurses für den organisch-biologischen Landbau.

Der Erfahrungsaustausch und die Diskussion der Betriebsverhältnisse sind wichtige Grundlagen der Weiterbildung und des notwendigen Vertrauens. Jede/r Betriebsleiter/in ist einer Regional- oder Fachgruppe angeschlossen. Die Betriebsleiter/innen beteiligen sich möglichst aktiv an der Gruppenarbeit und am Erfahrungsaustausch in der Gruppe.

9.3 Kontrolle

9.3.1 Allgemeines

Der BIOLAND-Verband überprüft die Einhaltung seiner Richtlinien bei seinen Vertragsbetrieben (Erzeugern). Die Kontrolle soll den Vertragspartnern helfen, ihre Betriebe im Sinne dieser Richtlinien weiterzuentwickeln.

9.3.2 Ablauf der Kontrolle

Die Kontrolle der Vertragsbetriebe setzt sich aus der schriftlichen Beantwortung eines Fragebogens (Betriebsprotokoll) und einem Kontrollbesuch zusammen, über den ein Kontrollbericht angefertigt wird. Sie wird mindestens einmal im Jahr durch Kontrollbeauftragte von BIOLAND durchgeführt, die unabhängig und fach-

lich kompetent sind. Der kontrollierte Betrieb erhält eine Abschrift seines Betriebsprotokolls und Kontrollberichts.

Bei schrittweiser Umstellung umfasst die Betriebskontrolle auch den noch nicht umgestellten Betriebsteil.

Über Hinweise, Abmahnungen und Sanktionen entscheidet jährlich eine von BIOLAND mit dieser Aufgabe betraute Anerkennungskommission. Grundlage der Entscheidungen ist ein von BIOLAND herausgegebener Sanktionskatalog.

9.3.3 Notwendige Unterlagen und Informationen vom Betrieb

Die Betriebe müssen über alle Punkte klare Aufzeichnungen führen, die von diesen Richtlinien betroffen sind: bewirtschaftete Fläche, Fruchtfolge, Düngung, Pflanzenschutz, Viehbesatz, Haltung, Fütterung, Tierbehandlung, Vermarktung, Lagerung und Zukauf von Handelsware.

BIOLAND ist berechtigt, Daten, die zu Kontrollzwecken und zur Erfassung von Erzeugungsmengen dienen, von dem Mitglied zu erheben und zu speichern.

Flächenzugänge müssen unmittelbar BIOLAND gemeldet werden, ebenso die Änderung der Betriebsadresse oder der Wechsel der Betriebsleitung.

BIOLAND kann vom Betrieb Bodenuntersuchungen, Qualitätstests und Rückstandsuntersuchungen verlangen. Beim Nachweis von Richtlinienverstößen hat die Kosten der Untersuchung der Betrieb zu tragen.

9.3.4 Recht zur Einsicht von Unterlagen und Zutrittsrecht

Der Betrieb ist verpflichtet, dem/der VertreterIn von BIOLAND zur Durchführung von Kontrollen Zutritt zum gesamten Betrieb zu gewähren.

BIOLAND ist berechtigt, jederzeit durch Mitarbeiter oder durch Beauftragte, die zur Verschwiegenheit gegenüber Dritten verpflichtet sind, den Betrieb und die Bücher des Mitglieds zu prüfen.

9.3.5 Tierwohl- und Managementkontrolle

Die Qualität der Tierhaltung (siehe 4.1 und 4.2.1.1) wird anhand von tierhaltungs- und produktbezogenen Kriterien, die den Tierwohlstatus und die Erzeugungsqualität kennzeichnen, kontrolliert. Hierzu erstellt BIOLAND Vorgaben, die die wesentlichen tierartbezogenen Prüfpunkte und Beurteilungskriterien beschreiben.

9.4 Inkrafttreten, Übergangs- und Ausnahmeregelungen

Richtlinienänderungen treten mit der Veröffentlichung in dem Verbandsorgan, der Zeitschrift „bioland“, in Kraft.

Betriebe, die zum Zeitpunkt der jeweiligen Richtlinienänderung einen Erzeuger- oder Verarbeitervertrag mit BIOLAND abgeschlossen haben und die geänderten Richtlinien noch nicht erfüllen, haben ab der Veröffentlichung ein Jahr, bei baulichen Veränderungen zwei Jahre Zeit, sich den neuen Bedingungen anzupassen, wenn nicht ausdrücklich andere Fristen festgesetzt worden sind und vorbehaltlich weitergehenderer Vorgaben durch die Verordnungen (EG) Nr. 834/2007 und (EG) Nr. 889/2008.

Für Neubauten von Ställen gelten keine Übergangsfristen.

Über die in den Richtlinien aufgeführten Ausnahmemöglichkeiten hinaus kann BIOLAND im Rahmen der EG-Verordnung zur ökologischen Produktion und des einschlägigen Fachrechts auf Antrag und nach fachlicher Prüfung in begründeten Einzelfällen eine befristete Ausnahmegenehmigung von den bestehenden Richtlinien, die mit zusätzlichen Auflagen versehen werden kann, erteilen.

10 Anhang

10.1 Zugelassene Bodenverbesserungs- und Düngemittel sowie Substratbestandteile (siehe 3.4)

Bei dem Einsatz von Dünge- und Boden-Verbesserungsmitteln sind die gesetzlichen Bestimmungen, vor allem die Vorgaben der Verordnungen (EG) Nr. 834/2007 und (EG) Nr. 889/2008, zu beachten. Wenn Zweifel an der Zulässigkeit oder Qualität eines Düngemittels bestehen, muss bei BIOLAND nachgefragt werden.

10.1.1 Dünger und Bodenverbesserungsmittel von ökologischen Betrieben

- Stallmist und Geflügelmist
- Gülle nach Aufbereitung
- Jauche
- Komposte aus organischen Abfällen
- Substrate von Pilzkulturen
- Stroh für Mulchzwecke

10.1.2 Wirtschaftsdünger von konventionellen Betrieben

nicht aus industrieller Tierhaltung gemäß Verordnung (EG) Nr. 889/2008

- Rindermist
- Schafs- und Ziegenmist
- Pferdemist

10.1.3 Organische Ergänzungsdünger und Bodenverbesserungsmittel sowie Substratbestandteile

- gütegesicherte Pflanzenkomposte (Grüngutkomposte) und kompostierte Haushaltsabfälle aus der Getrenntsammlung (Bio-Tonne) gemäß den aktuellen Kriterien und Vorgaben von BIOLAND
- gütegesicherter Rindenkompost von nach dem Einschlag chemisch unbehandeltem Holz
- Sägemehl, Holzschnitt und Holzrasche von nach dem Einschlag chemisch unbehandeltem Holz
- Torf, nur in Substraten und mit den in den Kapiteln 3 und 5 genannten Einschränkungen
- Nachstehende Produkte oder Nebenprodukte tierischen Ursprungs: Hornspäne und -mehl, Hufspäne und -mehl, Federmehl, Haarmehl und Borsten
- Produkte und Nebenprodukte pflanzlichen Ursprungs (z. B. Rizinusschrot, Rapsschrot)

- Vinasse (nur im Gartenbau und in Dauerkulturen)
- Algen und Algengerzeugnisse
- Leonardit (ausschließlich als Nebenprodukt aus Bergbautätigkeiten gewonnen)
- Gärreste aus Ökogasanlagen (Anforderungen siehe 2.5.1.1)

10.1.4 Mineralische Ergänzungsdünger

- Gesteinsmehl
- Ton
- Rohphosphat (gemahlen, weicherdig, nicht teilaufgeschlossen)
- Thomasphosphat
- Kalirohsalze (z. B. Kainit)
- Patentkali (Kalimagnesia)
- Kaliumsulfat
- Magnesiumsulfat
- Magnesiumcarbonat
- kohlen-saurer Kalk, Dolomitkalk, Muschelkalk, Algenkalk
- Gips natürlichen Ursprungs
- Calciumchlorid (Blattbehandlung bei Apfelbäumen bei nachgewiesenem Calciummangel)
- Carbokalk
- elementarer Schwefel
- Spurenelementdünger

10.1.5 Präparate

- Präparate mit Mikroorganismen zur Anwendung in Böden, Komposten und Substraten, z. B. zur Beschleunigung der Umsetzungsvorgänge, wenn ihre Zusammensetzung diesen Richtlinien entspricht.

10.2 Zugelassene Pflanzenbehandlungsmittel und -verfahren (siehe 3.6)

Beim Einsatz von Pflanzenschutz- und Pflanzenstärkungsmitteln sind die gesetzlichen Bestimmungen, vor allem die Vorgaben der Verordnungen (EG) Nr. 834/2007 und (EG) Nr. 889/2008 und die des Pflanzenschutzrechts, zu beachten. Nur darüber hinaus gehende Anwendungsbeschränkungen sind hier aufgeführt.

10.2.1 Biologische und biotechnische Maßnahmen

- gezielter Einsatz von Nützlingen (z. B. Raubmilben, Schlupfwespen)
- Insektenfallen (Leimfallen)
- Kulturschutznetze, Mulchfolien etc.

10.2.2 Pflanzenschutz- und Pflanzenstärkungsmittel

Die genannten Mittel dürfen nur eingesetzt werden, sofern sie nicht mit anderen, hier nicht genannten Präparaten kombiniert sind. Die Verwendungsvorschriften gemäß den Anhängen der Pflanzenschutz-Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 müssen beachtet werden.

10.2.2.1 Allgemein zugelassene Mittel

- Gesteinsmehle und Tonerden
- Laminarin
- Wasserglas (Natriumsilikat)
- Kräuterauszüge, soweit gemäß Pflanzenschutzrecht einsetzbar
- Pheromone (Lockstoff; sexuelle Verwirrmethode; nur in Fallen und Spendern)
- Azadirachtin aus *Azadirachta indica* (Neembaum)
- Quassia aus *Quassia amara*
- Paraffinöl
- Pflanzenöle
- Fettsäuren („Kaliseife“)
- Eisen-III-Phosphat
- Milch- und Molkeprodukte
- Mikroorganismen (Bakterien, Viren, Pilze), z. B. *Bacillus thuringiensis*-Präparate
- Natrium- und Kaliumhydrogencarbonat
- Lecithin
- Quarzsand als Repellent
- Schafsfett als Repellent (nur auf nicht essbare Teile der Pflanze anzuwenden und wenn Pflanzenmaterial nicht an Schafe oder Ziegen verfüttert wird)
- Pflanzenstärkungsmittel
- Grundstoffe in Sinne von Art. 23 Abs.1 der EU-Pflanzenschutz-Verordnung Nr. 1107/2009 (Substanzen, die nicht als Pflanzenschutzmittelwirkstoffe zugelassen sind, aber unter anderem auch für Pflanzenschutz zwecke eingesetzt werden können), sofern sie pflanzlichen oder tierischen Ursprungs sind und auch als Lebensmittel gelten.
- Kieselgur (Diatomeenerde) (Vorratsschutz)
- Kohlendioxid (Vorratsschutz)

10.2.2.2 Nur im Gartenbau und in Dauerkulturen sowie in den aufgeführten Kulturen zugelassene Mittel

- Pyrethrine aus *Chrysanthemum cinerariaefolium* (ohne den Synergisten Piperonylbutoxid)
- Schwefel
- Schwefelkalk (Calciumpolysulfid)
- Kupferpräparate in Form von Kupferhydroxid, Kupferoxychlorid, Kupferoxid, dreibasischem Kupfersulfat, Kupferkalkbrühe/Bordeauxbrühe (max. Kupfermenge 3 kg/ha und Jahr, im Hopfenbau max. 4 kg/ha und Jahr. Im Kartoffelanbau nur mit Ausnahme genehmigung durch BIOLAND. Wenn kupferhaltige Mittel eingesetzt werden, muss der Kupfergehalt der Böden laufend durch Bodenuntersuchungen festgestellt werden.)
- hydrolysiertes Eiweiß außer Gelatine (Lockmittel, nur Anwendungen in Verbindung mit anderen Erzeugnissen dieses Anhangs)
- Kalziumhydroxid (gegen Obstbaumkrebs bei Obstbäumen)

10.3 Berechnung des Viehbesatzes

Zulässiger Viehbesatz entsprechend 1,4 Dungeinheiten: Der Tierbesatz orientiert sich an der Dungeinheit. Eine Dungeinheit entspricht 80 kg N und 70 kg P₂O₅. Für Tiere, bei denen rasse- oder leistungsbedingt andere Ausscheidungsmengen anfallen, können nach Genehmigung durch BIOLAND Zu- oder Abschläge vorgenommen werden. Werden Tiere nicht während eines ganzen Jahres gehalten oder sind sie wegen Alters- oder Nutzungsänderung einer anderen Tierkategorie zuzuordnen, wird die Berechnung nach dem Durchschnitt der im Jahr gehaltenen Tierzahl durchgeführt.

Tierkategorie oder Art	Höchstzulässige Anzahl von Tieren je Hektar
Pferde ab 6 Monaten	2
Mastkälber	5
Andere Rinder unter einem Jahr	5
Männliche Rinder zwischen 1 und 2 Jahren	3,3
Weibliche Rinder zwischen 1 und 2 Jahren	3,3
Männliche Rinder ab 2 Jahren	2
Zuchtfärsen	2,5
Mastfärsen	2,5
Milchkühe	2
Merzkühe	2

Andere Kühe	2,5
Kaninchen (Zibbenplätze plus Nachzucht)	20
Mutterschafe	13,3
Mutterziegen	13,3
Ferkel	74
Zuchtsauen	6,5
Mastschweine	10
Andere Schweine	10
Masthühner	280
Legehennen	140
Junghennen	280
Mastenten	210
Mastputen	140
Mastgänse	280
Tauben	500
Wachteln	800
Damwild	10 PED ^{1,2)}
Rotwild	5 PER ^{1,3)}

¹⁾ Die Gehegefläche für Dam- und Rotwild ist in 4.2.7 geregelt. Auch ohne Berücksichtigung der Gehegefläche und des Dam- und Rotwildbesatzes dürfen 1,4 DE/ha im restlichen Betrieb nicht überschritten werden.

²⁾ 1 Produktionseinheit Damwild (PED) = 1 Alttier, 1 Kalb, 1 Jährling (Spießler, Schmaltier) und ein Hirsch anteilig.

³⁾ 1 Produktionseinheit Rotwild (PER) = 1 Alttier, 1 Kalb, 1 Jährling (Spießler, Schmaltier) und ein Hirsch anteilig.

10.4 Übergangsregelungen für den zulassungspflichtigen Futtermittelzukauf aus nicht-ökologischer Herkunft

Nur mit ausdrücklicher Zulassung durch BIOLAND dürfen bestimmte konventionelle Futtermittel eingesetzt werden. Sie unterliegen der Begrenzung durch maximale Prozentanteile bezogen auf den Trockenmassegehalt des Futters landwirtschaftlichen Ursprungs und den Jahresdurchschnitt der Ration einer Tierkategorie. Mineralstoffmischungen werden dabei nicht angerechnet.

Für folgende Komponenten sind Zulassungen möglich:

10.4.1 Schweine

Max. 5 %, befristet bis 31.12.2020; nur für die Fütterung säugender Zuchtsauen, der Ferkel und in der Vormast (bis zu einem Gewicht von 50 kg):

- Kartoffeleiweiß

10.4.2 Geflügel

Max. 5 %, befristet bis 31.12.2020:

- Kartoffeleiweiß
- Maiskleber

10.4.3 Dam- und Rotwild

Max. 10 %:

- Kastanien und Eicheln

10.4.4 Zulassungspflichtige Futtermittel nicht-ökologischer Herkunft für alle Tierarten zu Umstellungsbeginn bei konventioneller Vermarktung

Nur bei vollständiger konventioneller Vermarktung aller tierischen Erzeugnisse und nach Genehmigung durch BIOLAND dürfen in einem Zeitraum von 5 Jahren nach Umstellungsbeginn maximal 20 % konventionelle Futtermittel zugekauft werden (bezogen auf den Trockenmassegehalt). Wenn eigenes Futter vorhanden ist, muss dieses vorrangig verfüttert werden.

Zusätzlich zu den in 10.4.1 und 10.4.2 genannten Futtermittelkomponenten dürfen folgende Futtermittel bei allen Tierarten eingesetzt werden:

- Heu
- Grassilage
- Leguminosen
- Getreide und Mühlennachprodukte
- Ölsaaten
- Ölkuchen
- Ölexpeller
- Futterrüben

10.4.5 Erlaubte Einzelfuttermittel und Zusatzstoffe als Futterzusätze in der Tierernährung

- Stoffe mit bestimmten Eigenschaften gemäß Artikel 22b) der Verordnung (EG) Nr. 889/2008
 - Viehsalz gemäß Art. 22 f) der Verordnung (EG) Nr. 889/2008
 - Mengen- und Spurenelemente gemäß Anhang V 1 und Anhang VI 3. b) der Verordnung (EG) Nr. 889/2008
- Für Kupfer und Zink gelten folgende Höchstwerte (Gehaltswerte in der Ration):

Tierkategorie / (mg/kg T)	Cu	Zn
Ferkel	30	100
Mastschweine	20	100
Zuchtsauen/Eber	20	100
Kälber	15	100
Rinder	30	100
Schafe	15	120
Andere Nutztiere	20	120
	(Pferde 80)	

Die gezielte Verabreichung von Cu und Zn über Einstreumittel ist nicht zulässig.

- Bierhefen gemäß Anhang V 2. der Verordnung (EG) Nr. 889/2008
- Konservierungsstoffe gemäß Anhang VI 1. a) der Verordnung (EG) Nr. 889/2008
- Antioxidantien gemäß Anhang VI 1. b) der Verordnung (EG) Nr. 889/2008
- Bindemittel, Fließhilfsstoffe und Gerinnungshilfsstoffe gemäß Anhang VI 1. d) der Verordnung (EG) Nr. 889/2008
- Silierzusatzstoffe gemäß Anhang VI 1. e) der Verordnung (EG) Nr. 889/2008
- Vitamine gemäß Anhang VI 3. a) der Verordnung (EG) Nr. 889/2008
- Enzyme und Mikroorganismen gemäß Anhang VI 4. der Verordnung (EG) Nr. 889/2008

10.5 Arzneimittel, deren Anwendung in der Tierhaltung verboten bzw. beschränkt ist

10.5.1 Anwendungsverbote

Wirkstoffe:

- Brotizolam (Appetitanreger)
- Fenvalerat (Ekto-Antiparasitikum)
- Piperazin (Endo-Antiparasitikum)
- Monensin (Antibiotikum)

Arzneimittelgruppen:

- Fluorchinolone (Gyrasehemmer) (Antibiotika)
- Arzneimittel, die Formaldehyd als Wirkstoff enthalten (zugelassen: formaldehydhaltige Impfstoffe)
- Kombinationspräparate zwischen Chemotherapeutika (Antibiotika) und Glukokortikoiden (Entzündungshemmer) zur systemischen Behandlung (oral oder per Injektion)
- Östrogene (weibliche Sexualhormone)

10.5.2 Anwendungsbeschränkungen

Wirkstoffe:

- Deltamethrin nur bei schwerwiegendem Ektoparasiten- oder Fliegenbefall bei Wiederkäuern
- Dimethylsulfoxid (DMSO) (Entzündungshemmer) nur für Pferde, die nicht der Lebensmittelgewinnung dienen
- Gentamicin (Antibiotikum) bei Injektionen nur intravenös (zugelassen: gentamicinhaltige Impfstoffe)
- Metamizol (Entzündungshemmer) nur bei Koliken bei Pferden und Kälbern
- Neomycin (Antibiotikum) nur zur lokalen, nicht zur systemischen Anwendung (zugelassen: neomycinhaltige Impfstoffe, Euterinjektoren)
- Thiabendazol (Endo-Antiparasitikum) nur, wenn sechs Tage Wartezeit eingehalten werden

Arzneimittelgruppen:

- Antibiotika und Chemotherapeutika (Antiinfektiva):
 - bei Eutererkrankungen nach Möglichkeit nur, wenn eine bakteriologische Untersuchung mit Resistenztest erfolgt ist (Einzeltier- bzw. Viertelgemelksproben),
 - Beta-Lactam-Antibiotika ist bei Wirksamkeit der Vorzug zu geben,
 - kurzwirksame Antibiotika sind langwirksamen vorzuziehen,
 - eine Wartezeit von 48 h darf nicht unterschritten werden
- Antiparasitika nur bei Parasitennachweis, bei hohem Infektionsdruck auch vor dem Auftreten klinischer Erscheinungen (strategische Bekämpfung); eine Wartezeit von 48 h darf nicht unterschritten werden
- Avermectine (Antiparasitika) nur bei schwerwiegendem Ektoparasitenbefall bei Schweinen und Schafen
- Gestagene, Gonadotropine, HVL-Präparate und Prostaglandine nur bei Einzeltieren
- Glukokortikoide (Entzündungshemmer) nur bei akut lebensbedrohlichen Zuständen, akuten allergischen Zuständen, nichtinfektiösen Entzündungen und akuten Stoffwechselstörungen. Die lokale Anwendung ist zulässig bei hochgradigen Entzündungen.
- Neuroleptica und andere Beruhigungsmittel, nur beim Einzeltier nach medizinischer Indikation
- Organophosphate nur als Pour-on-Präparate bei Ektoparasitosen des Schweins, als Waschpräparat nur bei Schafen bei Fußräude
- synthetische Pyrethroide (Antiparasitika) nur als Pour-on-Präparate oder Ohrclips (zugelassen: in Einzelfällen mit medizinischer Indikation auch als Lösung)

- Tetracycline (Antibiotika), bei Injektionen möglichst nur intravenös; Langzeittetracycline (Antibiotika) nur zur Behandlung von Chlamydieninfektionen
- „Trockensteller“ (Langzeitantibiotika) nur bei Problemtieren mit medizinischer Indikation und Erregernachweis

10.6 Flächenanforderungen für die Nutztierhaltung

Mindeststall- und -freiflächen und andere Merkmale der Unterbringung bei den verschiedenen Tierarten und Arten der Erzeugung

10.6.1 Rinder, Schafe, Ziegen und Schweine

	Lebendgewicht (kg)	Stallfläche (den Tieren zur Verfügung stehende Nettofläche) (m ² /Tier)	Außenfläche (Freigelandeflächen außer Weideflächen) (m ² /Tier)
Zucht- und Mastrinder	bis 100	1,5	1,1
	bis 200	2,5	1,9
	bis 350	4,0	3,0
	über 350	5, mindestens 1 m ² /100 kg	3,7, mindestens 0,75 m ² /100 kg
Milchkühe		6,0	4,5
Zuchtbullen		10,0	30,0
Schafe und Ziegen	je Schaf/Ziege	1,5	2,5
	je Lamm/Zicke	0,35	0,5
säugende Sauen mit bis zu 40 Tage alten Ferkeln	je Sau	7,5	2,5
Mastschweine	bis 50	0,8	0,6
	bis 85	1,1	0,8
	bis 110	1,3	1,0
	über 110	1,5	1,2
Ferkel	über 40 Tage alt und bis 30 kg	0,6	0,4
Zuchtschweine	weibliches Zuchtschwein	2,5	1,9
	männliches Zuchtschwein	6,0	8,0

10.6.2 Geflügel

	Stallfläche (den Tieren zur Verfügung stehende Nettofläche)			Außenfläche (m ² der bei Flächen- rotation je Tier zur Verfügung stehende Fläche in m ²)
	Anzahl Tiere/m ²	cm Sitzstange/Tier	Nest	
Legehennen	6	18	5 Legehennen je Nest oder im Fall eines gemein- samen Nestes 125 cm ² /Tier	4 ¹⁾
Mastgeflügel (in festen Ställen)	10 höchstzulässiges Lebendgewicht 21 kg je m ²	20 (nur Perlhühner)		Masthähnchen u. Perlhühner 4 ¹⁾ Enten 4,5 ¹⁾ Truthähne 10 ¹⁾ Gänse 15 ¹⁾
Mastgeflügel (in beweglichen Ställen)	16 ²⁾ in beweglichen Geflügelställen mit einem höchstzuläs- sigen Lebendgewicht von 30 kg je m ²			2,5 ¹⁾
Kleingeflügel (in festen Ställen)	Warmbereich: 15 Tiere/m ² oder max. 3 kg je m ² Außenklimabereich: 30 Tiere/m ² oder max. 6 kg je m ²		Wachteln: 150 Tiere/m ² oder 600 cm ² Einzelnest für 8 Legetiere Tauben: 0,5 m ² je Paar	im geschützten Grünauslauf empfohlen: 0,4 ¹⁾
Kleingeflügel (in festen Ställen mit integriertem Außenklimabereich)	Nachts max. 22 Tiere oder 4,4 kg je m ² Tagsüber 11 Tiere oder 2,2 kg je m ² gesamte begehbare Fläche		Wachteln: 150 Tiere/m ² oder 600 cm ² Einzelnest für 8 Legetiere Tauben: 0,5 m ² je Paar	im geschützten Grünauslauf empfohlen: 0,4 ¹⁾
Wachteln (in beweglichen Ställen)	Nachts max. 4,4 kg je m ²			im geschützten Wechselauslauf obligatorisch 0,1 ¹⁾

¹⁾ sofern die Obergrenze von 170 kg N/ha/Jahr nicht überschritten wird

²⁾ Nur in beweglichen Ställen mit einer Bodenfläche von höchstens 150 m², die nachts offen bleiben.

10.6.3 Kaninchen

LG = Lebendgewicht, DLG = Durchschnittslebendgewicht pro Jahr

Stallhaltung	Stallfläche (den Tieren zur Verfügung stehende Nettfläche, kg LG/m ²)	Außenklimabereich (kg LG/m ²)	Weidefläche (den Tieren permanent zur Verfügung stehende Nettfläche, kg LG/m ²)
säugende Zibbe inkl. gesäugte Jungtiere	10 kg/m ²	6,7 kg/m ²	—
Rammler, ruhende Zibben, Aufzuchttiere, Masttiere ab 5. LW	20 kg/m ²	10 kg/m ²	—
Weidegehege bei mind. täglichem Versetzen (0,05 kg DLG/m ²)	Stallfläche (den Tieren zur Verfügung stehende Nettfläche, kg LG/m ² inkl. überdachter Fläche mit mind. 2 festen Seitenwänden)	Außenklimabereich (kg LG/m ²)	Weidefläche (den Tieren permanent zur Verfügung stehende Nettfläche, kg LG/m ²)
säugende Zibbe inkl. gesäugte Jungtiere	15 kg/m ²	—	6,7 kg/m ²
Rammler, ruhende Zibben, Aufzuchttiere, Masttiere ab 5. LW	25 kg/m ²	—	10 kg/m ²
Weide-/ Freilandhaltung (0,05 kg DLG/m ²)	Stallfläche (den Tieren zur Verfügung stehende Nettfläche, kg LG/m ²)	Außenklimabereich (kg LG/m ²)	Weidefläche (den Tieren permanent zur Verfügung stehende Nettfläche, kg LG/m ²)
säugende Zibbe inkl. gesäugte Jungtiere	15 kg/m ²	—	3,33 kg/m ²
Rammler, ruhende Zibben, Aufzuchttiere, Masttiere ab 5. LW	25 kg/m ²	—	3,33 kg/m ²

10.7 Reinigungs- und Desinfektionsmittel für Ställe, Einrichtungen und Geräte

- Alkohol
- Ameisensäure
- Ätzkali
- Ätznatron
- Branntkalk
- Essigsäure
- Kali- und Natronseifen
- Kalk
- Kalkmilch
- Milchsäure
- Natriumhypochlorit
- Natriumkarbonat
- Oxalsäure
- Peressigsäure
- natürliche Pflanzenessenzen
- Phosphorsäure (Melkausrüstungen)
- Salpetersäure (Melkausrüstungen)
- Wasser und Dampf
- Wasserstoffperoxid
- Zitronensäure
- Reinigungs- und Desinfektionsmittel für Zitzen und Melkgeräte

10.8 Liste der zugelassenen Wirkstoffe in Reinigungs- und Desinfektionsmitteln im Pflanzenbau

- Wasser und Dampf
- Kali- und Natronseifen
- Kalkmilch
- Kalk
- Branntkalk
- Ozon
- Benzoesäure
- Natriumhydroxid (Natronlauge, Ätznatron)
- Kaliumhydroxid (Kalilauge, Ätzkali)
- Wasserstoffperoxid
- Natürliche Pflanzenessenzen
- Zitronensäure, Peressigsäure, Ameisensäure, Milchsäure, Oxalsäure und Essigsäure
- Alkohol
- Leicht und vollständig abbaubare Tenside (z. B. Alkylpolyglycoside, kurz: APGs oder Zuckertenside)
- Präparate auf Basis von Mikroorganismen

10.9 Liste der Verarbeitungsrichtlinien (Branchenrichtlinien)

- Brauerzeugnisse
- Brot und Backwaren
- Eier und Eiprodukte
- Erzeugnisse aus Soja und anderen pflanzlichen Eiweißträgern
- Fleisch und Fleischerzeugnisse
- Gemüse und Obst
- Getreide und Getreideerzeugnisse
- Hefe und Hefezeugnisse
- Heimtierfutter
- Honigwein (Met)
- Milch, Milcherzeugnisse, Butter, Käse, Speiseeis
- Schädlingsbekämpfung in Lager- und Betriebsräumen
- Speiseöle und Speisefette
- Spirituosen
- Süßungsmittel
- Teigwaren
- Wein und Sekt

Bioland e.V.
Verband für organisch-
biologischen Landbau

www.bioland.de